

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,50 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 3,50 Mark pro Quartal. Einzelnen in der Post-Beilage-Preisliste für 1899 unter Nr. 7890. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Sonnabend, den 18. Februar 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechspaltige Kolonne oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inzerate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Kreis-Präsident: Amt I, Nr. 1508. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Präsident Faure †.

Inmitten der Wirrnisse, denen die Dreyfus-Angelegenheit Frankreich überliefert hat, ist der Repräsentant der Republik vom urplötzlichen Tode dahingerafft worden. Felix Faure besorgte noch am Donnerstag alle üblichen Regierungsgeschäften. 6 Uhr Abends fühlte er sich plötzlich unwohl. Die herbeigeholten Aerzte erkannten alsbald, daß der Zustand des Präsidenten höchst bedenklich sei; er selbst sagte wiederholt: mit mir geht's zu Ende; ich bin verloren, sicher verloren. Er nahm Abschied von seiner Familie und seinen Dienern, um 9 Uhr verlor er das Bewußtsein, um 10 Uhr verschied er am Gehirnschlag. In Berlin traf die Nachricht gegen 2 Uhr Nachts ein.

Felix Faure wurde am 17. Januar 1895 zum Präsidenten erwählt. Da die Wahl auf 7 Jahre gilt, so hätte er noch fast 3 Jahre im Amte bleiben dürfen. Am 16. Januar hatte Kasimir Perier unter höchst eigenartigen Umständen freiwillig auf die Präsidentschaft verzichtet.

Faure war 1841 zu Paris geboren, von Beruf Schiffsrheder, wohnte er seit langen Jahren in Havre. Politisch trat er zuerst 1881 auf, wo er in Havre in die Deputiertenkammer gewählt wurde; er zählte sich zur republikanischen Partei. Bald darauf wurde er im Ministerium Gambetta Unterstaatssekretär des Handels und der Kolonien, desgleichen unter dem Ministerium Ferry und späteren Kabinetten. In der Kammer besprach er hauptsächlich Kolonialangelegenheiten. Im letzten Kabinet Dupuy unter Perier's Präsidentschaft hatte Faure das Portefeuille der Marine.

Zum Präsidenten wurde Faure erst in der Stichwahl gewählt. Im ersten Wahlgange erhielt er 244, Waldeck-Rousseau (als Kandidat der Senatsrepublikaner) 184, Brisson (Kandidat der Radikalen) 338 Stimmen. In der Stichwahl siegte Faure mit 430 gegen Brisson mit 361 Stimmen.

Eine politische Persönlichkeit von höherer Bedeutung war Faure nicht. Es wurde ihm nicht schwer, eine Stellung einzunehmen, deren Wesen darin besteht, hinter dem der Parlaments-Mehrheit verantwortlichen Ministerium als unverantwortliches Oberhaupt der Nation zurückzutreten. Er hat die Politik mitgemacht, welche die herrschende Klasse, deren Vertreter ihn gewählt hatten, von ihm verlangten. So viel er in seinen Tisch- und Redereden die Demokratie und die Arbeit feierte, so ist Frankreich doch in Wirklichkeit unter seiner Präsidentschaft von der wahren Demokratie und von einer sozialen Reformpolitik zum Wohle der arbeitenden Klassen immer weiter abgerückt, immer mehr auf kapitalistisch-militaristisch-klerikale Geleise geraten. Und in der auswärtigen Politik gilt es als Faure's trauriger Ruhmestitel, daß unter seiner Präsidentschaft die Freundschaft der französischen Republik mit dem russischen Zarismus eine innigere geworden ist denn je zuvor. Im Oktober 1896 empfing Faure den Zaren Nikolaus in Paris und im August 1897 stattete er dem Zaren in Petersburg den Gegenbesuch ab.

Doch über den chauvinistischen Orgien der französisch-russischen Allianz hing ein düsterer Schatten. Schon Kasimir Perier's Abdankung war durch die Schwierigkeiten der Dreyfus-Sache herbeigeführt worden. Und das Gespenst dieser tragischen Angelegenheit verließ die Präsidentschaft Faure's keinen Tag. Man mutmaßt, daß die Sorge um diese verzweifelte Sache die Gesundheit Faure's erschütterte habe und die eigentliche Ursache seines Todes sei. Faure hat verschiedene Male versucht, die Dreyfus-Frage nach den Wünschen des Generalstabes zu beeinflussen. Vor dem Degen der Generale kapitulirte der Erkorene der kapitalistischen Bourgeoisie.

Bei dem Tode Faure's ist das Dreyfus-Problem ungelöst und der dahingegangene Präsident hinterläßt ein chaotisches Frankreich, in dem Militarismus und Demokratie einen Kampf auf Leben und Tod miteinander ringen. Wird der Tod Faure's von entscheidender Bedeutung für diese erste aller Fragen, die Frankreich betreffen, werden? Werden die Nationalisten und Militaristen und Pfäfflinge die Gelegenheit benutzen, um den Schrei nach Gerechtigkeit gänzlich zu unterdrücken? Wird ein Präsident gewählt werden nach dem Herzen des Generalstabes?

Steht Frankreich insolge des plötzlichen Todesfalles vor neuen, noch größeren Wirren? Oder wird es gelingen, das Staatschiff auch aus dem tosenden Orkan zu erretten, der sich um die Erbschaft des Präsidentenstuhles erhebt?

Die Stimmung in Paris und in der Provinz.

Paris, 17. Februar, Nachts 2 Uhr 20 Min. Die Nachricht von dem Tode des Präsidenten der Republik verbreitete sich sehr schnell in der Stadt. In fast allen Theatern wurde die Nachricht vor Beendigung der Aufführung bekannt und verursachte lebhafteste Erregung. Das Elysée ist dauernd von einer sehr großen Menschenmenge umlagert; Sicherheitsbeamten halten die Ordnung anrecht. Wagen von Würdenträgern und Privatpersonen fahren in ununterbrochener Reihenfolge am Elysée vor. Um 1 Uhr Morgens waren bereits Ausgaben von mehreren Blättern erschienen, welche in kurzen Zügen die letzten Augenblicke und den Tod des Präsidenten beschrieben. Die Menge rief sich um die Blätter und las dieselben in Gruppen unter den Gaslaternen stehend.

Auf dem Elysée-Palaste wurde alsbald die Flagge auf Halbmast gehißt. Präsident Faure liegt in seinem gewöhnlichen Arbeitszimmer auf einem messingenen Gelddbett.

Paris, 17. Februar. Der Tod des Präsidenten Faure wird von allen Blättern eingehend besprochen. „Gaulois“ meint, Faure werde im Gedächtniß seiner Mitbürger besonders dadurch fortleben, daß er die französisch-russische Allianz und den französisch-italienischen Handelsvertrag zum Abschluß brachte. „Figaro“ fordert alle Republikaner auf, sich sofort zu vereinigen und die Neuwahl eines Präsidenten vorzunehmen. „Radical“ bezeichnet den verstorbenen Präsidenten zwar nicht als seinen Freund, aber trotzdem sei er ein überzeugter Republikaner gewesen.

Paris, 17. Februar. Die Physiognomie der Stadt ist dieselbe wie gewöhnlich; es herrscht völlige Ruhe. Telegramme aus der Provinz, namentlich aus Havre, St. Etienne, Auxerre und Agen melden die schmerzliche Ueberraschung der Bevölkerung durch den Tod Faure's. Neben den öffentlichen Gebäuden haben auch zahlreiche Häuser von Privatleuten auf Halbmast gesetzt. Auch in der Provinz herrscht durchaus Ruhe. Im Elysée-Palast und im Ministerium des Auswärtigen laufen zahlreiche Depeschen aus den Provinzen und dem Auslande ein.

Paris, 17. Februar. Die heutige Sitzung der Deputiertenkammer war von Mitgliedern sehr stark besucht. Die Tribüne ist mit Trauerflor behängt. Präsident Deschanel hält dem Präsidenten Faure einen Nachruf, in welchem er alle Franzosen auffordert, an seinem Sarge jeden Zweifelpal zu verweisen. (Weisfall von allen Seiten.)

Beileidskundgebungen.

Der deutsche Kaiser sandte der Wittve des Verstorbenen ein Beileidstelegramm. Graf Münster legte im Auftrage des Kaisers am Sarge Faure's einen Kranz nieder. Zur Leichenseier soll eine besondere Mission nach Paris entsandt werden.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Willow stattete dem französischen Botschafter Marquis de Rovaillas in Berlin einen längeren Besuch ab.

Ebenso werden Beileidskundgebungen aus Rom, London, Petersburg gemeldet.

Das Begräbniß.

Die Leiche des Präsidenten Faure ist im Elysée von Nachmittags 3 Uhr an aufgestellt worden. Die Leichenseier wird in der Notre-Dame-Kirche, die Beisetzung auf dem Père-Lachaise stattfinden. Die Beisetzung erfolgt auf Staatskosten.

Ministerrath und Präsidentschaftskandidaten.

Im heutigen Ministerrath theilte Ministerpräsident Dupuy mit, daß Senatpräsident Loubet für morgen, Sonnabend Mittag 1 Uhr den Zusammentritt des Kongresses für die Vornahme der Präsidentschaftswahl bestimmt habe. Clémenceau richtet in der „Aurore“ die Aufforderung an die Republikaner, die neue Präsidentschaft sofort in die Wege zu leiten. Es dürfe nur ein Präsident gewählt werden, der Garantien dafür biete, daß die Revision des Dreyfus-Prozesses durchgeführt werde. Clémenceau schließt mit den Worten: Ich wähle Loubet, den jetzigen Präsidenten des Senats.

Die nationalisistischen Organe treten für eine Kandidatur Cavaignac's für den Präsidentschaften ein; jedoch erklären sie selbst, daß dieselbe keinerlei Aussicht auf Erfolg habe. Der „Intranquillant“ bemerkt, es sei schwer vorauszusetzen, welche Wahl der Kongreß treffen werde. „Aber das können wir verheimlichen.“ fährt das Blatt fort, daß sich in Versailles keine Mehrheit für einen Dreyfus freundlichen Präsidenten finden wird. Die Leibelgewehre würden dann von selbst losgehen.

Sonst werden als Kandidaten genannt besonders Dupuy, Brisson, Freycinet, Bourgeois u.

In politischen Kreisen ist man, so telegraphirt das Volkische Bureau, überzeugt, es seien keinerlei Schwierigkeiten zu befürchten und es werde die Präsidentschaftswahl zu keinerlei erstem Zwischenfall Anlaß geben. Einem unverbürgten Gerücht zufolge wollen die Nationalisten zwar für die Kandidatur eines Generals agitiren; man hält jedoch alle diesbezüglichen Vermuthungen für völlig unsichtlos. Es heißt ferner, daß die Sozialpartei im Kongreß zu Versailles einen Antrag auf Revision der Verfassung stellen werden, doch werde der Präsident des Kongresses, Loubet, einen solchen Antrag sofort zurückweisen.

Die Parteigruppierung bei der Präsidentschaftswahl.

Das Resultat der Freitag Nachmittags stattgehabten Beratungen der Einzelgruppen ist folgendes:

Die Progressisten zählen 283 Mitglieder; die Gruppe der Republikaner der Linken, 331 Mann stark, erklärte, demjenigen ihre Stimme geben zu wollen, der die Majorität der beiden Kammern auf sich vereinige. Es müßte dies aber ein Mann sein, der mit dem Dreyfus-Handel noch nicht in Verbindung gekommen wäre. Bei den Radikalen erklärte Bourgeois, er habe Loubet gesprochen. Dieser habe beschlossen, sich dem Willen der Partei zu unterwerfen. Bourgeois erklärte weiter, Brisson werde nicht kandidiren. Die demokratische Linke hat einstimmig beschlossen, Loubet zu wählen. Diese Gruppe beschloß auch, eine Delegation von mehreren Mitgliedern zu Loubet zu senden, um ihm die Kandidatur anzubieten. Die Radikalen, 88 an der Zahl, bezeichnen Meline als ihren Kandidaten. Die Rechte stimmte ebenfalls für Meline, ebenso die Antisemiten und die Rationalisten, welche 85 Mann stark sind. Bis jetzt ist Loubet in der Kammer 200 bis 220 Stimmen sicher. Im Senat waren 177 Senatoren anwesend, welche einstimmig die Kandidatur Loubet akklamirten.

Vom Freitag Abend wird aus Paris berichtet, Dupuy werde, da Loubet die Präsidentschaftskandidatur angenommen hat, seine eigene Kandidatur nicht aufstellen, obgleich er von zahlreichen Deputirten und Senatoren hierzu aufgefordert wurde. Der „Liberté“ zufolge wird Freycinet nicht kandidiren, wenigstens nicht im ersten Wahlgange. Deschanel hat erklärt, er kandidire nicht; er äußerte, die Majorität, welche seinerzeit Casimir Perier und Faure wählte, sollte ihre Stimmen auf Meline vereinigen.

Die bisherigen Präsidenten.

Die Amtsdauer aller bisherigen Präsidenten der dritten Republik war folgende: Thiers zwei Jahre drei Monate, Mac Mahon fünf Jahre zehn Monate, Grevy acht Jahre zehn Monate,

Carnot sechs Jahre sieben Monate, Casimir Perier sechs Monate, Faure vier Jahre einen Monat.

Verfassungsbestimmungen.

Der Präsident der Republik wird mit absoluter Stimmenzahl von einer aus den Mitgliedern des Senats und der Abgeordnetenkammer, die sich zur Nationalversammlung vereinigt haben, gebildeten Wahlkollegium gewählt. Die Wahl gilt auf 7 Jahre. Jeder Franzose, der sich im Genuß der politischen Rechte befindet, kann gewählt werden.

Wird die Präsidentschaft vor dem normalen Ende infolge Todes oder Rücktritts erledigt, so übernimmt der Ministerrath die vollziehende Gewalt und die Kammern versammeln sich sofort zur Wahl des Präsidenten.

Tritt die Nationalversammlung zusammen, so wird das Bureau derselben durch den Präsidenten, die Vizepräsidenten und die Sekretäre des Senats gebildet. Die Sitzungen der Nationalversammlung finden in Versailles statt. Die Nationalversammlung hat sich nur mit der Wahl, wozu sie sich versammelt hat, zu beschließen; alle anderen Verhandlungen und Beschlüßfassungen sind verboten. Dieser Grundsatz wird so ausgelegt, daß auch eine Diskussion über die vorzunehmende Wahl nicht stattfinden darf.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 17. Februar.

Der Reichstag

erfüllte heute zunächst eine Pflicht des internationalen Anstandes; alle anwesenden Mitglieder erhoben sich zum Andenken des plötzlich verstorbenen Präsidenten der französischen Republik, dem der Reichskanzler Hohenlohe einige passende Worte widmete.

Diese Pflicht erfüllt, entfernte der Herr Reichskanzler sich mit fast komischer Eile, denn er hätte sonst einige Worte der Debatte über die Interpellation Johansen vernehmen können, und das hätte sich nach der geistigen Erklärung nicht geschickt. Dieser Erklärung der Inkompetenz des Reichstags wurde von Hänel, Liebknecht und Lieber jede Verächtung abgesprochen. Und die Vertheidiger der Regierung; Regierungspräsident v. Tiedemann, Herr v. Ledebow und Herr Lönies vermochten zu Gunsten des Regierungsstandpunktes nichts Stichthaltiges vorzubringen.

Ueberhaupt hatten die Köllnerianer Recht. Ihr begeistertes Zuspriecher, der nationalliberale Nationalitätsschwärmer Lönies mußte betäubt von der Rednerbühne abtreten, weil er seine Begeisterung für die deutsche Nation nicht in freier deutscher Rede ausdrücken konnte, sondern sie abbläs, was bloß Nichtdeutschen und der deutschen Sprache Unkundigen nach der Geschäftsordnung erlaubt ist. Das Recht war ein doppeltes, weil Herr v. Tiedemann auf diese „Rede“, als maßiges Material bringend, im Voraus hingewiesen hatte. Nun, da muß ein anderer „Nationaler“ den noch nicht abgelesenen Rest der jäh unterbrochenen Köllnerrede morgen noch abhaspeln. Gelegenheit ist vorhanden. Die Debatte wurde nämlich vertagt.

Ueber die heutige Debatte sei nur noch erwähnt, daß Herr Lieber mit auffallender Schärfe gegen die Regierung sprach. Das Zentrum mit seiner Doppelpolitik und seinem Doppelgesicht muß wieder einmal die demokratische Seite hervorkehren.

Landrätliche und polizeiliche Uebergriffe vor der Landrathskammer.

Das Abgeordnetenhaus setzte heute die zweite Lesung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Die Debatte drehte sich hauptsächlich um zwei Punkte, einmal um die Wahlbeeinflussungen der Landräthe und sodann um die Polizeiverwaltung in Berlin und den Provinzen.

Eine besonders angenehme Aufgabe ist es nicht, in der preussischen Landrathskammer das Verhalten der Landräthe zur Sprache zu bringen, denn die landrätlichen und geheimräthlichen „Vollvertreter“ finden für jedes gelegentliche Verhalten ihrer Kollegen leicht eine Entschuldigung. Um so mehr hätten die Freisinnigen, wenn sie schon einmal den Kampf gegen die Landräthe aufnehmen wollten, sich mit genügendem Material versehen sollen, das ja in Halle und Halle vorhanden ist. Aber die Fälle amtlicher Wahlbeeinflussung, die Abg. Kopsch (fr. Sp.) anführte, waren vergleichsweise so wenig schwerwiegend, daß es sowohl dem Minister als auch den Konservativen nicht allzu sauer wurde, die Beamten in Schutz zu nehmen. Wahrscheinlich hätte der Minister Freyherr v. d. Rede überhaupt nicht in die Debatte eingegriffen, wenn nicht der freiwillige Regierungskommissar Graf zu Limburg-Sturum (l.) die Unvorsichtigkeit begangen und den besagten Wahlbrief des Reichskanzlers Fürst zu Hohenlohe zu Gunsten des Prinzen Schönau-Carolath bei der Reichstagswahl in Guben erwähnt hätte. Die Konservativen können sich immer noch nicht darüber trösten, daß statt ihres Kandidaten v. Seidenbrand der „rotte Prinz“ in den Reichstag eingezogen ist. Wohl oder übel mußte der Minister infolge der Anzapfung des Grafen v. Limburg-Sturum einige Worte kammeln; er sagte zwar das, was man von ihm erwartete, nämlich der Abgeordnete möge diese Beschwerden in Gegenwart des Reichskanzlers vorbringen, da dieser allein im Stande sei, Auskunft zu ertheilen. Da aber Fürst Hohenlohe im Landtage noch seltener erscheint, als im Reichstage, so wird er wohl der Mühe überhoben werden, diese in der Presse vielfach besprochene Angelegenheit aufzuklären.

Nebenher gaben die Konservativen wieder einmal ihrer Mißstimmung über das geheime Wahlrecht Ausdruck. Allen voran erklärte der Rettungs-Geheimrath der „Post“, Freyherr von Redlich, das geheime Wahlrecht führe nur dahin, daß viele ihre Stimme so abgeben, wie sie sich schämen würden, sie in der Öffentlichkeit abzugeben — eine Aeußerung, für die ihm sein Chef und Gönner König Stumm das wohlverdiente Lob sicher nicht vorhalten wird.

Bei den Kapiteln „Polizeiverwaltung in Berlin“ und „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ kamen polizeiliche Maßregeln, namentlich auf dem Gebiete der Sittenpolizei, die wunderbaren Blüthen politischer Theatergenuss u. a. m. zur Sprache. Abg. v. Eynen (nat.) regte die Verwindung aller königlichen Polizeiverwaltungen in kommunale an, welchem Vorschlage sich auch die freisinnigen Vertreter Berlins anschlossen, und der Demokrat Sänger führte Beschwerde über die Polizeizustände in Frankfurt a. M., insbesondere über die ungleiche und ungeschickliche Behandlung der Sozialdemokraten. Aus den Mekten der Regierungsvertreter, die natürlich Alles in schönster Ordnung finden und denen kein einziger der vorgebrachten Einzelfälle bekannt ist, ist nur die Bemerkung des Geheimrats Lindig erwähnenswerth, daß in Zukunft polizeiliche Maßregeln auf dem Gebiete der Sittenpolizei in Berlin völlig ausgeschlossen sind. Die Zukunft wird es ja lehren, wie weit diese Meinung richtig ist.

Morgen wird die Staatsberatung fortgesetzt. —

Illustrierte „Galgensitzen.“ Süße Erinnerungen für unsere Afrikaner enthält ein im Verlage von Wilhelm Buchholz, Berlin, erschienener Kolonial-Abreiskalender für das Jahr 1899. Zwar wird auf diesen Blättern nicht gehängt — aber es wird doch wenigstens erschossen. Wir finden nach photographischen Aufnahmen folgende Illustrationen aus Südwestafrika:

1. Einrichtung des Hauptlings Rifodennus, Urheber des Aufstandes der Ovambandjeru-Regen.
2. Eine Exekution.
3. Erschießung eines Regers, welcher einen Deutschen ermordete.

Auf allen drei Bildern befördern weiße Kulturpioniere Schwarze mittels Blei und Pulver zum Tode. No. 2 ist offenbar die Normal-Exekution, bei der keine besonderen Gründe angegeben werden.

Afrika ist für Amateurphotographen ein gelobtes Land. Man kann sich dort leicht die Szenen schaffen, die man auf der Platte zu haben wünscht. In Deutschland selbst ist man, so viel wir wissen, noch nicht so weit. Aber wir werden es noch erleben, daß man auch bei uns im Vaterlande Einrichtungen für Amateurphotographen arrangirt, und alsdann werden die heimischen Abreiskalender auch diese Bilder der Menschlichkeit vorzuführen vermögen.

Und wenn wir gar erst die Prügelstrafe wieder haben, dann wird der Bund der Landwirthe einen Abreiskalender herausgeben, dem jeder deutsche Mann als Anschauungsunterricht für die heutige Höhe der Zivilisation den Ehrenplatz in seinem Hause einräumen wird. —

Deutsches Reich.

Der Militärhader im Zentrum

Ist bereits weit gediehen. Der erneute schmachvolle Unfall der Zentrumsmitglieder in der Budgetkommission hat selbst bei den eigenen Zentrumsleuten starken Verdruß erregt. Die „Märkische Volkszeitung“ brachte eine Korrespondenz, in der das Verhalten derer um Lieber in der Budgetkommission scharf gerügt wurde. Dieser Artikel wird nun von den leitenden Parteileuten so bitter empfunden, daß die „Germania“ durch weitwichtige Erklärungen mehrerer Zentrumsmitglieder an der Spitze ihrer heutigen Nummer einen Rechtfertigungsversuch unternimmt. Aber alles schöne Gerede hilft da garnichts, an ihren Thaten werden auch die Zentrumsmitglieder ihre Parteilichkeit messen. —

Ein Opfer der Gefinde-Ordnung.

Die meisten deutschen Gefinde-Ordnungen enthalten bekanntlich die Bestimmung, daß der Diensthofe, der ohne Innehaltung der Abkündigungsdienstfrist den Dienst verläßt, zwangsweise durch die Polizei zurückgebracht werden kann. Dieser kulturwidrige, mit den modernen Anschauungen von persönlicher Freiheit im schroffen Widerspruch stehende Bestimmung ist in Mecklenburg ein junges Mädchen zum Opfer gefallen. In Bernitz bei Reulendorf ist das Dienstmädchen Hilde Andersen von einem Aechter ermordet worden. Und die konservativen „Mecklenburger Nachrichten“

Der zukünftige Krieg.

II.

Umwälzungen der Kriegstatik.

Es ist natürlich, daß die Umwälzung in der Waffentechnik eine solche in der Kriegstatik nach sich ziehen mußte. Das Hauptresultat ist, daß heute das größtmögliche Gewicht auf die Deduktion gelegt wird: Alle Truppenheerthe, selbst die Kavallerie, werden heute mit Schanzengewehr ausgerüstet und jeder Truppenteil, der eine Position zu halten hat, wird dieselbe besetzen. Ganz abgesehen von dem Festungskriege wird also der Krieg der Zukunft ein Kampf um besetzte Positionen werden. Das allein bedingt eine gänzliche Revolutionierung der Taktik. Es fragt sich: wie sieht die Kriegswissenschaft der neuen Aufgabe gegenüber? Die Antwort eines Militärs, des Herrn v. d. Golz, der ein Hurrah-Buch „Das Volk in Waffen“ geschrieben, lautet: Die Schlacht der Zukunft ist uns eine Sphinx mit ungelöstem Räthsel. Wenn nur diese Herren trotzdem sich die Fähigkeit zuschreiben, eine solche Schlacht zu leiten, so ist dem gesunden Menschenverstande immerhin gestattet einige Zweifel zu hegen. Wozu macht denn auch eine ganze Reihe Bedenken geltend.

Die Heeresmassen, die in Zukunft an Entscheidungsschlachten theilnehmen müssen, sind im monstrosen gewachsen; die gesteigerte Tragweite der Schußwaffen und die Einführung des rauchschwachen Pulvers bedingen, daß die Schlachten sich auf einem Raume von ungeheurer Ausdehnung abspielen werden; die Mannschärfe des Feindes, die größere Tragweite und Zielsicherheit des Gewehres, sowie die größere Einübung der Mannschaften werden dazu führen, daß die Offiziere in großer Zahl geschäftsunfähig werden (in allen Armeen werden sogar Schützlinge ausgebildet, denen man es zur Vorchrift macht, vor allem die Führer des Gegners aus den Händen zu nehmen, und da die Offiziere stets eine exponirte Stellung einnehmen müssen, wenn sie die zerstreut vorgehenden Mannschaften im Auge behalten wollen, so wird jene Aufgabe auch gelöst werden); dazu kommt das physische Element, die Frage, wie sich die Menschen in angedacht dieser Kampfweise verhalten werden; es kommt unsso mehr in Betracht, als ein großer Theil der Mannschaft aus Reservisten bestehen wird, die eben erst ihrem friedlichen Beruf entzogen wurden. Weiter: weil der Kampfgrößtentheils ein Kampf um besetzte Positionen sein wird, wird er unter allen Umständen langwierig sein. Es giebt Militärs, welche von Schlachten sprechen, die 3, 4, ja 15 Tage dauern werden. Dabei wird dem Soldaten selbst die Rastzeit nicht gegönnt, denn in allen Armeen richtet man sich heute auf den Nachtkampf ein, wozu z. B. Scheinwerfer konstruirt worden sind, bei denen Licht man die feindlichen Positionen beschießen kann. Und schließlich kommt in Betracht, daß die Schlachten im Kriege der Zukunft zweifellos ungeheure Opfer an Menschenleben fordern werden, aber niemals zu einer „Entscheidung“ führen werden, weil eben infolge der allgemeinen Rüstung keine Partei auf ein Uebergewicht rechnen kann, zweitens die Verfolgung eines zum Rückzug gezwungenen Feindes, der immer noch auf seinem Rückzuge sich verschancen kann, wenn er verfolgt wird, von den meisten Militärs als ein zu großes Wagniß angesehen wird.

Alles das sind Erwägungen, die in Betracht zu ziehen sind und sie werden auch in Betracht gezogen von den Militärs, aber — das ist das Charakteristische dabei — die Ansichten dieser Herren gehen himmelsweit auseinander; Bloch spricht mit Recht „von einem Bunt-

erzählen nun, daß das Mädchen, welches im zweiten Jahre bei dem Erbpächter Thebe in Bernitz diente, schon Weihnachten, als es auf einen kurzen Urlaub sich bei seinen Eltern in Kartlow aufhielt, nicht mehr in den Dienst zurückkehren wollte, weil der Wörder, ein Aechter in demselben Hause, es wiederholt mit unläutenden Anträgen belästigt und dem Mädchen bei seinem Widerstande mit dem Tode gedroht hatte. Auf polizeiliche Verfolgung hat das Mädchen aber den Dienst wieder antreten müssen!

Diese polizeiliche Verfügung entsprach den Gesetzen. Das Mädchen mußte zurück, und — kurze Zeit darauf ward es ermordet. Wie mit einem Blitzstrahl wird durch diesen traurigen Fall die Lage der der Gefinde-Ordnung unterworfenen Diensthofen beleuchtet. Der Widerstand ist ins hellste Licht gesetzt, der darin besteht, jemanden gegen dessen ausgesprochenen Willen an eine Arbeitstätte zwingen zu können. Aber diese widerwärtige Gesetzesbestimmung nützt den herabsinkenden Klassen, sie schafft ihnen gefügige Diensthofen, — und so wehren sich die Herrschenden mit Händen und Füßen gegen die Aufhebung der Gefinde-Ordnung und die Stellung der Diensthofen unter modernes Recht. —

Germanische Kraft

bewährt sich herrlich in Deutsch-Ostafrika. Im Sommer vorigen Jahres machte der Hauptmann Schlobach mit einem größeren Aufgebot eine Entdeckungsexpedition in den Ruwenzori-Gebirge, wobei man sich nahe an die englische Grenze kam und wobei es mehrfach zu Kämpfen mit den Eingeborenen kam. So liest man zum Beispiel in dem jetzt veröffentlichten Bericht:

„Der Sultan Ribore war eifrig bemüht, sich unsere Freundschaft zu sichern, und bat um Bestrafung der Wasweta, die sein Land kürzlich überfallen und eine große Zahl Weiber und Vieh fortgeschleppt hatten. Im weitesten Umkreise herrschte die größte Furcht vor den Wasweta, deren Gewerbe Raub und Mord bildete, und deren Tapferkeit so groß sei, daß niemand einen Kampf mit ihnen wage. In ihrer riesengroßen, von hohen Mauern umgebenen Boma Riborowa seien sie überdies unangreifbar. Die Schilderung des Sultans Ribore machte zwar den Eindruck krasser Uebertreibung; trotzdem wurde am 2. August der Marsch nach Riborowa unternommen, um das Vertrauen der Wasweta zu rechtfertigen und durch den Augenblick ein Urtheil über den Charakter der Wasweta zu gewinnen. Leider bestätigten sich die Behauptungen des Sultans Ribore durchaus.“

Am 2. August, Vormittags 11 Uhr, befand sich die Expedition einer Regenerstation von überraschenden Dimensionen gegenüber. Die Boma Riborowa, zwischen zwei fließenden kleinen Wasserläufen auf einem etwa 50 Meter hohen Hüden gelegen, zeigt auf der der Marschrichtung zugekehrten Seite eine etwa 600 Meter lange, 8 Meter hohe, durch Dornenweiden auf der Mauer verstärkte Mauer. Dieselbe war in ihrer ganzen Länge dicht mit Kriegern besetzt, deren Speere meterehoch die Spitzen des Dornenweiden übertrafen. Der Anblick war ein äußerst kriegerischer und zeigte deutlich den Hochmuth und die feindlichen Absichten der Wasweta. Nach zweimaliger Abwendung von Worten wurde die Aufforderung, Verpflanzung an die Expedition zu veranlassen, in beleidigender Weise dadurch beantwortet, daß drei Regergesellen mit einem mageren Schaf aus der Festung herausrasteten und sich dem Lager näherten. Auf halbem Wege machten dieselben jedoch ohne jeden Grund Reht und gingen langsam zur Festung zurück.

Einer sofort nachgesandten Eskortpatrouille gelang es, einen der Gesellen zu fangen. Dieser erklärte im Lager, daß unsere Bemühungen, mit den Wasweta friedlich zu verhandeln, vergeblich bleiben würden, denn schon seit mehreren Tagen sei bei den Wasweta Kriegsrath abgehalten worden, in welchem die wenigen alten Männer zum Frieden gerathen hätten, ohne die jungen Krieger beeinflussen zu können, die „den Krieg“ verlangen.

Nach dieser Erklärung und angesichts der drohenden Haltung der Wasweta-Krieger, die einen nächtlichen Ueberfall erwarten lieg, ging ich in der Nacht 12 Uhr Mittags zum Angriff über. Nach halbstündiger tapferer Gegenwehr der Wasweta wurde die Boma Riborowa gestürmt. Von den naheliegenden Höhen aus schauten die Krieger der Wasweta dem Kampfe zu, der allgemein für eine Probe auf unsere Tapferkeit betrachtet zu werden schien. Die Wasweta wagten jedoch nicht, mit uns am Kampfe theilzunehmen, weil sie wohl an einem Siege unsrerseits zweifelten und für diesen Fall die Raube der Wasweta doppelt fürchteten.

Nach Einnahme der Festung kamen die Wasweta des Sultans Ribore glückwünschend herbei und theilnahmen sich in großer Zahl an der gewaltigen Arbeit der Niederlegung der am Fuße 2,5 Meter hohen Mauer, die am 3. August Abends vollendet war.

von Ungerechtigkeiten und Widersprüchen“, auf die man beim Studium der Handbücher und Fachschriften stößt; er zitiert aus dem Werke des Generals Leje (Etude de tactique Paris 1890) folgende schöne Stelle: „Der hat sich nicht schon über die Verschiedenheit der Ansichten gewundert, die in unseren Lehrbüchern zu Tage tritt, und zwar sind es Meinungsunterschiede über die wesentlichen Regeln der Taktik. Stimmt etwa das, was die Infanterie-Offiziere in den unteren Schulen lernen, damit überein was in den Kriegsalademien gelehrt wird? Entspricht die Lehre der Akademie dem was in den Kursen der Ecole d'application (Kurs für angewandte Kriegsschule) doziert wird? Aendem sich nicht häufig die Ideen, welche vom Rathgeber der Akademie verhandelt werden, in der allerentschiedensten Weise? Es ist dies ein Chaos von Begriffen und Prinzipien, die einander bekämpfen und aus diesem Kampfe bricht kein Lichtstrahl hervor. Man darf sich daher nicht wundern, wenn die verzweifeltsten Offiziere anerkennen: was soll das Studium, mögen die Lehrer erst Uebereinstimmung erzielen.“ — In Frankreich ist man offenerberziger, aber daraus folgt nicht, daß es in anderen Ländern besser steht. Schöne Aufzählungen für die Soldaten, die unter solcher Leitung in den Krieg ziehen müssen!

Nun beruft man sich auf die Wandern, als Schule des Krieges; aber Bloch zitiert eine ganze Reihe von militärischen Urtheilen, die mit aller Entschiedenheit die Bedeutung dieser kostspieligen Soldatenspiele bestreiten, ja behaupten, die Wandern dienen nur dazu, falsche Illusionen zu erzeugen. Er vergißt bei dieser Gelegenheit auch nicht, das schöne Beispiel anzuführen, wie Graf Waldersee, der in seiner Eigenschaft als Schiedsrichter beim Kaisermanöver erklärte, die schnelle Kavallerie-Attade unter Führung Wilhelms II. wäre im Grundsatz ein Ding der Unmöglichkeit, und deshalb von Generalstab in der Truppe zurückgesetzt wurde.

Ist aber schon die Schlacht der Zukunft eine Sphinx mit ungelöstem Räthsel, so ist es der Krieg zehn- und hundertfach! Noch nie hat die Welt Millionen von Menschen zum Kriege angesehen sehen, wie es im Kriege der Zukunft, im Kriege nicht zwischen zwei Staaten, sondern — infolge der Bündnisse, die die Staaten geschlossen haben — aller Großstaaten Europa's geschehen würde. Vor allem kommt die Bewegungsmöglichkeit und Verproviantirung dieser Heere in Frage. In dieser Beziehung tappen wir im Dunkeln, weil alle bisherigen Kriegserfahrungen absolut nicht maßgebend sind. Zwar beruft man sich gerne auf den Ausbau der Eisenbahnen, die Einführung des Feldtelegraphen, die Briefstempelkasten zum Uebringenden der Nachrichten u. s. w. Man vergißt dann aber hinzuzufügen, daß die moderne Technik sich stets stärker im Zerfallen, als im Schaffen erwiesen hat. So z. B. kann eine Armee, die auf die Zufuhr von Lebensmitteln per Bahn angewiesen ist — und es gilt heute als sicher, daß die Armee im Feindesland nicht so lange von Requisitionen leben kann — in eine sehr schwierige Lage verwickelt werden: Eisenbahnen sind Kunststraßen auf der ganzen Linie und leicht zu zerstören; daher läßt sich in allen Ländern die Kavallerie in der löblichen Beschäftigung, Eisenbahndämme mit Wellenbomben u. s. w. zu zerstören und wird diesen Kampf im Grundsatz in Anwendung bringen, indem sie durch schnell geführte Wandern in kleinen Abtheilungen in den Rücken des Feindes gelangt und seine Verbindungslinien durchbricht. — Der Kleinkrieg, der zum Ziele hat, Proviantkolonnen am dem Wege aufzufangen, wird durch die Einführung des weittragenden Gewehres und Geschüßes, sowie des rauchlosen Pulvers ganz besonders gefördert: Eine fliegende Abtheilung fällt über eine solche Kolonne her und vernichtet sie, ehe

die Hauptmacht auch nur etwas von dem Ueberfall weiß, also auch keine Hilfe bringen kann. Aber davon ganz abgesehen: Millionen Heere zu befördern und zu füttern, das ist eine absolut neue Aufgabe, von deren Lösung alles abhängt, während niemand auch nur einen annähernden Begriff hat, wie die Lösung bewerkstelligt werden soll.

Nun kommt hinzu, daß der Krieg der Zukunft, wie gesagt, in erster Linie ein Kampf um Festungen sein muß. Die Grenzen aller Staaten sind heute geradezu mit Festungen besetzt, Militärlager sind seit dem letzten Kriege in Europa für diese Zwecke ausgegeben. Ein Festungskrieg aber ist unter allen Umständen ein langwieriger Krieg und erfordert auf Seiten des Angreifers Riesenaufwand an Menschen.

Damit wird aber die landläufige Bierkammermeinung, in Zukunft werde der Krieg nicht lange dauern, widerlegt. Bloch zitiert eine ganze Anzahl militärischer Autoritäten, welche in diesem Sinne sich äußern, allen voran den Feldmarschall Moltke, dessen Ausdruck hier in Erinnerung gebracht werden mag: „Gelegt, weber ein hundert-jähriger, noch ein dreißigjähriger, noch selbst ein siebenjähriger Krieg wird sich wiederholen. Nichtdestoweniger ist nicht anzunehmen, daß, wenn ganze Millionen Menschen sich im Kampfe für ihre nationale Unabhängigkeit gegenübersetzen, der Krieg durch einige Tage entzünden wird.“ — Aho Moltke glaubt nicht an einen siebenjährigen Krieg, aber er glaubt nicht an eine kurze Dauer des zukünftigen Krieges. Ein russischer General, Professor Leer, wird deutlicher, er nimmt an, daß ein Krieg in Zukunft nicht in einjähriger Kampagne beendet wird, sondern zwei Jahre dauern wird.

Nun fragt es sich: wird ein modernes Kulturvolk einen solchen Krieg überhaupt ertragen. Ehe wir dieser Frage näher treten, ist noch der Krieg zur See zu behandeln, da er in dieser Hinsicht viel leichter den Ausschlag giebt.

Auf diesem Gebiete nun ist die Umwälzung der Technik bekanntlich eine noch gründlichere und nahezu jede Woche bringt hier neue Entdeckungen, neue Vervollkommnung der Zerstörungswaffe. — See-schlachten der Zukunft werden nach Meinung der hervorragenden Autoritäten selbst dann, wenn die eine Partei ein bedeutendes Uebergewicht aufweisen sollte, stets damit enden, daß beide Gegner den Kampfplatz vernichtet verlassen; Schiffe, die an einem Gefecht theilnehmen, werden immer als ganze oder halbe Bracks aus dem Kampfe herborgelassen, gleichviel ob sie gesiegt haben oder besiegt sind.

Als Hauptaufgabe aber betrachten die Flottenoffiziere die Vernichtung des Handels des Gegners. Der Seekrieg der Zukunft wird ein erbsamungsloser, schonnungsloser Kreuzer- und Sperrkrieg sein. Die schnellen Kreuzer, Torpedoboots und Sperrschiffe werden über jedes Handelsschiff des Gegners herfallen und es vernichten; sie werden auch die neutralen Schiffe nicht schonen, wenn dieselben Lebensmittel fähren, die in die Hände des Gegners fallen können, denn Lebensmittel werden eben als Kriegsmittel betrachtet. Wenn nun die Flottenoffiziere glauben machen wollen, man müsse eine starke Flotte haben, um den Handel zu sichern, so wird diese Ansicht durch folgenden Ausdruck des englischen Admirals Greig, einer über alle Zweifel erhabenen Autorität ad absurdum geführt: „Die englische Marine ist im stande, den Seehandel der ganzen Welt zu zerstören, aber wir sind, das steht absolut fest, nicht im stande, unseren Handelsschiffen Schutz zu gewähren.“

Welche Folgen muß also ein solcher Krieg zu See und zu Lande auf das soziale und wirtschaftliche Leben der Völker ausüben? Darüber das nächste Mal.

Die „Kreuz-Zeitung“ fälscht unsere Ausführungen über das Halbeseeer Bauunglück, wir hätten behauptet, in dem Unglück sei ein Gottesgericht gegen die Zuchtloshausordnung zu erblicken. Wir hatten das als die Ansicht behauptet, die unsere frommen Gegner haben müßten. Aber unsere Frommen lieben nicht die Korrektheit, und die „Kreuz-Zeitung“ meint gemüthlich: „So viel wir wissen, sind aber schon recht viele Unglücksfälle auch auf Bauten, die von „Organisirten“ ausgeführt waren, zu belagern gewesen.“

Die „Kreuz-Zeitung“ scheint auch die Hauseinstürze als eine notwendige Einrichtung der göttlichen Weltordnung aufzufassen, als eine Folge der Erbsünde. Sonst würde sie sich — bei einigem guten Willen — doch klar zu machen vermögen, daß Arbeiter, die sich im Nothfalle den selbstthätigen Weisungen prüfender Bauaufwinder widersetzen, mehr Garantien für die Sicherheit der Bauausführung bieten als Leute, deren höchstes Gesetz es ist, Ordre zu pariren und unter allen Umständen arbeitswillig zu sein.

Wenn der angebliche „Streikterrorismus“ der organisirten Arbeiter es verhindern könnte, daß gewissenlose Spekulanten Handlanger zur Ausführung ihrer gefährlichen Bauten finden, würde da nicht vielleicht selbst die „Kreuz-Zeitung“ den „Streikterrorismus“ segnen? —

Blut schwinen müssen die journalistischen Gebergehilfen Stumm's. Kein Wunder, daß von dem edlen Taft auch reichliche Mengen auf ihr Papier träufeln und ihr Denken und Schreiben sich als eine Art intellektuelles Nasenbluten äußert. Blut, nichts als Blut rinnt in der „Post“.

Das Blatt bemüht sich noch immer nicht, daß wir die Ring-schen Mähergeheimnisse über Arbeiterterrorismus lüftig und die „Post“ Grörterungen über die Ringade einseitig fanden, und es konstatirt nun mit blutigem Ernst:

Der „Vorwärts“ billigt also, und zwar naturgemäß in Uebereinstimmung mit der Auffassung der sozialdemokratischen Parteileitung, die Anwendung von Gewalt gegen Arbeiter, welche sich nicht freiwillig den Geboten der Sozialdemokratie unterwerfen wollen, und macht sich so einer indirekten, aber nur um so wirksameren Anreizung zu Gewaltthaten, wie Mißhandlung, Abjagen von Wällen u. z. zum Zwecke der Terrorisirung nicht sozialdemokratischer Arbeiter, schuldig.

Aber wohl dem die „Post“ nicht längst, daß niemand in die Sozialdemokratie aufgenommen wird, der nicht mindestens bereits ein Duzend Malen, auf denen Arbeitswillige standen, durchgepöbel hat? Wir verathen es ihr hiernit und sie mag das Beständniß als Material für ein neues Sozialistengesetz verwenden. Ah, wenn wir alle unsere Schandthaten verathen würden — Stumm könnte sich freuen. Aber wir schweigen, wie alle abgefeyerten Verbrenner.

Daß die „Post“-Leute Blut riechen, ist nicht auffällig. Nur merken sie nicht, daß es ihr eigen Blut ist; deshalb die Wahr-vorstellung, daß die Rede, die der Abg. Singer am Donnerstag im Reichstag hielt, nach Blut rieche — weshalb zum Scham des stummischen Mißgeheimnisses unbedingt ein Ausnahmegesetz von Noth sei.

Wellsäsig stellen wir fest, daß selbst in die „Post“ der sozialdemokratische Sozialismus sich einzuschleichen vermag. Sie bezeichnet in derselben Nummer, in der sie die Sozialdemokratie als einen Mauthörderbande schildert, einen Aufsatz von Karl Rausch über die „Schranken der kapitalistischen Landwirtschaft“ als lehrwürdig. — Wer Stumm's Art kennt, wird für den armen Redakteur, der die Aufnahme der Notiz verweigert, zittern. —

Vorschuhen und Agrarier. Die Leutenoth auf dem Lande soll bekanntlich auch durch die Einrichtung von Halbtags-schulen gehoben werden. Wenn dieses Mittel wirksam wäre, so würde jedenfalls der Mangel an landwirtschaftlichen Arbeitern seit geraumer Zeit nicht mehr bestehen, denn die Halbtags-schule ist in den allermeisten ländlichen Gemeinden des Ostens, wenigstens im Sommer, Regel, und der Ganztagsunterricht kommt

die Hauptmacht auch nur etwas von dem Ueberfall weiß, also auch keine Hilfe bringen kann. Aber davon ganz abgesehen: Millionen Heere zu befördern und zu füttern, das ist eine absolut neue Aufgabe, von deren Lösung alles abhängt, während niemand auch nur einen annähernden Begriff hat, wie die Lösung bewerkstelligt werden soll.

Nun kommt hinzu, daß der Krieg der Zukunft, wie gesagt, in erster Linie ein Kampf um Festungen sein muß. Die Grenzen aller Staaten sind heute geradezu mit Festungen besetzt, Militärlager sind seit dem letzten Kriege in Europa für diese Zwecke ausgegeben. Ein Festungskrieg aber ist unter allen Umständen ein langwieriger Krieg und erfordert auf Seiten des Angreifers Riesenaufwand an Menschen.

Damit wird aber die landläufige Bierkammermeinung, in Zukunft werde der Krieg nicht lange dauern, widerlegt. Bloch zitiert eine ganze Anzahl militärischer Autoritäten, welche in diesem Sinne sich äußern, allen voran den Feldmarschall Moltke, dessen Ausdruck hier in Erinnerung gebracht werden mag: „Gelegt, weber ein hundert-jähriger, noch ein dreißigjähriger, noch selbst ein siebenjähriger Krieg wird sich wiederholen. Nichtdestoweniger ist nicht anzunehmen, daß, wenn ganze Millionen Menschen sich im Kampfe für ihre nationale Unabhängigkeit gegenübersetzen, der Krieg durch einige Tage entzünden wird.“ — Aho Moltke glaubt nicht an einen siebenjährigen Krieg, aber er glaubt nicht an eine kurze Dauer des zukünftigen Krieges. Ein russischer General, Professor Leer, wird deutlicher, er nimmt an, daß ein Krieg in Zukunft nicht in einjähriger Kampagne beendet wird, sondern zwei Jahre dauern wird.

Nun fragt es sich: wird ein modernes Kulturvolk einen solchen Krieg überhaupt ertragen. Ehe wir dieser Frage näher treten, ist noch der Krieg zur See zu behandeln, da er in dieser Hinsicht viel leichter den Ausschlag giebt.

Auf diesem Gebiete nun ist die Umwälzung der Technik bekanntlich eine noch gründlichere und nahezu jede Woche bringt hier neue Entdeckungen, neue Vervollkommnung der Zerstörungswaffe. — See-schlachten der Zukunft werden nach Meinung der hervorragenden Autoritäten selbst dann, wenn die eine Partei ein bedeutendes Uebergewicht aufweisen sollte, stets damit enden, daß beide Gegner den Kampfplatz vernichtet verlassen; Schiffe, die an einem Gefecht theilnehmen, werden immer als ganze oder halbe Bracks aus dem Kampfe herborgelassen, gleichviel ob sie gesiegt haben oder besiegt sind.

Als Hauptaufgabe aber betrachten die Flottenoffiziere die Vernichtung des Handels des Gegners. Der Seekrieg der Zukunft wird ein erbsamungsloser, schonnungsloser Kreuzer- und Sperrkrieg sein. Die schnellen Kreuzer, Torpedoboots und Sperrschiffe werden über jedes Handelsschiff des Gegners herfallen und es vernichten; sie werden auch die neutralen Schiffe nicht schonen, wenn dieselben Lebensmittel fähren, die in die Hände des Gegners fallen können, denn Lebensmittel werden eben als Kriegsmittel betrachtet. Wenn nun die Flottenoffiziere glauben machen wollen, man müsse eine starke Flotte haben, um den Handel zu sichern, so wird diese Ansicht durch folgenden Ausdruck des englischen Admirals Greig, einer über alle Zweifel erhabenen Autorität ad absurdum geführt: „Die englische Marine ist im stande, den Seehandel der ganzen Welt zu zerstören, aber wir sind, das steht absolut fest, nicht im stande, unseren Handelsschiffen Schutz zu gewähren.“

Welche Folgen muß also ein solcher Krieg zu See und zu Lande auf das soziale und wirtschaftliche Leben der Völker ausüben? Darüber das nächste Mal.

ausnahmsweise vor. In den meisten Landtschulen der östlichen Provinzen werden die älteren Schulkinder im Sommer von 6-8 oder 9 Uhr, und die jüngeren Kinder von 9-12 Uhr unterrichtet. Die Schulen sind also größtenteils hauptsächlich so eingerichtet, wie die Agrarier es verlangen. Das ist selbst in solchen Gemeinden der Fall, wo die Zahl der Lehrkräfte zur ordnungsmäßigen Beschulung der Kinder vorhanden ist. In einer großen Zahl von Landgemeinden besteht aber die Halbtagsschule auch deswegen, weil für je zwei Klassen nur eine Lehrkraft angestellt ist. In sämtlichen Landtschulen waren 1896 61 848 Schulklassen, aber nur 49 581 Lehrkräfte vorhanden, 12 317 Klassen entbehrten also einer besonderen Lehrkraft.

Charfreitag und die Katholiken. Wie die „Römische Volkszeitung“ meldet, legten die preussischen Bischöfe bei dem Kultusministerium und dem Staatsministerium eingehend begründete Bedenken gegen die Charfreitags-Vorlage dar.

München, 17. Febr. (Eig. Ber.) Landtag. Die Generaldebatte über die Steuererleichterung wurde in heutiger Sitzung beendet. In der gestrigen Sitzung beauftragte Genosse Segitz in ausführlichster Weise die Sozialpolitik der Zentrumspartei und wehrte energisch die gegen die Sozialdemokratie erhobenen Vorwürfe ab. Zur Einkommensteuer haben unsere Genossen den Antrag gestellt, die Progression, welche nach dem vorliegenden Entwurf bei 50 000 M. mit 3 pCt. aufsteht, fortzusetzen in der Weise, daß von 10 000 zu 10 000 M. der Steuerfuß um 1/3 von 100 steigt, so daß bei einem Einkommen von 100 000 M. 4000 M. Steuer und so fort zu erheben wären.

Auch die württembergische Fabrikinspektion soll eine weibliche Hilfskraft erhalten. Der neue Etat enthält zum ersten Male eine Forderung von 2000 M. für eine Assistentin, deren Thätigkeit auf diejenigen Betriebe des Landes, welche ausschließlich oder vorwiegend weibliche Arbeitskräfte beschäftigen und innerhalb derselben auf diejenigen Funktionen beschränkt bleiben soll, den die gesundheitlichen und sittlichen Schutz der Arbeiterinnen in ihrer Eigenart als Frauen bezwecken. Die Assistentin soll die Inspektionen zwar allein, aber in freiem Benehmen mit dem zuständigen Inspektor ausüben und — abgesehen in Fällen, in denen Gefahr auf dem Verzuge ist — Verfügungen nicht selbst treffen, sondern nur bei dem Inspektor beantragen. Außerdem wäre die Arbeitskraft der Assistentin für Enqueteen über die Verhältnisse der weiblichen Arbeiterschaft nutzbar zu machen. Die Anstellung erfolgt zunächst widerruflich und gegen Tagelohn.

Ein sehr zögerlicher Versuch, aber doch ein Versuch. Preußen kann sich natürlich selbst dazu nicht aufraffen.

Berliner Wahl.

Lante Voh bettelt Tag um Tag flehentlich um die konservativen Stimmen. Da ihr Vettel kein Gehör fand, rafft sie sich nun mächtiglich empor und postet drohende Gebärde:

„Sehe die konservativen Partei sich genau an, was sie zu thun gedenkt. Sie kann Berlin II der Sozialdemokratie ausliefern, ohne befürchten zu müssen, daß ihr sofort vergolten werde, aber wundern darf sie sich dann nicht, wenn bei den nächsten allgemeinen Wahlen ihre sämtlichen männlichen Mandate in die Luft fliegen. Thue sie also, was sie für nützlich und deswegen für klug hält.“

Die „Kreuz-Ztg.“ ist nicht genug, der guten Lante zu erwidern: „Kun, wer weiß dann, ob es nach fünf Jahren noch eine beachtenswerthe freisinnige Partei geben wird.“

Welch reizvolles Schauspiel, wie der wadere Freisinnsmann inbrünstig nach konservativer Gegenliebe schmachtet.

Aber Lantchen soll sich nur nicht zu sehr ängstigen. Infolge konservativer Wahlenthaltung wird der Freisinn bei der Wahl nicht unterliegen. Die Zimmungsmeister und das Bürokratenvolk werden in hellen Schaaren herbeieilen, um den freisinnigen Ordnungsbrüder zu schämen und die bösen Kräfte zu belumpfen.

Die Sozialdemokratie aber wird ihre Agitation so einrichten, daß sie hoffen darf, mit beiden Gegnern fertig zu werden. Unterstützt wird sie freilich in ersterem Maße durch die unwürdige Haltung des Freisinn gegenüber den reaktionärsten Reaktionären.

„Sozialdemokratie und Unfallversicherung“

betitelt die offiziöse „Berliner Korrespondenz“ einen Artikel vom 17. d. M., in dem sie sich gegen unsern Artikel vom 11. d. M. „Von Schicksale der Arbeit“ wendet. Wir hatten auf Grund des amtlichen Materials nachgewiesen, daß die Zahl der Unfälle beständig steigt — eine Thatsache, die von der „S. A.“ auch zugegeben werden muß. Aber, um uns besser vorzuerwehren zu können, daß wir ganz ungerathener Weise die Unfallversicherung zu Angriffen auf die Arbeiter-Wohlfahrtsbestrebungen der Regierung und der bürgerlichen Gesellschaften“ benutzten, verichweig die „S. A.“ in ihrem langen Artikel, welche bedeutende Höhe die Steigerung der Unfälle erreichte — 55 pCt. — und sie spielt mit den Ziffern, indem sie schreibt, daß „sich die Steigerung auf die leichteren Unfälle beschränkt, während die Zahl der schweren Unfälle (Todt und völlige Erwerbsunfähigkeit) prozentual abgenommen hat.“ Die amtliche Statistik zeigt, daß von je 100 000 Versicherten getödtet wurden: 1886—96 durchschnittlich pro Jahr 98 Personen, 1896: 89 Personen, 1897: 41 Personen. Hier ist also eine Steigerung vorhanden! Dauernd völlig erwerbsunfähig wurden zwar von 1886—96: 17, 1896: 7, 1898: nur 6 Personen; hier ist also eine Abnahme zu verzeichnen. Dafür wurden aber dauernd theilweise erwerbsunfähig 1886—96: 163, 1896: 202 und 1897: 209 Personen; ihre Zahl steigerte sich also um 41 pCt.

Wir weisen bereits in dem angegriffenen Artikel darauf hin, daß die Unfallversicherung nicht immer fester eine Verunglückung als dauernd völlig erwerbsunfähig machend ansehen und zumeist gestützt auf die in Ardekteuren genügend gewürdigten Gutachten der von Berufsgenossenschaften abhängigen Ärzte, die Verlegung als eine nur theilweise Erwerbsunfähigkeit veranlassende erklären.

Ferner verichweig die „S. A.“ die Thatsache, daß in der Landwirtschaft die Zahl der schweren Unfälle (Todt oder dauernd völlige Erwerbsunfähigkeit) von 23 auf 27 stieg.

Rechnet man aber die dauernd theilweise Erwerbsunfähigen hinzu, ergeben sich in der Industrie 200 für 1886/96, 281 für 1896 und 267 für 1897, also eine Steigerung um 33 1/2 Prozent, und der Landwirtschaft von 131 auf 226 und 236, also eine Steigerung um 80 Prozent.

Diese Steigerung der Unfälle führten wir darauf zurück, daß nicht nur ungenügende Gewerbe-Aufsicht und daher ungenügende Schutzvorrichtungen vorhanden seien, sondern auch überlange Arbeitszeit; ferner wiesen wir auf die größere Hast und dementsprechend geringere Vorsicht der Arbeiter hin, die bedingt ist durch die Zunahme der Akkordarbeit. Demgemäß forderten wir außer Vermehrung der Gewerbe-Aufsicht auch Verkürzung der Arbeitszeit, damit die Arbeiter stets im Vollbesitz ihrer geistigen und körperlichen Spamskraft thätig sein können.

Die „S. A.“ weicht nun keine andere Ausrede zu finden, als daß sie uns vorwirft, wir seyen uns, um des einseitigen parteipolitischen Interesses willen, auch über alle materiellen Rücksichten der Arbeiterschaft hinweg. Ist es schon lächerlich, daß sich die „S. A.“ die Vorkämpferin für die Justizvorsorge, zur Beschützerin der Arbeiter aufwirft, so ist die Begründung noch widerwärtiger. Die „S. A.“ sagt nämlich, durch schematische Einschränkung der zulässigen Arbeitsdauer für den Einzelnen würde die Gesamtzahl der Unfälle keineswegs herabgedrückt, wohl aber der Verdienst der Arbeiter ungenügend beeinflußt werden.

Außer uns Sozialdemokraten sind auch bürgerliche Sozialpolitiker der wohlgegründeten Ansicht, daß die Verkürzung der Arbeitszeit die Zahl der Unfälle vermindert, weil der Arbeiter bei größerer Spannkraft sich besser gegen die Gefahren des Betriebes schützen kann. Folglich wird dann auch die prozentuale Hiffer der Unfälle sinken und nur von dieser,

nicht von der absoluten Gesamtzahl kann die Rede sein und war in unserer Statistik die Rede.

Zweitens: Daß der Verdienst der Arbeiter bei Verkürzung der Arbeitszeit sinkt, ist eine Behauptung, die den Thatsachen widerspricht, daß gerade diejenigen Arbeiter, welche sich der kürzesten Arbeitszeit erfreuen, auch die höchsten Löhne haben. Alle Berufsorganisationen der Arbeiter in allen Ländern der Erde erstreben die Verkürzung der Arbeitszeit, weil gerade durch diese nicht nur die physischen und geistigen Interessen der Arbeiter, sondern auch ihre materiellen gefördert werden. Und ein Schweinehirt will die Interessen der Arbeiter besser zu schätzen verstehen als diese selber! Der Kasus macht uns lachen! —

Aus dem Entwurf eines Fleischschau-Gesetzes,

wie er vom Bundesrat angenommen worden ist, erfährt die Nordd. Allg. Ztg., daß für das im Inlande geschlachtete Vieh eine zweimalige Untersuchung vor und nach der Schlachtung gefordert wird. Der Entwurf enthält leider ein gefährliches Zugeständnis an die agrarischen Wünsche. Befreit vom Untersuchungszwange bleiben Schafe und Ziegen, sowie noch nicht drei Monate alte Kälber und Schweine, sofern sie ausschließlich im eigenen Haushalte des Besitzers Verwendung finden. Diese Befreiung fällt jedoch weg, wenn diese Thiere Erkrankungen einer Krankheit zeigen oder nach der Schlachtung als krank sich erweisen. Bei Rothschlächtungen ist die Untersuchung vor der Tödtung erlassen.

Die Regierung hat also den Forderungen der Agrarier nachgegeben und von der allgemeinen Fleischschau die eigene Hauschlächtereien ausgenommen, obwohl die Sachverständigen auf die Gefahr hingewiesen haben, welche eine Ausnahme der Hauschlächtereien von der Fleischschau mit sich bringen muß. Die Agrarier erklären belämmlich, daß bei den Hauschlachtungen nicht dritte Personen, die für den Verkauf die Waare erwerben, in Betracht kommen, sondern diejenigen, die schlachten und die demgemäß Selbstkontrolleure und Selbstverzehrer sind. Verzehrer des in der Hauschlächtereien geschlachteten Viehes sind aber nicht bloß die Familienangehörigen, sondern das Gesinde und alle diejenigen, denen Theile des durch Hauschlächtereien gewonnenen Fleisches verabfolgt werden. Nicht einmal die Untersuchung auf Trichinen wird für die Schweine gefordert, sobald deren Fleisch ausschließlich zur Verwendung im eigenen Haushalt des Besitzers bestimmt ist.

Das aus dem Auslande eingehende Fleisch von warmblütigen Thieren, ausgenommen Federwild und Wildpret, soll in Zukunft in den freien Verkehr nur zugelassen werden, nachdem es eine amtliche Untersuchung im Inlande passirt hat. Der Untersuchungsprozess gilt sowohl für rohes als auch für zubereitetes Fleisch. Bei Schweinefleisch hat sich die Untersuchung auch auf Trichinen zu erstrecken. Zur Erleichterung der Untersuchung des ausländischen Fleisches wird die Einfuhr auf bestimmte Eingangsstellen beschränkt. Der Bundesrat soll bestimmen, inwieweit das Fleisch nur in zusammenhängenden Thierkörpern oder in Stücken von bestimmter Größe und in natürlichem Zusammenhange mit inneren Organen eingeführt werden darf.

Verstärkte Bestimmungen gelten für Pferdefleisch. Die Fleischschau soll hier nur von approbirten Thierärzten vorgenommen werden dürfen, das Fleisch darf nur unter der Bezeichnung als Pferdefleisch in den Verkehr gebracht werden und muß als solches auch bei der Einfuhr deklarirt werden. Der Vertrieb darf nur räumlich getrennt von dem Vertrieb anderen Fleisches erfolgen und ist Fleischhändlern, Gastwirthen etc. nur unter bestimmten Einschränkungen gestattet. Die Anwendung von Stoffen und Verfahren bei der gewerbmäßigen Zubereitung und Haltbarmachung von Fleisch, welche zu gesundheitlichen Bedenken Anlaß geben, und der Vertrieb derartig bearbeiteten Fleisches ist verboten; der Bundesrat soll ferner ein gleiches Verbot für bestimmte Stoffe und Verfahren erlassen können, welche dazu benutzt werden, um eine gesundheitsschädliche oder minderwertige Beschaffenheit des Fleisches zu verdecken.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erklärt zum Schluß: Der Entwurf enthält nur die Mindestforderungen, welche für das ganze Reich gelten sollen; den Einzelregierungen ist in gewissen Grenzen die Möglichkeit gewahrt, noch strengere, erhöhten gesundheitlichen Schutz bietende Vorschriften zu erlassen.

Im Sinne der Agrarier dürfte auch die Bestimmung liegen, wonach angeordnet werden kann, daß Thierkörper nur in natürlicher Zusammenhang mit den Eingeweiden eingeführt werden dürfen. Da sich das von fernher kommende Fleisch nur in verarbeiteter oder konservierter Form gut einführen läßt, so darf man hier einen im agrarischen Interesse gespannten Galstrich vermuten.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Ministerkrise, die sich bisher unentschieden wochenlang hinschleppte, scheint nun akut zu sein. Der Wiener „Neuen Freien Presse“ wird am Freitag aus Budapest gemeldet:

In der Antwort, welche die Führer der Opposition heute der Regierung auf ihr letztes Runtum überreichen liehen, wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Kompromiß-Verhandlungen unter der neuen Regierung einen raschen Abschluß finden werden. Ministerpräsident Baron Banffy erklärte für seine Person die Verhandlungen als beendet. Trotz der halbamtlichen Ablehnungen über die formelle und schriftliche Ueberreichung der Demission besteht die Regierungskrise in aller Form. Banffy wird im Sinne eines gestern Abend gefassten Beschlusses des Ministerraths heute Abend der liberalen Partei offiziell die Mittheilung vom Rücktritt des Ministeriums machen.

England.

London, 16. Februar. Bei der Adressdebatte wurde ein Antrag John Redmonds zu Gunsten der Selbstverwaltung in lokalen Angelegenheiten in Irland mit 300 gegen 43 Stimmen verworfen.

Rußland.

Aus dem Lande der Friedens-Manifeste wird berichtet: Die von dem Fürsten Lichomski herausgegebene „Peterburgische Wiedomski“ erhielten die zweite Verwarnung, der „Niski Trud“ erhielt die dritte Verwarnung. Das Erscheinen des letzten Blattes ist auf einen Monat sistirt worden.

Die Blätter haben wahrscheinlich ein leises Wort des Widerspruchs gegen die Abrüstung gewagt! —

Sien.

Neue Gesichte auf den Philippinen. Einer Depesche aus Manila zufolge hat am Donnerstag Vormittag in der Nähe von Manila ein Gefecht stattgefunden. Die Eingeborenen stießen von Baleros aus vor und griffen die Amerikaner in ihrer Stellung an. Die Eingeborenen zogen sich, nachdem ihr Angriff dreimal abgeschlagen war, zurück und nahmen ihre Todten und Verwundeten mit.

Partei-Nachrichten.

Jubiläum eines schwedischen Parteigenossen. Der schwedische Agitator Schneider August Palm hatte kürzlich seinen 50. Geburtstag, der von der Sozialdemokratie Schwedens mit gefeiert wurde. Palm war es, der im Jahre 1881 in Malmo die erste sozialdemokratische Versammlung in Schweden abhielt; sodann durchzehrte er das ganze Land, um für den Sozialismus Propaganda zu machen. Anfangs hatte er bei den gleichgültigen Massen nur geringen Erfolg, heute ist auch in Schweden der Sozialismus weit verbreitet.

Todtenliste der Partei. In Mainz starb der Parteigenosse Lukas an der Proletarierkrankheit. Lukas hat einige Jahrzehnte lang der Partei treu gedient.

Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

Die Massenanklagen, die der Bernburger Offizier v. Oppeln-Dronitsch gegen sozialdemokratische Blätter wegen Verleumdung erhoben hatte, werden, nachdem v. Oppeln-Dronitsch in der Verhandlung gegen unsern Kollegen Jacoby nicht gerade glänzend abgeköpft hat, weiter Gerichtshöfe wohl nicht mehr beschäftigen. Eine ganze Anzahl Parteiblätter, so das Hamburger, Magdeburger, Frankfurt, brachten die Mittheilung, daß der gegen sie gerichtete Strafantrag zurückgezogen ist.

— **Ein neues Fiasko** hat die Frankfurter Polizei in ihrem seit einiger Zeit sehr eifrig betriebenen Kampfe gegen die Arbeiterschaft erlitten. Sie hatte den Vorstandsmitgliedern des Sozialdemokratischen Vereins Strafmandate von je 15 M. zugestellt, weil sie Mitglieder der Polizei nicht rechtzeitig an bezw. abgemeldet hätten. Das Schöffengericht, das sich auf Verufung der Genossen mit der Sache zu beschäftigen hatte, sprach sämtliche Angeklagte frei. Die Begründung ist von besonderem Interesse. Das Gericht hat entschieden, daß 1. Bibliothekar und Revisor als Vorstand in gedachtem Sinne überhaupt nicht gelten können; 2. da der Vorstand Arbeitstheilung in seinen Geschäften hat und die An- und Abmeldung der Mitglieder allein dem Schriftführer obliegt, so haben auch alle übrigen Vorstandsmitglieder anher Veracht zu bleiben; die Verfolgung kann sich nur gegen den Schriftführer richten; 3. daß der Schriftführer W. Schmidt den ausgeschlossenen Gilsbein (N) nicht abmeldete, war gerechtfertigt. G. behielt nach dem Statut noch das Recht, die Generalversammlung des Vereins entscheiden zu lassen, der Ausschluß war noch nicht endgültig; 4. Todesfälle ändern allerdings die Mitgliederliste, sind also eventuell zu melden. Da indeß dieser Kasus bisher noch nicht vorkam, konnte das Gericht nicht zur Ueberzeugung gelangen, daß eine Verletzung gegen das Vereinsgesetz vorgekommen. — Alle Kosten, einschließlich der der Verteidigung, wurden der Staatskasse auferlegt.

— **Einen öffentlichen Aufzug** sollte der Genosse Knop zu Frankfurt a. M. gelegentlich eines Aufzuges des dortigen Sozialdemokratischen Vereins arrangirt haben. Während das Schöffengericht ihn freigesprochen hatte, gelangte die Strafkammer zu der Ansicht, daß in der Wendung „Abmarsch um 8 Uhr“, die in dem Inserat in der Volksstimme gebraucht war, eine Aufforderung zu einem öffentlichen Aufzug enthalten sei und verurtheilte ihn wegen Vergehens gegen das Vereinsgesetz zu 20 M. Geldstrafe.

Für die Angehörigen der Verurtheilten in Dresden

gingen bei der Expedition des „Vorwärts“ folgende Beiträge ein:

Gef. Postkammer 30 bei Müller 4.50. Konferenz der Gumpshäuser N. u. S. 3.—I. Dr. B. 1.— Franz Boigt 10.—. Postk. Glocke, Rätzker trotz alledem 5.00. M. S. 5.—. Lindemann 3.—. R. P. R. 1.50.—. Godt hier 5.15. R. S. M. von Hartwig, Wallfadenstraße 70, 2 Tr. 1.50. „Deutsche Warte“ 29.30. Aus der Arbeiterschaft von Wähler u. Schwab, Wallfadenstr. 103 (habet G. Bante 3.—) 22.80. W. S. S. 5.—. Gef. im Zentralverein der Konditionen Berlin, darunter 1 Meister nebst Frau und Veronal 15.—. Gesammt am Geburtstage G. Müller 4.20. Gefälliger Verein „Hirsh“ 3.80. Die lustige Reine Wirtshaus 5.—. Seyer festentz. u. Co. 3.60. Kollegen der Pianoforte-Fabrik I. Lehmann u. Co. 42.50. Fria, Appolat, Eugenie u. Vera 50.—. Kaufmannslehrling 2.—. Geburtstagsfeier einiger Kollegen vom Väter-Verband Alsterstr. 101, 1.20. Mann mit dem Rechten 3.—. Schafel 20.—. Werthalt Hähnrich, Schönhauser Allee 141, 4.15. Den Dresdener Dreißigstern 5.—. Vereing. Charlottenburg, 5.—. Frau Thiele, Wedding-Marktstraße 2.—. Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik, Martinistenstraße, Alth. Reiner, gef. d. b. Kleinen 12.—. Seyer der „R. J.“ d. B. R. 10.10. Klav. Weihenst. 1.—. Von der Festsammlung der Volks-Versammlung am 17. Februar im „Kölner Hof“ 112.—. Aufgeblicher Statistk „Zeitend“ 4.—. Hans Schreier 3.—. Sozialdem. Arbeiter 2.—. Von der Bauhilfsverein von Belle, Wesselerstr. 31 4.80. G. J. 4.50. Arb. Radfahrer-Verein „Vorwärts“, Rippen 5.—. G. Schö. (H. T.), Wiesbaden 10.—. Personal der G. S. Hermannschen Buchdruckerei 30.—. Ehardt Komoroben 10.—. Bau Perlestraße 12, Charlottenburg 8.80. Anton 1.—. Die Reiner aus der „Königsplatz“ Frankfurterstr. 117, 2.15. Maschinenmeister von Gmmer 2.—. Kollegen der Broncegießerei u. S. A. Weg 9.15. K. S. 1.—. Raler u. verno Berufs-genossen, Hl. Nirdorf 10.—. G. Schardt 2.—. Kaufhaus Solombus 3.—. Statistk „Gemeinlichkeit II“ 5.—. Summa 522.75 M. In dieser Woche bereits eingegangen 7141.31 M. (In der gestrigen Nummer des „Vorwärts“ wurde irrthümlich 6141.31 M. quittirt.) In Summa 7964.06 M. Diese Summe ist an den Kassirer Gerlich abgeliefert.

Bewerkschaftliches.

Deutsches Reich.

Die dritte Generalversammlung des Werftarbeiter-Vereins handelte am 12. bis 14. Februar in Lübeck. Anwesend waren 18 Delegirte. Aus dem Vorstandsbericht ist zu entnehmen, daß die Agitation für den Verband mit Eifer betrieben wurde. Neu hinzugekommen sind die Zahlstellen Könnig und Dietrichsdorf, während die Zahlstelle Königsberg eingegangen ist. Nach dem Kassenericht betrug die Einnahme 12 304.01 M., die Ausgabe 8594.21 M., so daß ein Bestand von 3779.80 M. verblieb. An Darlehen wurden 3650 M. zurückgezahlt. Angekauft wurden 15 000 Mitgliedsbücher, 250 000 Marken. Der Verband zählt zur Zeit 2380 Mitglieder.

Eine längere Besprechung zeitigten die Berichte über den Stand der Bewegung an den einzelnen Orten. Sodann wurden einige Statutenänderungen beschlossen. Die Bestimmung, daß nur über 17 Jahre alte Leute Mitglieder werden dürfen, wurde gestrichen. Die Verbandsversammlung soll künftig nur alle zwei Jahre stattfinden. Ueber die Unfälle auf den Werften wird die Aufnahme einer Statistik geplant. Die Gründung eines Zentral-Streikfonds wurde abgelehnt. Durch Vermittelung der Generalkommission soll die Verschmelzung mit dem Verbands der Schiffszimmerer angebahnt werden. Von der Einführung der Reise-Untersuchung sah man ab, dagegen sollen Mitglieder, welche ihren Wohnort wechseln, eine Untersuchung bis zu 20 M. erhalten. Es wurden sodann Bremerhaben als Sitz des Vorstandes, Bremen als Sitz des Ausschusses, Dellerich als erster Vorsitzender und Senr als Kassirer einstimmig wiedergewählt. Zum Gewerkschafts-lonargh ward Dellerich delegirt, als Stellvertreter Kahl-Begead bestimmt. Die Jahresrechnung des ersten Vorsitzenden und des Kassirers ward auf je 100 M. festgelegt. Der Beschluß hat für das abgelaufene Jahr rückwirkende Kraft. Damit waren die Verhandlungen beendet, und schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf den Verband.

Auf dem Güterbahnhof in Erfurt stellte am Mittwoch Abend der größte Theil der Rangierarbeiter die Arbeit ein. Die Direktion hatte verfügt, daß die bisher achtstündige Arbeitszeit durch eine zwölfstündige ersetzt wird und der Eintheilung der Arbeiter in drei Kolonnen eine Zweitheilung folgen soll. Es wurden deshalb eine Anzahl Arbeiter entlassen. Die übrigen erklärten sich bereit, unter den neuen Bedingungen zu arbeiten, wenn eine dementsprechende Lohnerhöhung gezahlt wird. Dies wurde abgelehnt, worauf es zur Arbeitseinstellung kam. Man erkennt in den Maßnahmen der Direktion so ganz das Walten der preussischen Sozialpolitik. Für einen so verantwortungsvollen und anstrengenden Dienst erhalten die Arbeiter 2.10 bis 2.60 M. Langelohn; nachdem eine entsprechende Verkürzung der Arbeitszeit eingeführt war, muß wohl den Herren in der Direktion zum Bewußtsein gekommen sein, daß diese in einem preussischen Musterbetriebe unsittlich ist.

Die Koalitionsfreiheit der Arbeiter. In diesem Kapitel liefert das Verhalten der Stuttgarter Straßenbahn-Gesellschaft einen interessanten Beitrag. Die Arbeiter dieses Betriebes hatten sich vor einiger Zeit dem Verbands der in Transport-Gewerbe thätigen Arbeiter angeschlossen; dabei aber freimüthig die Absicht bekundet, irgend eine Forderung an die Gesellschaft zu stellen, obwohl der mehrere Lohn und die Arbeitszeit von 14 bis 15 Stunden täglich hinreichend Veranlassung gegeben hätten. Der Direktion schien diese Vereinsthätigkeit ihrer

Angestellten nicht sonderlich zu passen. Sie führte zwar stillschweigend eine kleine Lohnerhöhung ein, gab aber gleichzeitig die Weisung heraus, es dürfe von den Angestellten keiner an einer „agitatorischen“ Versammlung teilnehmen. Die Angestellten kümmerten sich natürlich um diesen Befehl nicht, da sie mit Recht beanspruchten, außerhalb der Dienstzeit ihre freier Herr zu sein. Die Direktion hat nun infolge dieser Uebertretung ihres Verbots die Entlassung von sieben Angestellten angeordnet. Die Erregung unter den Angestellten ist dadurch aufs höchste gesteigert und es fragt sich, ob die Maßregelung ruhig hingenommen wird. — Der Fall selbst zeigt wieder, mit welcher Rücksichtslosigkeit den Arbeitern das Recht der Koalition von den Unternehmern streitig gemacht wird.

Am dem Streik auf dem Elektrizitätswerk von Schudert in Nürnberg sind 102 Arbeiter befreit. Die Differenzen entstanden durch die Maßregelung eines Formers, der im Verein mit seinen Kollegen versuchte, einige recht fühlbare Uebelstände zu beseitigen. Da die Vorstellungen der Arbeiter bei der Direktion kein Gehör fanden, vielmehr zu entzweien war, daß weitere Entlassungen folgen würden, so kam es zur Arbeitseinstellung. Die Direktion hat zu verstehen gegeben, daß sie die notwendigen Arbeiten auswärts anfertigen läßt.

Ausland.

Die elektrotechnische Fabrik von Brown, Boveri u. Cie. in Baden bei Zürich hat nach Beendigung des Streiks in den Arbeitsräumen folgende Veranlassungen angeschlossen: „Gelegentlich des Streiks hat es sich wiederholt darum gehandelt, daß Meister gegen Arbeiter in grober oder ungerechter Weise vorgegangen sein sollen. Alle Meister werden daher neuerdings daran erinnert, daß es unseren Wünschen durchaus entspricht, wenn sie mit den Arbeitern in ruhiger sachlicher Weise verkehren, so wie auch von den Arbeitern ihren Vorgesetzten gegenüber ein anständiges Verhalten verlangt wird.“ Die Herren, unter denen zwei norddeutsche Kapitalisten und einer davon preussischer Hauptmann a. D. (Gober) ist, scheinen „ohne Gefährdung ihrer Autorität“ aus dem Streik doch einige Lehren gezogen zu haben und davon die praktische Anwendung zu machen.

Aus Paris wird uns geschrieben: Man erinnert sich noch der Haupt- und Staatsaktion, die das Kabinett Brisson im Oktober v. J. gegen die Eisenbahner-Gewerkschaft ins Werk gesetzt hat, um deren Generalstreik-Beschluß zu durchkreuzen. Im Gewerkschaftslokal und in den Wohnungen der dreißig Vorstandsmitglieder wurden Hausdurchsuchungen vorgenommen, die Papiere beschlagnahmt und eine hochnotpeinliche Untersuchung gegen den Vorstand eingeleitet. All das wegen angeblicher Uebertretung des Koalitionsgesetzes von 1884. Nach vier Monaten endet nun die Untersuchung resultatlos. Das Verfahren wird eingestellt, kein Vergehen wurde entdeckt! Man braucht übrigens nicht erst den Ausgang der Untersuchung abzuwarten, um dessen sicher zu sein, daß die Regierung seinerzeit einen Gewaltakt im Dienste des Unternehmertums begangen hatte.

Soziales.

Der Arbeitsmarkt im Januar. Die Nachfrage nach Arbeitskräften hat sich der Monatsfrist: „Der Arbeitsmarkt“ zufolge im Januar lebhafter gestaltet wie im Jahre vorher, auch wie im letzten Monat des Jahres 1898. Diese weitere Besserung der Lage des Arbeitsmarktes ist aber nur in geringem Maße auf eine noch regere Thätigkeit in Gewerbe, Handel und Industrie zurückzuführen, obwohl sich namentlich in der Textilindustrie Symptome zeigen, die zu der Annahme einer entschiedenen Wendung zum Besseren führen könnten. Wohl aber ist eine erhöhte Thätigkeit in den Fabriken eingetreten, die mit den Vereinigten Staaten Geschäfte machen. Der wirtschaftliche Aufschwung in den Vereinigten Staaten kommt, wenn auch in vermindertem Maße, unseren Exportindustrien zu Gute. Der Konsum in allen Boden- und Industrieerzeugnissen drückt sich so stark, daß die einheimische Produktion trotz ihrer zunehmenden Leistungsfähigkeit doch noch nicht im Stande ist, den vollen Bedarf zu befriedigen. Viel einschneidender für die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Januar halten wir die milde Bitterung, die abgesehen von einzelnen Tagen den vollen Betrieb im Freien gestattete. Bei den vielen Bauten von Wohnhäusern und Fabrik-Etablissements, Kleinbahnen und Kanälen war es möglich, eine große Zahl von Arbeitern mehr zu beschäftigen als es bei einem Normalwinter der Fall gewesen sein würde. — Nach den Ergebnissen der Nachweisverwaltungen betraffen sich im Januar um je hundert offene Stellen 131,6 gegen 137,0 im Dezember 1898. Von 58 vergleichbaren Berichten weisen im Vergleich zum Januar des Vorjahres 36 (+ 2 ausländischen) eine Abnahme und 19 (+ 1 ausländischen) eine Zunahme des Andranges auf.

Die Vergewaltigung, Verordnungen, betreffend die Beschäftigung fremdsprachiger Arbeiter, wird von den Vergewaltigten des Ober-Vergewaltigungsbezirks Dortmund und sehr gering bewertet. Die Vergewaltigung „Zeitung“ weist darauf hin, daß zu dem Wandel schon vorhandener Verordnungen eben eine neue gekommen sei, die wahrscheinlich ebenso wenig durchgeführt werde, wie die früheren: „Es existiert eine Verordnung des Dortmund-Ober-Vergewaltigungsbezirks über die Ausbildung der Vergewaltigten (28. Mai 1894). Würde sie streng durchgeführt, dann wäre die neue Bestimmung über fremdsprachige Arbeiter zum guten Teil überflüssig. Eine Bitte gehen wir darauf ein, daß wir nach Ablauf der festgesetzten Frist von 6, respektive 18 Monaten der Vergewaltigung noch nicht zugelassene fremdsprachige Arbeiter in Menge auf der Ruhrgruben präsentieren.“

Wahrlich, eine bedauerliche Regierung, der — ob in diesem Falle gerechtfertigt oder nicht, sei dahingestellt — in so hohem Maße Mißtrauen entgegengebracht wird. Verdient hat sie es voll auf. Ist nicht von Stimm selbst im Reichstage erklärt worden, daß die Forderung des Bundesrats betreffend den Wärdereiarbeiterchutz nur durch die Lage Durchsicht seitens der Behörden „erträglich“ werde? Und so steht es mit dem ganzen Arbeiterschutz.

Die Arbeitsvermittlung der württembergischen städtischen Arbeitsämter im Jahre 1898, deren Zahl wie im Vorjahr 18 ist, wird in den „Mitteilungen“ des Statistischen Landesamtes besprochen. Die Zahl der Gesuche von Seiten der Arbeitnehmer als besonders auch von Seiten der Arbeitgeber ist von 39 276 (darunter 11 073 weibliche Personen) im Jahre 1897 auf 48 700 (13 541 weibliche) 1898 gestiegen, von denen 1898: 23 089 = 60,1 pCt. (weibliche 6672 = 49,3 pCt.), 1897: 23 186 = 59,0 pCt. (weibliche 5546 = 50,1 pCt.) erfolgreich gewesen. Die Gesuche der Arbeitnehmer betragen 1897: 57 442 (weibliche 8877), 1898: 61 509 (weibliche 10 564), von denen 1898: 28 089 = 45,7 pCt. (weibliche 6672 = 83,1 pCt.), 1897: 23 186 = 40,4 pCt. (weibliche 5546 = 62,5 pCt.) von Erfolg begleitet waren.

Unternehmer-Verbände.

Magdeburger Braunkohlen-Syndikat. In Bezug auf das auf drei Jahre abgeschlossene Braunkohlen-Syndikat theilt die „Magd. Zig.“ mit, daß die für den Fall direkter Angebote oder direkter Abschlüsse vereinbarten Konditionenstrafen 250 M. für jedes Angebot und 100 M. für jede verkaufte Doppelpartie Kohle betragen. Bei Abschlüssen mit dem Syndikat habe der Käufer den Vorteil, daß falls das zur Lieferung verpflichtete Syndikat aus irgendwelchen Gründen die Lieferung nicht ausführen sollte, alle übrigen Mitglieder des Syndikats unverzüglich in die Lieferungspflicht eintreten. Andernfalls übernehme die Syndikatsverwaltung nur dann Lieferungen, wenn ihr der ganze Bedarf an Braunkohlen übertragen wird.

Träger-Syndikat und Halbzeug-Syndikat. Die sämtlichen mittel- und westdeutschen Stahlwerke, welche Träger und Halbzeug herstellen, beschließen die sofortige Errichtung von Syndikaten für diese Fabrikate.

Die Schweizerischen Parfetterie-Fabrikanten haben unter dem harmlosen Namen einer Genossenschaft ein Kartell gebildet, das seinen Sitz in Bern und folgenden Zwecken zu dienen hat: 1. Beschränkung der Konkurrenz dadurch, daß jedem Mitglied ein normales Produktionsquantum im Verhältnis zum allgemeinen Verbrauch in der Schweiz zugesichert wird; 2. Lohnende Verkaufspreise; 3. gemeinsame Einkäufe, insofern dadurch billigere Preise erzielt werden können; 4. allfälliger Ankauf des Ueberflusses vom Produktionsantheil kleiner Fabriken, wenn sie solchen zu den festgesetzten Preisen nicht anbringen können, dies aber zu besonders zu bestimmenden günstigen Bedingungen; 5. Beschützung der Industrie und Wahrung der Interessen der eingetretenen Mitglieder durch geeignete, von den Geschäftsverhältnissen gebotene Maßregeln.

Gerichts-Beilage.

Grober Unfug unter dem Buchhandels. Der Maurer Robert Petermann aus Reinickendorf stand gestern vor dem Schöffengericht II unter der Beschuldigung der Verhöhnung. Der Angeklagte arbeitete im Sommer v. J. unter dem Maurermeister Hoppe auf einem Neubau der Firma Heinrich Lehmann u. Komp. am Stegweg in Reinickendorf. Die Maurer belamen 55 Pfennig pro Stunde, der allgemeinen Bewegung entsprechend wollte der Angeklagte aber 60 Pfennig haben, und da seine und seiner Kameraden Forderung abgewiesen wurde, stellte er und die meisten seiner Kollegen am ersten Arbeitstage nach Pfingsten die Arbeit ein. Natürlich wurden in der Nähe des gesperrten Baues auch Streikposten aufgestellt, zu denen auch der Angeklagte gehörte. Schon am nächsten Morgen sah er, daß der Maurer Döbler zum Bau ging, um zu arbeiten. Er trat auf denselben zu und fragte: „Wilst Du hier arbeiten?“ Döbler erwiderte: „Leider muß ich, denn ich bin fünf Monate krank gewesen.“ Petermann sagte: „So bist Du nun, Du willst uns hintergehen! Arbeite nur bei den „Mamotten“, wenn Du nachher an die „Verblender“ kommst, verlassen Sie Dich doch! Dann kommst Du nach Berlin und dann werden wir Dich schon kriegen!“ Döbler ging trotzdem zur Arbeit und Petermann rief ihm noch nach: „Arbeite nur, Du Sonntagsarbeiter!“ Die Döbler vor Gericht anklagte, sagte er die Sache so auf, als solle er Prügel kriegen, wenn er auf einen Berliner Bau komme. Das Schöffengericht faßte die Äußerung des Angeklagten nicht als Verhöhnung, dagegen als groben Unfug auf. Streikposten stehen sei an sich nicht strafbar, wenn aber ein Streikposten die zur Arbeit gehenden Arbeitswilligen zu beeinflussen suche, liege die Sache anders. Der Angeklagte habe versucht, den Mann zu veranlassen, nicht auf dem Bau zu arbeiten. Dadurch werde die Allgemeinheit (1) hemmrahtigt und diese habe ein großes Interesse daran, daß solche mehr oder minder energische Beeinflussungen unterbleiben. Der Angeklagte sei daher wegen groben Unfugs zu 10 M. Geldstrafe oder 2 Tagen Haft zu verurtheilen. Hoffentlich legt der Angeklagte gegen dies dem Rechtsbewußtsein des Volkes unverständliche Urtheil Verwahrung ein.

Ein Armen-Kommissionsvorsitzer. Gegen den in der Reichsbergerstraße wohnhaften Armen-Kommissionsvorsitzer Vogel wurde gestern vor der 159. Abtheilung des Schöffengerichts eine Anklage wegen Verhöhnung verhandelt. Die Ehefrau des Arbeiters Böhse wollte gegen ihren Ehemann, der sich seiner aus sechs Köpfen bestehenden Familie nicht annahm, im Wege der Klage vorgehen. Der Schiedsmann hatte ihr einen Schein gegeben mit der Anweisung, damit zum zuständigen Armen-Kommissionsvorsitzer zu gehen und ihn um Ausstellung eines Armenattestes zu bitten. Die Frau will bei dem Angeklagten einen bösen Empfang gefunden haben. Er soll, wie die Zeugnis im Termine unter ihrem Eide betunderte, die Ausstellung des Armenattestes nicht nur schroff abgelehnt haben mit den Worten: „Sie Polacke kommen hier nach Berlin und dann wollen Sie ihren Mann verklagen.“ Hieran soll er dann noch eine beleidigende Bemerkung geknüpft haben, die sich auf die reiche Kindererzger der Frau bezog. Als diese nun um die Rückgabe des Scheidsmannattestes bat, verweigerte der Angeklagte die Herausgabe des Papiers und wies ihr die Thür. Der Angeklagte bestritt jede der beanstandeten Äußerungen und wollte auf den Hinweis des Vorsitzenden, ob er sich denn nicht durch Ueberbärdung in seinen Amtsgeschäften vielleicht doch zu einer unüberlegten Äußerung habe hinreißen lassen, auch die Möglichkeit nicht zugeben. Er behauptete, daß gerade die Eingewanderten der Berliner Kommune am meisten Beschäftigungsbedürfnisse hätten, und es seien Fälle vorgekommen, daß Wittfelder falsche Anklagen erhoben, lediglich um in den Besitz von Zeugengebühren zu gelangen. Die Zeugnis erklärte hierauf, daß sie auf Gebahren jeder Art verzichte. Der Vorsitzende machte nun den Angeklagten darauf aufmerksam, daß derselbe, wenn auch bereits vor einer Reihe von Jahren, wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Verhöhnung und Körperverletzung verurtheilt sei und dies lasse doch darauf schließen, daß er sich nicht immer beherrschen könne. Der Vorsitzende konnte seine Verwunderung darüber, daß der Angeklagte Armenkommissions-Vorsitzer geworden sei, nicht unterdrücken. Da Aussage gegen Aussage stand und Zeugen bei dem Vorfall nicht zugegen gewesen waren, so beschloß der Gerichtshof, die Akten der Staatsanwaltschaft zuzustellen, um Ermittlungen darüber anzustellen, ob über die Geschäftsführung des Angeklagten auch noch anderweitig Beschwerden eingelaufen seien.

In der bekannten Privatklage des Vorstandes des Bundes der Landwirthe gegen den Chefredakteur der „National-Zig.“, Herrn Adhner, stand gestern abermals Termin vor dem hiesigen Schöffengericht an. Als die Thomas-Phosphat-Angelegenheit den Gegenstand von Angriffen der liberalen Presse gegen den Vorstand des Bundes der Landwirthe bildete, richtete auch die „National-Zeitung“ wiederholt ihre Aufmerksamkeit auf diese Angelegenheit und suchte in mehreren Artikeln nachzuweisen, daß die Bundesleitung durch die immer wieder auf tretende Behauptung, die Bundesleitung habe durch Täuschung und Uebervorteilung der Abnehmer der Bundesklasse Vortheile zugeführt, schwer belastet werde. Die Bundesleitung erließ dann im Juni eine lange Erklärung, in welcher die Angriffe der gegnerischen Presse als ehrschmeibliche Wühlmasse, aus der Luft gegriffene Erfindung u. s. w. hingestellt wurden. Gegen diese Erklärung der Bundesleitung richtete sich ein scharfer Artikel in der Nummer der „National-Zeitung“ vom 11. Juni. Darin wurde jene Erklärung als „kläglich“ bezeichnet und hervorgehoben, daß die Bundesleitung sich auf langatmige Erörterungen einlasse, anstatt einfach zu erklären: der behauptete Vertrag mit der Thomas-Phosphat-Gesellschaft bestehe nicht. Daraus wurde die Schlussfolgerung gezogen, daß jeder Unbefangene zu der Meinung kommen müsse: der skandalöse Vertrag existiere thatsächlich. Auf Grund dieses Artikels erhoben die Herren Dr. Jahn, Dr. Köfide und Blaschka die Privatklage. — Der Vertreter des Angeklagten, Justizrath Dr. Sello erklärte im gestrigen Termin, daß sein Klient einen Wahrheitsbeweis nicht antrete. Dieser stehe auf folgendem Standpunkte: Er seinerseits habe das Vorhandensein des Vertrages gar nicht behauptet. Als gegen den Vorstand der Vorwurf, einen solchen Vertrag geschlossen zu haben, erhoben worden war, habe der Bund dies nicht bestritten, sondern sich darauf beschränkt, diese nach seiner Ansicht nicht zugehörige Erklärung zu erlassen, und daraus habe er nur eine Schlussfolgerung gezogen. Es könnte deshalb nicht von Anwendung des § 186 St.-G.-B., sondern höchstens von § 185 die Rede sein. — Es wurde infolge dieser Erklärung auf Zeugenvernehmung verzichtet. Das Urtheil erging dahin: § 186 sei anzuwenden, weil Thatsachen behauptet worden, deren Wahrheit zu beweisen der Angeklagte nicht unternommen habe. Der Angeklagte sei zu einer scharfen Abwehr grober Angriffe, die auch auf ihn gemünzt waren, berechtigt gewesen, die Schutzzrenzen des § 193 seien aber erheblich überschritten. Nach Ansicht des Gerichts wäre eine Widerklage gegen Dr. Köfide und Blaschka — nicht aber gegen Dr. Jahn, der die Erklärung nicht unterzeichnet hatte — wohl zu begründen

gewesen; der § 190 könne aber keine Anwendung finden, da hier doch nicht eine „sofortige“, d. h. in plötzlicher Gemüthsauflösung begangene Erwidrerung einer Verleumdung vorliege. Angesichts der höchst beleidigenden Ausfälle der „Erklärung“ seien alle diese Umstände bei der Strafzumessung in erheblichem Maße in Erwägung gezogen und es sei deshalb nur auf 50 Mark Geldstrafe eventuell fünf Tage Gefängnis, Publikationsbefugnis zc. erkannt worden.

Unlauterer Wettbewerb. Gegen den Seifenhändler Schröder, der in Berlin 24 Seifengeschäfte besitzt, hatte der Reisende Hörnide die Privatklage angestrengt, indem er behauptete, Schröder habe sich des unlauteren Wettbewerbes schuldig gemacht. Dieses Vergehen erklärte der Kläger darin, daß Schröder in den Schaufenstern seiner Geschäfte circa zwei Wochen lang Plakate aushängen hatte, worauf zu lesen war: „Beste Seife ist Parfettseife, 2 Pfund 25 Pfg.“ während die Seife einen Kartoffelmehlzusatz enthielt. Das Schöffengericht sprach Schröder frei, dagegen verurtheilte ihn das Landgericht wegen unlauteren Wettbewerbes. Das Kammergericht wies gestern die Revision des Angeklagten mit der Begründung zurück, daß der Vorderrichter ohne Rechtsirrtum die §§ 1 und 4 des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb angewendet habe.

Buchhandels in Sachsen. Wegen versuchter Rötzigung, Verhöhnung und Verleumdung sind die Buchhändler May und Hänsel, sowie der Zwirner Müller vom Landgericht zu Bayreuth zu je einem Monat Gefängnis verurtheilt worden. Müller wurde im Dezember auf Veranlassung des Werkführers Heller — nach seiner Meinung ganz grundlos — aus der Fabrik entlassen. Deshalb sollen nun die drei vor dem Hause auf Heller geschimpft, sowie gedroht haben, daß sie ihn verbaufen und die Knochen im Leibe zerbrechen wollten. Die Angeklagten bestritten solche Verhöhnungen aber und der Verteidiger war der Ansicht, daß der Beweis nicht zweifellos erbracht wäre. Das Gericht war aber anderer Meinung.

Im Wege des Wiederanahme-Verfahrens gegen ein schöffengerichtliches Urtheil ist der Klempner Mag Ludwig gestern von einer längeren Gefängnisstrafe befreit worden. Der Angeklagte, ein völlig unbefehlter Mann, war vom Schöffengericht zu zwei Monaten Gefängnis verurtheilt worden, weil er überführt worden, Rechts auf der Straße zwei Männer angerempelt und einen derselben mit einem stumpfen Gegenstand verlegt zu haben. Der Angeklagte hatte seine Schuld entschieden bestritten und behauptet, daß gerade er von den beiden Männern angegriffen worden sei und sich in der Nothwehr befunden habe. Der Verurtheilte veräumte aus Irrthum die Revisionsfrist und so mußte dem K. A. Dr. Schwindt auf sein Ansuchen das Wiederanahmeverfahren betreiben. Ein solches ist gegen schöffengerichtliche Urtheile besonders schwierig, denn es ist nach § 399 St. P. O. dazu erforderlich, daß Beweismittel beigebracht werden, welche der Verurtheilte erst nach Ablauf des vorigen Verfahrens kennen gelernt hat und deshalb ohne sein Verschulden nicht geltend machen konnte. Der Antrag auf Wiederanahme wurde zunächst abgelehnt, auf die Beschwerde des K. A. Dr. Schwindt aber durch die Strafkammer für begründet erachtet, da durch eine Reihe eidesstattlicher Versicherungen die Verbindungen des § 399 erfüllt schienen. In der gestrigen Verhandlung stellte sich heraus, daß der Angeklagte thatsächlich in der Nothwehr gehandelt hatte und die Belastungszeugen bereits vorbestraft sind, der eine sogar ein gefährlicher Inhäler ist. Die erneute Verhandlung endete daher mit der Freisprechung des Angeklagten.

Die Wahlagitation im 2. Kreise

wurde von unseren Genossen am Freitag eingeleitet durch eine imposante Parteiverammlung, die den Videl'schen Saal in der Hofenstraße bis auf den letzten Platz füllte. — Nach einer mit großem Beifall aufgenommenen wirkungsvollen Rede des Genossen Richard Fischer wurde derselbe einstimmig wieder als Kandidat aufgestellt. Dann wählte man folgende Genossen in das Wahlkomitee: Krüger, Jakob, Sachmann, Hensel, Schäfer, Jänke und Hermann. Die glanzvollste Versammlung endete mit einem brausenden Hoch auf die Sozialdemokratie.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Hamburg, 17. Februar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Der Hamburger Postdampfer „Eduard Wohlen“ hat auf der Fahrt von Hamburg nach Montrobia in der Nordsee ein fürchterliches Unwetter zu bestehen gehabt. Ein Theil der Ladung, die aus Theer, Karbolinum, Rann bestand, wurde durch Sturzseen über Bord gespült. Das Schiff wurde an verschiedenen Stellen arg beschädigt. Der Zimmermann und ein Matrose wurden durch Sturzwellen über Bord geschleudert und ertranken. Dem ersten Offizier wurden drei Rippen gebrochen.

Kiel, 17. Februar. (Privat-Depesche des „Vorwärts“.) Heute haben sämtliche Stahlformer der Schiffswerke Howaldtswerke, 36 Mann, die Arbeit niedergelegt. Die Firma bemühte sich schon seit vorigem Jahr an Stelle des bisher gezahlten Stundenlohnes Stundakord einzuführen, wobei sie auf den geschlossenen Widerstand der Arbeiter stieß. Seit Januar ist ein neuer Leiter der Gießerei in Thätigkeit, Ingenieur Starke, von den Döllener Gießhüttenwerken bei Dresden, der mit Schneidigkeit das Regiment führen zu können glaubte. Eine von den Formern gewählte Kommission, um beim Chef vorstellig zu werden, wurde nicht anerkannt, sondern Howaldt suchte sich selbst eine Kommission zusammen, mit der er berathen wollte. Für die alten Kommissionsmitglieder wurde die Behandlung unerträglich. Als einer aufhörte, erklärten sich sämtliche Arbeiter solidarisch mit ihm, verlangten Wiedereinstellung und bessere Behandlung. Darauf stellte Howaldt die Zumuthung, daß Betreffender Abbitte leisten sollte. Unter diesen Umständen legten sämtliche Stahlformer die Arbeit nieder, die Eisenformer arbeiten weiter, wollen jedoch gleichfalls die Arbeit niederlegen, wenn von ihnen die Arbeit der Stahlformer verlangt wird. Howaldt hat heute schon Modelle abgefordert, um die Arbeit von Auswärts zu beziehen.

Paris, 17. Februar. (R. L. W.) Es bestätigt sich, daß Dupuy es abgelehnt hat, seine eigene Kandidatur gegen diejenige Loubet's aufzustellen. — Der Ministerrath, der heute Nachmittag abgehalten wurde, beschäftigte sich mit den Einzelheiten der Leidenfeier für Felix Faure. Dupuy theilte mit, daß an der Grenze 6000 Photographien des Herzogs von Orleans beschlagnahmt worden seien.

Als die Abordnungen der Kammergruppen, darunter Bourgeois und Brisson, im Palais de Luxembourg erschienen und Loubet dringend um Annahme der Präsidentschaftskandidatur ersuchten, hat er um eine Stunde Bedenkzeit. Nach Ablauf dieser Frist erklärte Loubet den Abordnungen, er nehme die Präsidentschaftskandidatur endgültig an. Wenn er gewählt würde, würde er ein sehr republikanischer Präsident sein, dessen Ziel sein würde, die Republik zu verteidigen. Er begrüßte freudig die heute bekundete Einigkeit der Republikaner und sei überzeugt, daß dieselbe von Dauer sein werde. Er wolle, wenn er zum Präsidenten der Republik gewählt würde, für alle Mitglieder des Parlaments ein Kollege und Freund und nicht ein auf unzugänglicher Höhe thronender Präsident sein.

Spalato, 17. Februar. (V. S.) Gestern Abend kam es hier zwischen Kroaten und Italienern zu Straßengezeffen. Dabei wurden zwei italienische Studenten erheblich verwundet.

Reichstag.

85. Sitzung, Freitag, 17. Februar 1899, 1 Uhr. Am Tische des Bundesrates: v. Hohenlohe, v. Bülow. Eingegangen ist der Entwurf einer Fernsprech-Behördensordnung. Präsident Graf Vallasrem: Vor Eintritt in die Tagesordnung hat der Herr Reichsanwalt das Wort.

Reichsanwalt Herr v. Hohenlohe-Schillingensfürst: Ich habe Ihnen die Mitteilung zu machen, daß der Präsident der französischen Republik, Herr Faure, gestern Abend an einem Schlaganfall plötzlich verstorben ist. (Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen.) Ich bin gewiß, daß die Vertreter des deutschen Volkes sich eins wissen mit Sr. Majestät dem Kaiser und den Verbündeten Regierungen in dem Ausdruck aufrichtiger und herzlichster Sympathie für die französische Nation, welche den Heimgang dieses Mannes beklagt, der als ihr Staatsoberhaupt unentwegt die großen Interessen des Friedens, der Eintracht und der Wohlfahrt der Völker gefördert hat. (Bravo!) Eingedenk des gemeinsamen Bandes, welches unsere Völker verbindet, geben auch wir unserer Trauer Ausdruck über den Verlust des französischen Volkes, das zu keiner Zeit aufgehört hat, einer der großen Träger der Zivilisation zu sein. (Bravo!)

Präsident Graf Vallasrem: Der Reichstag hat sich erhoben, um seiner Sympathie Ausdruck zu geben, ich konstatire das.

Der Reichsanwalt, Herr v. Bülow und sämtliche Regierungskommissarien verlassen den Saal.

Hierauf wird die Beantwortung der Interpellation des Abg. Johannsen, betreffend die Ausweisung dänischer Unterthanen aus Nord-Schleswig, fortgesetzt.

Präsident von Vallasrem giebt das Wort dem Abg. Lenzmann (freis. Sp.), der jedoch auf das Wort verzichtet.

Abg. Dr. Hänel (freis. Vg.)

(auf der Tribüne schwer verständlich) weist zunächst nach, daß die Ausweisungen aus Schleswig sehr wohl vor das Forum des Reichstages gehören. Die Erklärung des Reichsanwalters sei in seiner Berufung auf die durch den Abg. Michaelis in die Verfassung hineingebrachte Bestimmung völlig unzutreffend. Gerade das Gegenteil von dem, was der Reichsanwalt verstanden, habe der Abgeordnete Michaelis mit seiner Bestimmung verfolgt. Die ganze schleswig-holsteinische Frage, wie sie jetzt von der Regierung aufgeföhrt wird, bedeutet nichts weiter als die Anerkennung, daß es nicht gelungen ist, Schleswig innerlich mit dem Deutschen Reiche zu verbinden. Dem kleinen Häuflein der Dänen, 0,26 pCt., sieht die ungeheure Uebermacht der Deutschen gegenüber; es ist doch außerordentlich verwunderlich, daß nach einer 30-jährigen preussischen Regierung noch immer die Gegenläufigkeit in dieser Schärfe besteht. Das ist ein trauriges Zeichen für unsere Bureaukratie, ein Mißerfolg unserer „inneren Kolonisation“. Die Integrität der deutschen Herrschaft ist für mich ein Axiom. Durch das Verhalten unserer Verwaltung drücken wir aber der dänischen Agitation nur Waffen in die Hand. Allerdings muß zu gegeben werden, daß die dänische Agitation sehr scharf ist. Sie nutzt die Vereinsfreiheit im weitesten Maße aus. Sie regt das Gemüthsleben der Dänen dort mit phantastischen Hoffnungen auf und verhindert sie, sich in die neuen Verhältnisse einzubürgern. Andererseits kann nicht geleugnet werden, daß der deutsche Verein, der sich gegen diese Agitation wendet, sich zu sehr den Anschein einer Hilfsgruppe der Regierung giebt. Er hat sich mehr und mehr zu einer Partei des Krieges bis aufs Messer konstituiert. Es handelt sich doch nicht darum, dort den äußeren Frieden herzustellen — das ist ein Kinderpiel —, sondern das Verwachsen des dänischen Volkes mit dem preussischen herbeizuföhren. Das ist viel schwieriger. Die Dänen müssen wie preussische Unterthanen behandelt werden; denn das sind sie. In diesem Programm bekennt sich ja auch die Staatsregierung selbst. Aber die Frage ist, ob die Maßregeln auch damit übereinstimmen, die von den Chauvinisten hochgepriesen werden. Von jedem ausländischen Einfluß, der z. B. in Elsaß-Lothringen noch nachwirkt, ist in Nord-Schleswig keine Rede. Gerade für Deutschland ist eine so scharfe Ausweisungspolitik sehr wenig angemessen. Welches Volk schied mehr seine Mitbürger aus in fremde Länder, um sich dort niederzulassen und Handel zu treiben? Wir sind auf die Gassfreundschaft anderer Völker im weitesten Maße angewiesen. Alle maßlosen Anordnungen, die wir in dieser Beziehung treffen, können auch gegen unsere Mitbürger in anderen Ländern angewendet werden.

Die gegenwärtigen Ausweisungen werden um so härter empfunden, als dieselben keineswegs Agitatoren, sondern durch-aus harmlose Personen trafen. Man hat Diensthöten dänisch gesunder deutscher Unterthanen ausgewiesen und sie damit zu demselben Kontraktbruch genöhigt, den man sonst so hart bestrafen will. Die Herren dieser Diensthöten sollen auf das ihnen gleichgültig zustehende Verarmungs- und Vereinnahmungsrecht verzichten. Verfassungsmäßiges Recht soll sich vor administrativer Willkür beugen. Damit sind die obersten Reichsmaßstäbe verletzt. Eine moderne Philosophie sagt: der Wille zu Macht liegt jenseits von Gut und Böse. Das ist eine erhabene Moralphilosophie sub specie aeterni. Aber sie rechtfertigt nicht eine Moral mit doppeltem Boden.

Man hat gesagt, die Maßregeln dort oben seien eine Abgabe an das böserische System der Nachgiebigkeit, der Verzärtelung. Das ist unrichtig. Vankrott genöht hat nicht die preussische Politik der letzten 24 Jahre, bankrott gemacht hat die preussische Politik der letzten 10 Jahre. (Heiterkeit rechts.) Denn seit 10 Jahren ist die Unterdrückungspolitik im Werke. Erst in den politischen Kämpfen der letzten 10 Jahre gelang es dem bereits völlig zertriebenen Dänenthan, sich wieder zu konsolidiren. Die Sprachverordnungen sind der Kardinalpunkt der dänischen Bewegung. Durch die Schultregulative vom Jahre 1888 ist die Unterrichtssprache ausschließlich die deutsche geworden; allerdings die Kirchensprache ist noch dänisch geblieben, der Religionsunterricht wird daher in dänischer Sprache erteilt. Man hätte doch den einen Wunsch der dänischen Bevölkerung, der seinerzeit bis an den König ging, wöchentlich wenigstens zwei dänische Sprachstunden in den Lehrplan einzuföhren, erfüllen können.

Abg. v. Aledemann (Sp.):

Wir haben gegen die Beantwortung der Interpellation gestimmt, weil wir der Ansicht sind, daß die Frage der Ausweisungen nicht vor das Forum des Reichstages gehört. Zudem ist sie neulich im Abgeordnetenhause so gründlich besprochen worden, daß hier eine erneute Erörterung überflüssig ist. Indessen, wir entziehen uns auch nicht einer Diskussion.

Die Art und Weise, wie der Abg. Hänel die dänische Agitation in Schleswig charakterisirt hat, hat meinen vollen Beifall; doch ziehe ich daraus ganz andere Schlussfolgerungen. Die preussische Regierung hat bis 1888 einen Mangel an Strenge gegenüber dem Dänenthan gezeigt. Die Sprachverordnung war eine durchaus notwendige Maßregel. (Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie gestern Herrn Johannsen gehört haben, so müssen Sie den Eindruck gewonnen haben, daß sie es mit einem Mann von biedermännlicher Treuehaftigkeit zu thun haben, dem es gar nicht einfällt, irgend eine Agitation zu treiben und niemals ein Wasserchen getrübt hat. Aber, meine Herren, der Herr Johannsen ist in Schleswig ein ganz Anderer. (Heiterkeit.) Herr Johannsen und ich sind alte Bekannte. Ich weiß, wie er es verstand, nach der allgemeinen Verbältnisse, die auf die Einberlebung geföhrt war, die Gemüths wieder in Aufregung zu bringen. (Hört! hört! rechts.) Herr Johannsen ver-einigte in seiner Hand die Fäden einer weitverzweigten Agitation, die nach der einen Seite bis nach Kopenhagen, nach der andern bis ins Augustenburgische Lager reichte. — Herr Johannsen versteht mich

schon. (Hört! hört! rechts.) Charakteristisch für ihn ist, daß es außerordentlich schwer fällt, ihn zu fassen. (Heiterkeit.) Ich meine natürlich nicht körperlich. (Große Heiterkeit.) Im Gegenlag zum Beispiel zur polnischen Presse wird die dänische in Nord-Schleswig mit einem gewissen Versteckspiel geleitet. Die polnische Presse hat immer mit offenem Visir gekämpft, aber diese Art mit hämischen Bemerkungen, die nur den Eingeweihten eigentlich verständlich sind, mit Aeußerungen, die auch anders gedeutet werden können, ist ein besonders charakteristisches Zeichen der dänischen Presse. Herr Johannsen meinte gestern, man habe im Abgeordnetenhause gruselig machen wollen, indem man aus alten Kalendern vorgelesen hat. Aber sehen wir uns doch diese alten Kalender, die in der Bevölkerung dort sehr verbreitet sind, einmal näher an. Da heißt es zum Beispiel: Getrennt sind wir, aber darin sind wir einig, den Dänenkönig wollen wir als unseren Fürsten ehren. (Hört! hört! rechts.) ... Was auch geschehen möge, wir wollen standhalten, niemals lassen wir unsern König! (Hört, hört! rechts.) Ganz harmlos finde ich das Gedicht durchaus nicht! In der Oktobernummer 1893 des „Nord-Schleswig“ wird in Bezug auf das belant-schöne Lied „Schleswig-Holstein meermischlungen“ gesagt: Das alte Aufbruchlied mit seiner freien Umfassung des Namen Gottes unter Verleugung zum Meinelid und zur Veräusserung. (Hört, hört! rechts.) Ferner heißt es unter dem 23. September 1895: Die Heiligkeit des Landes! Gestern Vormittag wurden die neuen preussischen Rekruten in der St. Marienkirche vereidigt. Rascher zogen sie die Strahlen herauf unter den Klängen des Nationalliedes „Schleswig-Holstein meermischlungen“, das belantlich seiner Zeit das Kampflied der Reineidigen war, denn wird an die drei Finger erinnert, die verschiedene Holsteiner damals in die Höhe gestreckt hätten, als sie den Treueid dem dänischen König leisteten. (Hört, hört! rechts.) Auch das Andenken unseres großen Königs Wilhelm I wird besungend bei Gelegenheit eines Denkmals, das ihm gesetzt werden sollte. (Hört! hört! rechts.) Herr Hänel hat bei Gelegenheit einer Gerichtsverhandlung gesagt: Ich strebe durch die Presse dahin, die dänische Gesinnung in Nord-Schleswig zu erhalten und eine Los-trennung Nord-Schleswig von Deutschland herbeizuföhren. (Hört! hört! rechts.) Zwischen der polnischen und dänischen Agitation ist ein großer Unterschied. Die polnische Bewegung wurzelt nur im Balle selbst, dagegen erhält die dänische Unterstützung von außen, von Dänemark her. Der Etat der dänischen Verwaltung für Süd-Schleswig ist von 90 auf 300 000 M. erhöht worden! (Hört! hört! rechts.) Hochgestellte dänische Beamte und Generale betheiligen sich an den Demonstrationen. Wir denken nicht daran, die Dänen zu Deutschen machen zu wollen, aber eine Losreißung Nord-Schleswigs von Deutschland können wir uns nicht gefallen lassen. Ich wolle nur meiner Ueberzeugung Ausdruck geben, daß die Ausweisungen, von denen die Interpellation spricht, vollkommen gerechtfertigt sind und im Interesse des Deutschen Reiches erfolgen. (Lebhafter Bravo! rechts.)

Abg. Liebknecht (Soz.):

Herr Hänel hat sehr wirksam gesprochen. Aber der Herr Vorredner hat doch noch weit wirksamer geredet und uns klar gemacht, wie die Zustände dort entstehen konnten, die einen S l a n d a l für die ganze zivilisierte Welt bedeuten. (Rufe rechts: Oh! Zur Ordnung! Zur Ordnung!) Wenn man denkt, daß dieser Geist, diese Art, gerade aus dem Grunde gegen Dänien vorzugehen, weil dieser zu schamlos ist, um sich fassen zu lassen, — wenn man denkt, daß dieser Geist dort herrscht, dann kann man sich den Jüngling sehr wohl vorstellen, der die Bevölkerung dort ergriffen hat.

Es ist hier die Kompetenzfrage aufgeworfen worden, die Frage, ob die Angelegenheit überhaupt vor den Reichstag gehört. Wie? Eine Frage, bei der der gute Name des deutschen Volkes im Spiel steht, die soll nicht vor den deutschen Reichstag gehören? Der deutsche Reichstag ist der einzige Vertretungsort für das deutsche Volk und nicht der preussische Landtag, dieses traurige Produkt des elendesten aller Wahlsysteme. (Große Unruhe rechts.) Dort ist nur das preussische Junkertum vertreten, aber nicht das deutsche Volk. Hier muß die Politik gebrauchmarkt werden, welche man im Namen des deutschen Volkes in Nord-Schleswig verfolgt.

Auf die staatsmännischen Fragen will ich mich nicht einlassen. Die sind ja schon von Herrn Hänel ausführlich behandelt worden. Jedenfalls ist die Sache jetzt eine Machtfrage. Die Verhältnisse dort werden sich vorläufig nicht ändern. Die Thatsache besteht, daß Preußen seit 35 Jahren Nord-Schleswig in seinem Besitz hat. Was ist denn in diesen 35 Jahren geschehen? Ist ein Nord-Schleswig etwa gewonnen worden? Ist der Konflikt zwischen der deutschen und dänischen Bevölkerung, der Gegenlag zwischen beiden irgend wie abgemildert worden? Nein! Im Gegenheil: So schlimm, wie es in der Gegenwart ist, ist es noch niemals gewesen. Und das ist nicht etwa die Folge davon, daß man von Seiten der deutschen Regierung nicht mit der nöthigen Energie und Schneidigkeit vorgegangen ist, sondern es ist gerade deshalb der Fall, weil man glaubte, durch Polizeimaßregeln die nationalen Bestrebungen der Dänen dort gewaltsam unterdrücken zu müssen. Wenn man verfehlte, was in diesen 35 Jahren geschehen ist, so wird man verstehen, wie es kommt, daß unter der dänisch sprechenden Bevölkerung Nord-Schleswigs ein großer Haß nicht gegen Deutschland, sondern gegen das System entstanden ist. 1864 bekommen wir Nord-Schleswig in unseren Besitz, und 1865 schon wurde eine Verordnung gegen das Singen dänischer Lieder erlassen. Da haben wir schon die Wirksamkeit der deutschen und namentlich der preussischen Polizei. Ein Jahr später wurde es verboten, das Wort Kundud auszusprechen, weil man fürchtete, der preussische Adler würde dadurch beleidigt.

Der Angriff auf das, was jedem Volk das heiligste ist, der Angriff auf die Sprache begann nicht etwa 1888 durch die Sprachverordnung. Damit wurde nur der letzte Trumpf ausgeföhrt. Er begann bereits 1871. Damals wurde beschlossen, daß 6 Stunden deutschen Unterrichts in den Lehrplan mit eingeschoben werden sollten, um die dänische Sprache allmählich zu verbannen. Das wurde verstanden durch den Erlaß von 1888, welcher jeden Unterricht in der dänischen Sprache überhaupt verbot, abgesehen vom Religionsunterricht. Das ist belantlich auch sehr charakteristisch; die Kinder sollen also ihre Religion nicht in der Sprache lernen, die ihre Muttersprache werden soll. Der Angriff gegen die Sprache ist im wahren Sinne des Wortes ein Angriff auf die Volkseele, auf die Religion des Volkes. Sie haben diesen Angriff gethan genau so, wie Sie den Kulturkampf eröffnet haben. Da aber hat die preussische Regierung die Frucht geerntet; die heute ausschlaggebende Partei, das Zentrum, ist durch den Kulturkampf groß gezogen worden. Und wenn Sie heute davon sprechen, daß die dänische Bewegung in Schleswig künstlich erzeugt worden ist durch eine Agitation, so ist das eine gar zu kindische Auffassung. (Sehr richtig! links.) Wir sehen ja überall die Frucht des preussischen Vorgehens: Nord-Schleswig ist nicht das einzige Land, in dem man mit Polizeimaßregeln die Volkseele tödten will. Wir haben ja alljährlich hier über das Schmerzenskind Deutschland zu sprechen: über Elsaß-Lothringen. Sind denn die Elsaß-Lothringer, die doch wirklich Deutsche sind, in ihrem ganzen Wesen dem Deutschen Reich gewonnen worden? Das ist ja auch unmöglich bei einem Vorgehen, wie es bei uns stets und überall angewendet wird. Man spricht bei uns über die Franzosen, die eigentlich nie tief in den Geist der Dinge eindringen können, die für anderes Wesen und andere Art kein Verständnis haben. Wie kommt es denn, daß die Franzosen, die die Rheinprovinz nicht so lange beherrscht haben, wie wir jetzt Elsaß-Lothringen, dort unverlöschbare Spuren hinterlassen haben, daß ihre Geleise heute noch dort bestehen, daß die Erinnerung an die Franzosenzeit dort noch besteht als die Erinnerung an einer Zeit, die ihnen die Freiheit gebracht hat? (Große Erregung rechts, Zurufe. Beifall links.) Die nächsten Worte des Redners bleiben verständlich.

Wei uns heißt es: nur mit Gewalt kann man regieren; jeder, der Widerstand leistet, der nur zu müssen wagt, muß unter allen Umständen unterdrückt werden. Mit solchen Grundsätzen assimiliert

man aber nicht ein anderes Volk. Im Gegenheil. Dadurch ver-schärft man einzig den Gegenlag. Nationalitätenprinzip, Nationalitätenstreitigkeiten, das sind Dinge, die lassen sich mit Gewalt nicht lösen. Da giebt es nur ein einziges Mittel: das ist die Gewährung absoluter Freiheit. (Sehr richtig! links.) Wir haben ein kleines Land, das bestregierte in Europa, die Schweiz, da leben Italiener, Franzosen, Deutsche nebeneinander, da hört man niemals von Nationalitätenstreitigkeiten; aber die leben ja gleichberechtigt nebeneinander. Was aber dabei herauskommt, wenn man die Nationalitätenfrage auf anderem Boden lösen will, als auf dem der Freiheit, das sehen wir an dem warnenden Beispiele Oesterreichs, das an seiner Nationalitätenfrage zu Grunde gehen wird. (Sehr richtig! links.)

Ich komme nun zu demjenigen, was die Interpellation ver-anlaßt hat. Daß die Schleswiger unterdrückt werden, das habe ich vorhin ausgeföhrt. Aber nun ist ein ganz neues Stadium eingetreten. Was ist der Grund für dieses heftige Vorgehen? Ist die Macht Dänemarks eine größere geworden? Im Gegenheil. Die Zahl der Dänen hat fast abgenommen. Nach der Erklärung des Herrn von Köller selbst haben wir in Schleswig über 5000 Dänen weniger als früher. Wo wechhalb? Es ist die Rede gewesen von dem Haß, der auf dänischer Seite gegen die preussische Herrschaft besteht, von der bössartigen Gesinnung der dortigen Dänen. Ja, das glaube ich, wenn ein Volk so behandelt wird, dann muß es bössartig werden. Die Schuld an diesem unheilvollen Joiste trägt allein die preussische Regierung. Zwischen den Deutschen und Dänen besteht keine innere Lebensverschiedenheit. Die Dänen sind ein germanisches Volk, noch germanischer als die Gesamtheit der Bewohner Deutschlands. Zwischen Deutschland und Dänen fanden stets die innigsten Beziehungen in geistiger und kultureller Hinsicht statt. Dänische Dichter haben in deutscher Sprache gedichtet. Sie wollen von einem Heftigen Gegenlag zwischen Deutschen und Dänen sprechen? Ich kann Ihnen das Wort eines Mannes anführen in Bezug auf den Gegenlag, eines Mannes, den jeder von Ihnen (nach rechts) anerkennen wird, ein Wort des Königs Friedrich Wilhelms IV., das im Jahre 1847 gesprochen wurde: „Der Haß zwischen Dänen und Deutschen ist eine der ärgsten Tothbeuten des Jahrhunderts.“ (Hört, hört!) Das ist ein sehr wahres Wort. (Sehr richtig! links.) Heute denkt man am preussischen Hofe darüber anders. Herr Köller hat für das Schüren dieses Hasses einen Orden bekommen. (Sehr gut!)

In den Vorparlamenten in Nord-Schleswig haben wir in der kassischen Form alles, was der deutschen reaktionären Polizeiwirtschaft von je einfließen ist. An sich steht der Fall ja nicht einzig da. Es sind ja Ausweisungen auf der ganzen Linie versucht und ausgeföhrt worden: Oesterreicher, Russen, Holländer hat man des Landes verwiesen. Man wollte sich so recht als ein Land zeigen, welches die erste Pflicht der Kultur nicht erfüllt, nicht kennt: die Pflicht der Gassfreundschaft. (Sehr richtig! links.) Aber das, was in Schleswig-Holstein vorgefallen ist, das ist unerhört (Sehr richtig!) das ist etwas, daß sich jeder Deutsche dessen schämen muß. (Sehr richtig! links. Große Unruhe rechts.)

In Schleswig-Holstein sieht die Ausweisungspolitik auf Schwierigkeiten. Die dänisch sprechenden Schleswiger haben ein vertragsmäßiges Recht, in Schleswig zu bleiben. Es ist ihnen zugesagt worden, daß sie nicht verunglückt werden sollten, weder in ihrer Person, noch in ihrem Eigenthum. Die man treffen wollte, waren also durch den Vertrag geschützt. Da verfiel man auf das System der Ausweisungen, welches Herr Hänel Ihnen vorhin auseinandergesetzt hat: Man suchte den Schuldigen, den angeblich Schuldigen, dadurch zu treffen, daß man auf den Unschuldigen einwirkte. Es ist das ein Prinzip, das barbarische Völker in ihrem Geistesleben hatten. Da nahm man ja auch nicht die Leute, die Vergehen begangen hatten, da nahm man sie nur, um einen Holterdrud auszuüben auf ihre Landsleute.

Die Herren Agrarier reden hier jeden Tag, so oft sie zu Worte kommen, und im Landtag, wo sie das Wort ja fast allein führen, von der Leutenoth. In Nord-Schleswig herrscht jetzt Leutenoth. Die dänischen Arbeiter sind ausgewiesen, und die Landwirthe, die Kaulente sind in Verlegenheit, wie sie ihre Arbeiter ersetzten sollen. In Nord-Schleswig werden Germanen, Männer unseres Stammes, unseres Blutes ausgewiesen, an der Ofgrenze aber zieht man Slaven ins Land hinein, um der Leutenoth zu steuern. Welcher Widerspruch! (Sehr richtig! links.) In Nord-Schleswig weiß man Germanen aus, um das Deutschthum angeblich zu retten, im Osten aber läßt man die Slaven hinein, um das Junkertum zu retten. (Unruhe rechts.) Das Junkertum ist nicht identisch mit dem deutschen Volk! (Lärm rechts.) Die Junker sind wesentlich slavischer Herkunft, sind auf slavischen Boden entstanden. (Lärm rechts.) Lesen Sie nur die Geschichte. Von einer kleinen, aus dem Mittelalter überkommenen, von mittelalterlichen Idealen erfüllten Rasse wird das deutsche Kulturvolk beherrscht. Dieses Joch abzuschütteln, sich von diesem Junkertum zu befreien, ist die Hauptaufgabe des deutschen Volkes! (Lärm rechts. Lebhafter Beifall links.) Das ist die erste Pflicht, die das deutsche Volk gegen sich selbst zu erfüllen hat. (Erneuter Beifall links.)

Ich könnte hier Einzelfälle vortragen, das aktennmäßige Material ist unzugänglich, aber das würde ermüden. Thatsache ist, daß in zahlreichen Fällen Arbeiter und Arbeiterinnen nicht wegen eines Vergehens, das sie selbst begangen haben, sondern wegen angeblicher oder wirklicher Vergehen ihrer Dienstherren aus Nord-Schleswig ausgewiesen worden sind. Was war denn in den meisten Fällen das Vergehen? Bahlagitation, Versuch von Versammlungen dänisch gesinnter Wähler, Versprechungen mit den Kandidaten! Das war alles. Die Polizei schrieb die Namen aller dieser auf, die solche Versammlungen besuchten. Bei den Landtagswahlen hatte man es noch bequemer. In den Listen stand ja, wer dänischfreundlich gewählt hatte. Und da glaubt Herr von Stumm, daß ihm jemand auf den Leim kriechen wird, um im Interesse der Namenswürde die öffentliche Abstimmung auch bei den Reichstagswahlen einzuföhren! (Sehr gut! links.)

Der Vorredner hat gemeint, der Hauptfehler der preussischen Regierung sei gewesen, daß sie nicht mit methodischer Konsequenz vorgegangen sei. Schneidiger als Herr von Köller kann man doch nicht sein. Er hat das ganze Selbstbewußtsein des preussischen Junkers, er fählt sich als absoluter Herr in seiner Provinz, er thut so, als hätte er Krieg oder Frieden mit Dänemark in den Falken seiner Toga. Was aber erreicht er mit aller seiner Schneidigkeit. Wir sehen das alte Spiel, den alten Kampf zwischen Duld und Gegenbrand. Je stärker der Duld, desto stärker auch der Gegenbrand! Der Widerstand eines Volkes kann durch mechanischen Duld nicht gebrochen werden. (Sehr richtig! links.) Herr von Köller soll sich ein Geschwür aufsäuen! Aber hier ist kein Geschwür, sondern ein Volk, das das Recht auf seiner Seite hat und dessen Recht das deutsche Volk, soweit es Mannesstolz besitzt, verteidigen wird. (Lebhafter Beifall links.)

Sie wagen von Humanität zu sprechen? Denken Sie an das schauer-hafte Vulturheil von Libtan, ein Urtheil, das jedem humanen Menschen das Blut in den Adern gerinnen läßt. Alle Akte der Robheit, die oben geschehen, postriren straflos. Sie führen die Humanität nur im Munde. Als die Quislinge erfunden wurde, begriffte man sie im Namen der Freiheit. Es war ein Delirium der Freude, als wenn die Humanität in dieser Erfindung einer großen Triumphe gefeiert hätte. Wir haben seitdem die Wirksamkeit dieser schneidigen Humanität gesehen. (Lärm rechts.)

Es ist jammervoll, welches Bild das Deutsche Reich mit diesen Ausweisungen dem Ausland bietet. Ein großes Reich mit der größten Armee, die je die Erde gesehen hat, ein Volk von 92 Millionen fählt sich bedroht durch das kleine Häuflein von 2 1/2 Millionen Dänen. (Lärm rechts.) Und deshalb spricht man aller Menschlichkeit Hohn und weist aus. Ich würde mich schämen, einen solchen Grund anzusprechen. (Lärm rechts.) Meiner Ansicht nach ist Deutschland fast genug, um gerecht sein zu können! (Stürmischer Beifall links. Andauern des Rischen rechts.)

*) Unter dem Gesichtswinkel der Ewigkeit.

Abg. v. Levetzow (konf.):

Die Angelegenheit gehört meiner Ansicht nach nicht vor den Reichstag. Nur einige Bemerkungen will ich machen, um die Stellung meiner Partei zu kennzeichnen. Es ist Pflicht der Regierung, das Vaterland von lästigen Fremden zu befreien und die ausgewiesenen Diplanten sind in meinen Augen Fremde, denn sie haben erklärt, sie wollen Dänen sein. Die Schuld an den Ausschreitungen trägt das schwache Auftreten der Regierung; wenn Ausweisungen möglich sind, muß man prompt vorgehen und nicht erst die Bewegung wachsen lassen. (Bravo! rechts.) Herr Johansen hat den Nordfriesländern sicher keinen Gefallen damit erwiesen, daß er sich an die Spitze der Interpellation stellt. (Bravo! rechts.)

Abg. Thunies (natl.):

Die Ausführungen des Abg. Johansen haben, glaube ich, diejenigen, die über die Verhältnisse orientiert sind, nicht überzeugt. Er hat von einer Leutenoth gesprochen, die in Nordfriesland herrschen soll. Ich habe nichts davon gehört, wohl aber, daß es deutsch gestimmten Arbeitern dort nicht leicht wird, besonders bei Dänen Arbeit zu finden. (Hört! hört! rechts.) Nur in einem Punkte gebe ich Herrn Johansen recht: Ich habe noch niemals gehört, daß die dänischen Abgeordneten bei ihren Redensarten über ihre parlamentarische Thätigkeit dänische Agitation getrieben haben.

Der Kollege Johansen's im preussischen Landtage, Herr Hansen, hat gesagt, er agitiere, um die dänische Bestimmung in Schleswig wach zu halten und eine Wiedervereinigung mit Dänemark zu ermöglichen. Auch gegen Gewalt habe er nichts, wenn dieses Ziel erreicht werden könne. (Hört! hört! rechts.) Es war hohe Zeit, daß endlich den Deutschen in Nord-Schleswig das Rückgrat gestärkt wurde. Redner liest seine Rede ab. (Abg. Stabthagen: Nicht ablesen!) Das ist doch meine Sache, wie ich's mache. Ich habe doch dem Abg. Liebnecht auch keine Vorschriften gemacht. (Heiterkeit.)

Präsident Vellekrem: Ich mache den Redner darauf aufmerksam, daß das Vorlesen längerer Reden nicht gestattet ist. Redner liest weiter.

Präsident Graf Vellekrem: Ich muß den Redner wiederholt darauf aufmerksam machen, daß das Vorlesen schriftlich abgefasster Reden nur dann gestattet ist (§ 45 der Geschäftsordnung), wenn der Redner der deutschen Sprache nicht mächtig ist. (Stürmische Heiterkeit.)

Abg. Thunies (natl.): Ich breche meinen Vortrag ab. (Erneute stürmische Heiterkeit, die den von der Tribüne abtretenden Redner begleitet, bis er seinen Platz erreicht hat.)

Abg. Dr. Tietzer (Z.):

Kollege Hänel hat schon nachgewiesen, daß der Reichstag zuständig ist für die Frage der Ausweisungen. Selbst wenn Herr Michaelis mit seinem Antrage 1897 die Zuständigkeit nicht hätte anerkennen wollen, so folgerte daraus noch nicht die Unzuständigkeit, denn man stimmt ja über die Gründe eines Antrags nicht ab, sondern nur über den Antrag selbst. Herr Hänel hatte aber durchaus recht. Abg. Michaelis wollte die Fremden nicht einem Mißbrauch der Ausweisungsbefugnisse schuldig überliefern. Der Bundesrath hat schon einmal bei einer Interpellation Winterer über die Ausweisungen aus dem Elsaß denselben Standpunkt wie heute eingenommen. Damals hat Abg. Windthorst diesen Standpunkt in ähnlicher Weise wie heute der Abg. Hänel zurückgewiesen. (Redner verliest mit Erlaubniß des Präsidenten längere Stellen aus der Rede Windthorst's.) (Heiterkeit.) Im Jahre 1878 ist dann auch der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen in einem Ausweisungsfall sachlich auf diesen Fall eingegangen. Nach diesen geschichtlichen Vorläufern muß ich sagen: wir sind zuständig. Abg. Hänel hat dann mit Recht auch festgestellt, daß wir aus ganz natürlichem Recht zuständig sind. Es ist unser Naturrecht, über Ausweisungen hier zu reden, denn wir können durch mißbräuchliche Anwendung des Ausweisungsrechts in ganz gefährliche Verwickelungen kommen. Soll da nicht der Reichstag einem Bundesstaat ein warmendes Halt zurufen dürfen? (Sehr gut!) Bedenken Sie doch die Repressalien, von denen Deutschland betroffen werden kann, alle Deutschen, wegen eines Mißbrauchs der Ausweisungsbefugnisse eines Einzelstaates. Soll da nicht der Reichstag ein Veto einlegen dürfen? (Sehr gut!)

Ich meine also, die Bundesrathserklärung ist in einer unglücklichen Stunde abgefaßt worden. Es handelt sich hier auch nicht nur um die Ausweisungen, sondern um die außerordentlichen Maßregeln, die von der preussischen Regierung in Nord-Schleswig ergriffen worden sind. Deshalb hatte Herr Hänel vollständig recht, das Schwergewicht seiner Ausführungen auf den Kampf gegen die Mutter-sprache zu legen. Die Ausführungen Hänel's waren geradezu glänzend und erinnerten an die besten Zeiten des deutschen Reichstages. Die deutsche Sprache geht gegenüber der französischen, italienischen und anderen Sprachen ständig zurück. Warum? Wir haben erst sehr spät gelernt, uns als Deutsche zu fühlen. Das Bewußtsein unserer Nationalität ist noch zu jung. Das Nationale trat gegen das Partikularistische zurück. An den Grenzen hält das Nationalgefühl noch nicht in dem Maße stand, wie wir es wünschen. Es ist eine nationale Schwäche, daß wir die anderen Nationalitäten nicht ertragen können. Diese Schwäche müssen wir ablegen. (Sehr gut! links und im Zentrum.) Die Ausweisungen dienen nicht dem Zweck, dem sie dienen sollen. Der Deutsche sollte ritterlich dem Schwächeren entgegenkommen. Wer es gut meint mit dem Deutschen Reich, der wird das Deutschland von unten herauf stärken müssen, aber die Ausländer wohlwollend behandeln und ihnen den Schutz des starken Deutschen Reiches angeheihen lassen. (Bravo!)

Im preussischen Abgeordnetenhaus ist die Frage lange nicht ausreichend besprochen worden. Man hat hier Landesverräterische Vorfahrungen statt. Was können denn die Ausgewiesenen für den Landesverrath des Flensburger Plattes. Da greife doch der Staatsanwalt ein. Aber wir sollten wirklich lieber bei uns Einkehr als bei den Fremden Auskehr halten. Der Mensch wird erst Mensch durch die Sprache. (Bravo!) Daß den Eltern, die ihre Kinder über die Grenze in die Schule schicken, vom Vormundschaftsrichter die Entziehung der Elternrechte angeordnet wurde, das ist ein himmelschreiendes Unrecht. (Lebhaftes Bravo!) Es ist schlimm genug, daß ein preussischer Richter so etwas wagen konnte. (Bravo!) Ich hoffe mit dem Herrn Justizminister, daß auch in dieser Angelegenheit nach Recht und Gerechtigkeit verfahren werden wird. (Lebhafter Beifall.)

Die Weiterberatung wird auf Sonnabend 1 Uhr vertagt. (Außerdem Wahlprüfungen und kleinere Vorlagen.)

Schluß 6 1/4 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

22. Sitzung vom 17. Februar. 11 Uhr.

Am Ministertische: v. d. Recke und Kommissarien. Die zweite Statberathung wird bei dem Titel „Land-cathliche Behörden“ des Spezialrats „Ministerium des Innern“ fortgesetzt.

Abg. Kopsch (fr. Sp.):

macht dem Landrath zu Hagen darüber Vorwürfe, daß er die Eintragung von Wahlberechtigten in die Wählerlisten verweigert habe, weil diese ein eigenes Einkommen nicht besäßen. Diese Auffassung sei unzutreffend. In einem anderen Falle wurde ein Wahlberechtigter nicht aufgenommen, weil er den Kurus einer Fortbildungsschule durchmachte. Jöge man die Konsequenzen dieser Auffassung, so könnten auch alle Juristen nicht aufgenommen werden, welche jetzt einen Kurus über das Bürgerliche Gesetzbuch durchmachen. In Rotterdam wurden die Mittheilungen über die gewährten Ueberschennungsentschädigungen zugleich mit konservativen Stimmzetteln ausgegeben. (Hört! hört!) Der Landrath des Kreises Vimeberg, Graf Politz, endlich den Schreiber seines Landrathsamtes mit der ausbrüchlichen Begründung, es geschehe dies, weil der Schreiber freisinnig gewähle habe. Schließlich geht Redner auf den schon früher vom Abgeordneten Nickerterörterten Fall des Amtsvorstehers

Grafen Vädler in Tschirne und dessen anti-semitische Ausführungen ein. Man könne man niemandem hindern, sich in den Augen seiner Mitmenschen lächerlich zu machen (Heiterkeit.) Aber es scheint, als ob die Bedeutung des Ministers, er wisse nicht, ob der Amtsvorsteher noch im Amte sei, nicht darauf schließen läßt, daß der Graf seines Amtes enthoben ist. Das ist um so auffälliger, als der Graf sich auch durch andere Exzentrikitäten auffällig gemacht hat. So nannte er die Mitglieder eines Kriegerverschweiserbundes, weil sie ihn angeblich geärgert hätten, und legte den Parade-marsch auf 11 Uhr Abends an. Er hoffe, daß diese Dinge geprüft werden würden. (Beifall links.)

Abg. Graf Limburg-Stirum (l.):

Wenn weiter nichts vorgekommen ist, so scheint es bei den Wahlen ja sehr korrekt zugegangen zu sein. (Sehr richtig! und Widerspruch.) Wir wünschen, daß die Regierung bei den Wahlen klar und bestimmt sagt, was sie will. Beeinflussung dadurch, daß man den Wählern wegen ihrer Stimmabgabe Nachtheile zufügt, wünsche ich auch nicht. Das ist nicht für eine Agitation zu Gunsten des Prinzen Carolath bei den Wahlen mit einem angeblichen Briefe des Reichskanzlers getrieben worden, in welchem Briefe der Reichskanzler geschrieben haben soll, er würde sich freuen, einen so tüchtigen Mann im Reichstage zu sehen. Dabei war Prinz Carolath gegen die Politik der Sammlung, wie sie die Regierung wollte. Warum bringen Sie solche viel erlaunteren Fälle nicht vor?

Minister v. d. Recke

schließt sich den Ausführungen des Grafen Limburg in allen Punkten an. Gegen die Unterstellung eines parteiischen Vorgehens gegen die Beamten müsse er entschieden protestiren. Dem Grafen Limburg gegenüber bemerke er, es wäre besser gewesen, wenn er das, was er vom Reichskanzler sagte, in Anwesenheit des Reichskanzlers vorträgte, denn dieser ist allein im Stande, ihm Auskunft zu geben.

Abg. Nickerter (fr. Sp.):

Wenn die Landräthe sich in den Dienst des Bundes der Landwirthe stellen, dann haben die Herren rechts nichts gegen solche Thätigkeit. Wir werden Ihnen aus den Wahlen in Hinterponieren noch ein interessantes Bild aufrollen. Wenn aber der Minister gegen die Ausweisungen in Tschirne kein Wort der Mißbilligung hat, dann ist daraus zu entnehmen, daß ihm das Gefühl für solche unerhörte Dinge abgeht, gegen die wir protestiren! (Bravo! links.)

Abg. Frhr. v. Hedlich (Hl.)

spricht sich im Sinne des Grafen Limburg aus. Der vom Abg. Kopsch erwähnte Landrathsschreiber sei entlassen worden, weil es für einen Beamten ganz ungebührlich sei, die Sozialdemokratie zu unterstützen. Er sei der Meinung, daß das geheime Wahlrecht nur dahin führe, daß viele ihre Stimmen so abgeben, wie sie sich schämen würden, sie in der Offenlichkeit abzugeben. (Lachen links.) Nicht die Kontervaaliven, sondern der Freisinn habe der Sozialdemokratie den Boden gebnet. (Beifall rechts.)

Das Kapitel wird nach weiterer Debatte bewilligt.

Bei dem Kapitel „Berliner Polizeipräsidium“ scheidet

Abg. Kreising (fr. Sp.) Uebergriffe von Berliner Polizeibeamten gegen ein zu Unrecht sistirtes junges Mädchen und in anderen Fällen. Er bedauert, daß der Polizeipräsident sich nicht entschließen kann, einige Zweige der Polizeiverwaltung auf den Oberbürgermeister — wenn wir noch einen solchen bekommen — zu übertragen und wünscht eine Einschränkung der verkehrshindernden Ab-sperrungen.

Regierungskommissar Geh. Rath Lindig

erwidert, daß gegen unangemessene Behandlung sistirt junger Mädchen die umfangreichsten Maßregeln getroffen seien. Gegen die Uebersetzung der Wohlfahrts-polizei auf die Stadtverwaltung bestehen namentlich vom Standpunkte der Sicherheits-polizei aus Bedenken. Bei Ab-sperrungen werde unter weitgehendster Berücksichtigung der Verkehrs-Interessen verfahren.

Abg. Dr. Warth (fr. Sp.):

spricht über das polizeiliche Verbot der Aufführung des „Johannes“, das aus Gründen der öffentlichen Ordnung erlassen wurde. In diesem wie in anderen Fällen sei die polizeiliche Theater-Zensur unverständlich, so namentlich in der Zensurung des „Cyrano de Bergerac“, wo sogar dem betr. Theater die gänzliche Schließung angedroht wurde.

Minister v. d. Recke

glaubt, daß auch Herr Warth, wenn er polizeilicher Zensur wäre, Mißgriffe verüben würde; er — der Minister — habe sogar die Absicht, die Zensur strenger über zu lassen gegen die Spezialitäten-Theater. (Sehr richtig! rechts.) Von hervorragenden Dramaturgen, er nenne nur La Roche und Gottschalk, sei die polizeiliche Theater-Zensur als unentbehrlich anerkannt.

Abg. Dr. Langerhans (fr. Sp.) beklagt sich über mangelndes Entgegenkommen des Polizeipräsidenten gegenüber den Wünschen der Stadtverwaltung bezüglich der Uebersetzung der Wohlfahrts-polizei und der Feuerweh.

Geh. Rath Lindig hält diese Klagen für unbegründet.

Abg. Schall (l.) wünscht strengste Theater-Zensur. Bei der Sitten-polizei wünscht er Zulassung von Diakonissen. Regierungskommissar Geh. Rath Lindig erwidert, daß bei der Besetzung von Anstaltsstellen für Aufseherinnen besonders auf solche Bewerberinnen Rücksicht genommen werde, die Diakonissen-Qualifikation besäßen.

Abg. Gothein (fr. Sp.):

empfiehlt eine angemessene Instruktion für die Schutz-leute; der Unteroffizierstand ist nicht immer geeignet, den Leuten das für den Verkehr mit dem Publikum richtige Verhalten beizubringen.

Bei dem Kapitel „Polizeiverwaltung in den Provinzen“ trägt der Abg. Zänger (fr. Sp.) Beschwerden über Mißstände in Frankfurt a. Main vor, deren Abstellung in den Händen der dortigen Polizei liege, aber nicht erfolge. An Kaisergeburtstag seien bewilligte Polizisten auf dem Trottoir geritten und hätten mit Häufen auf die Passanten eingeschlagen; auch gegen Arbeiter sei das Vorgehen der Polizei ein nicht zu rechtfertigendes, besonders bei Vereinsvergünungen und ähnlichen Gelegenheiten. Bei der Verdrigung von Sozialdemokraten verbietet die Polizei jede Ansprache, während sie bei der Verdrigung aller anderen politischen Parteien (Heiterkeit) — bei der Verdrigung von Angehörigen anderer Parteien Reden erlaube. Seitens des Frankfurter Polizeipräsidenten werde die Sozialdemokratie ungerecht behandelt, und das diene nicht zur Stärkung der Autorität der Regierung, sondern nur zur Vernehmung des Ansehens. Gleichmäßigkeit vor dem Gesetz und Unparteilichkeit sei die oberste Pflicht der Behörden. (Beifall links.)

Regierungskommissar Unterstaatssekretär v. Braunbehrens erklärt die Darstellungen, soweit sie amtlich bekannt geworden sind, als ungenau; das meiste von dem, was der Vordredner angeführt, müsse wohl noch erst im Instanzenwege erledigt werden.

Abg. Schall (l.) wünscht energisches Einschreiten gegen die Zigeunerbanden, die zu einer Plage für die Bevölkerung namentlich des platten Landes geworden sind.

Regierungskommissar Geheimrer Rath Holtz erwidert, daß fortgesetzt die Polizeibehörden Anweisung zu strengem Einschreiten erhalten; leider erweisen sich dieselben nicht immer wirksam, auch nicht das Abschieben über die Grenze. In den letzten Jahren habe übrigens das Zigeuner-Umwesen abgenommen.

Die Abgg. Sorinig (l.) und Frhr. v. Nitzhosen (l.) schließen sich den Schlußberathungen über das Zigeuner-Umwesen an.

Bei dem Kapitel „Gendarmenrie“ vertagt sich das Haus. Sonnabend: Antrag Langerhans betreffend Aufhebung der 1873er Konfistorial-Ordnung (2. Lesung) und Fortsetzung der soeben abgebrochenen Berathung.

Militärvorlage.

In der Subkommission des Reichstags wurde am Freitag Vormittag die Berathung der Militärvorlage fortgesetzt und über die geforderte Präsenzerhöhung verhandelt. Abg. Wassermann hatte als Referent am Schluß der vorigen Sitzung beantragt, die Präsenzerhöhung der Infanterie zu bewilligen mit Ausnahme der Erhöhung der Grenzbataillone und der Gardebataillone von 639 auf 660 Mann. Das ergibt für Preußen eine um 2289 Mann geringere Erhöhung. Für Sachsen würden sich 214, für Württemberg 118, für Bayern 328 Mann weniger ergeben. Major Wandel hält gegenüber dem Antrag Wassermann die volle Forderung der Regierung aufrecht. Die Grenzbataillone unserer Nachbarn seien stärker als unsere jetzigen Grenzbataillone. Ver-wiegere der Reichstag die Mittel, so müßten mehr Garnisonen aus dem Reich nach der Grenze verlegt werden. Abg. Gröber (Z.) bringt nochmals die Offiziersburden und Abkomman-diren zur Sprache. Es wäre besser, Gelder dafür einzustellen, daß Zivilpersonen als Offiziersdiener und an Stelle der Militär-handwerker verwendet werden könnten. Auf diese Weise würden genügende Mannschaften frei werden. Kriegsminister von Gossler ist bereit zu eingehender Prüfung dieser Vorschläge. Aber die Verträge erfordern Zeit. Auch die Frage der Offiziersburden werde ernsthaft erwogen. Er bitte, ihm Zeit zu lassen und zunächst die Vorlage zu bewilligen. Abg. Richter beläuft an der Hand reichen Materials das System der Abkommandirungen. Nach seiner Berechnung seien zur Zeit 34 200 Mann abkommandirt. Es werde ein „Schreiberluxus“ beim Militär getrieben, ebenso gebe es viel überflüssigen Wacht-dienst, Postendienst und dergleichen. Wenn ein solcher Luxus mit Nebenbeschäftigungen getrieben werde, sei doch nicht über Mangel an Mann-schaften zu klagen. Minister v. Gossler: Die vom Abg. Richter vorgebrachten Zahlen beweisen gerade die sparame Wirtschaft der preussischen Militärverwaltung. Man möge mehr bewilligen, dann würde er viele der erwähnten Arbeiten durch Zivilisten machen lassen. Den Wacht-dienst zu beschränken sei er unangefestigt bemüht, es fehle aber bei den Zivilbehörden an Mitteln, um an Stelle der militärischen Wachtkommandos, z. B. bei Strafanstalten, Ersatz zu schaffen. Die Frage der Militärkassen werde in nächster Zeit in die Wege geleitet werden. Die Abgeordneten v. Tiede-mann, Graf Oriola und Wassermann weisen auf die Schwierigkeit hin, Arbeiten in den Kasernen durch Zivilisten aus-führen zu lassen. Diese Personen würden wieder besondere Be-aufsichtigung erfordern. Auch könne man nicht ein Gefolge von Zivilhandwerkern mit ins Feld nehmen. Die Kommission entscheidet sich schließlich dafür, die Abstimmung über die Präsenz-erhöhung der Infanterie auszusparen und nimmt einstimmig folgende vom Abg. Prinzen Arenberg beantragte Resolution an:

Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, eine Nachweisung der von der Militärverwaltung für Zwecke der Zivil-behörden abgegebenen Wachtmannschaften dem Reichstage zugehen zu lassen.

Die Kommission wendet sich darauf zur Frage der Verstärkung der Kavallerie. Referent Wassermann legt dar, daß für die Kavallerie bei uns in den letzten Jahren verhältnißmäßig wenig ge-schehen sei, während unsere Nachbarn über eine sehr zahlreiche Kavallerie, besonders in großer Andrückstärke verfügten. Deutsch-land habe 669, Oesterreich 451, Italien 175, der Dreihund-zusammen also 1325 Eskadrons zur Verfügung, gegenüber 2212 Eskadrons des Zweibundes, nämlich 788 von Frankreich und 1504 von Rußland. Das zeige also eine beträchtliche Uebermacht des Zwei-bundes. Angesichts dieser Uebermacht erscheine die Vorlage wohl begründet. Die Kosten der geforderten Reformationen betragen 1 948 306 M., die des ganzen Mehrbedarfs an Kavallerie 12 711 501 Mark. Abg. Richter stellt die Stärke der Gegner geringer dar. Die Fortsetzung der Debatte wurde bis Dienstag nächster Woche vertagt.

Parlamentarisches.

Die Gewerbegerichts-Kommission des Reichstags setzte am Freitag die Berathung der gestellten Anträge fort. Abg. Trim-born empfiehlt seinen Antrag, wonach Gewerbegerichte auf Antrag betheiligter Arbeitgeber oder Arbeitnehmer in Stadt-gemeinden errichtet werden müssen, wenn letztere mindestens 20 000 Einwohner haben. Abg. Dr. Müller-Schaumburg (fr.) beantragt, statt „20 000 Einwohner“, zu sagen: „wenn mindestens 4000 Arbeiter in dem betreffenden Orte wohnen oder beschäftigt sind.“ Abg. Zuhauer (Soz.) stellt den Antrag, daß die obli-gatorische Einführung der Gewerbegerichte ohne Rücksicht auf die Einwohnerzahl der Städte festzusetzen sei, da nach den gesetzlichen Bestimmungen die Errichtung solcher Gerichte für mehrere Kommunalverbände zulässig sei. Im Falle der Ablehnung der obligatorischen Gewerbegerichte beantrage er, in dem Antrage Trimborn das Wort „Stadt-gemeinden“ zu streichen und dafür zu setzen: „Gemeinden“. Abg. Hilke (natl.) beantragt, daß der Antrag auf Errichtung eines Gewerbegerichts im Sinne des Antrages Trimborn von mindestens einem Drittel der in der betreffenden Gemeinde bei den Gewerbegerichts-Wahlen wahlberechtigten Arbeitgeber oder Arbeiter gestellt sein müsse. Nachdem die Abgg. Zubeil und Zuhauer (Soz.) nochmals die Nothwendigkeit der obligatorischen Gewerbegerichte hervorgehoben, beantragen die sozialdemokratischen Kommissionmitglieder, eventuell im Antrage Trimborn statt „20 000“ zu sagen „15 000 Einwohner“. Bei der Abstimmung werden die sämtlichen Anträge mit Ausnahme des Antrages Trimborn abgelehnt. Der Zusatzantrag Zuhauer, in dem Antrage Trimborn statt „Stadt-gemeinden“ zu setzen „Gemeinden“ wird angenommen. Nach längerer Diskussion werden die übrigen sozialdemokratischen Anträge, die bereits im Plenum gestellt worden waren, abgelehnt.

Justiznovelle. In der sechsten Kommission des Reichstags wurde heute die Berathung der vom Abg. Mintelen beantragten Novelle zur Straf-prozess-Ordnung bis § 293 gefördert. In diesem Paragraphen, welcher die Hauptfrage an die Geschworenen betrifft, wird gesagt, die Hauptfrage muß alle That-sachen enthalten, welche die wesentlichen Merkmale der dem Angeklagten zur Last gelegten strafbaren Handlung bilden. Hier wurde folgender neue Zusatz mit 10 gegen 7 Stimmen beschloffen: „Bei Bezeichnung der wesentlichen Merkmale sind, insofern es ge-fährlich ist, Rechtsbegriffe, welche nicht eine allgemein bekannte und in dem gegebenen Falle unbestrittene Bedeutung haben, durch sonst gleichbedeutende Ausdrücke zu ersetzen, zu deren Verständniß Rechts-kenntnisse nicht erforderlich sind.“

Kommunales.

Aus der Magistrats-sitzung am Freitag. In der gestrigen Magistrats-sitzung lagen dem Kollegium zu drei vom Polizeipräsidium dem Magistrat zur Zustimmung übermittelter Polizei-Ver-ordnungs-Entwürfe vor. Der erste Entwurf bezweckt die Gestattung des Befahrens sämtlicher Straßen Berlins mit Zweirädern seitens der Post- und Telegraphen-beamten sowie der Mannschaft der Feuerweh. Der zweite Entwurf der Polizei-Verordnung bezieht sich auf ein zu erlassendes Verbot des Einbringens aller von auswärtigen Gemeindebezirken her-zührenden Haus- u. f. w. Abgängen. Beiden Ent-würfen hat das Kollegium seine Zustimmung erteilt. — Wie bereits bekannt, wollen sich die Resten der Berliner Kaufmannschaft an der von der Stadt Berlin zu leistenden Garantie für den Mittelland-Kanal mit jährlich 15 000 M. in sieben Jahren bis zur Höhe von 105 000 M. betheiligen. Diese An-gelegenheit bildete in der Sitzung des Magistrats insofern einen Gegenstand der Berathung, als in Erwägung gezogen worden ist, in wie-weit Charlottenburg an der von den Resten der Kaufmannschaft

eben zu zahlenden jährlichen Garantiesumme von 15 000 befreit werden soll. Das Magistratskollegium hat mit Rücksicht darauf, daß Charlottenburgs Kaufmannschaft der hiesigen Korporation der Kaufmannschaft angehört, beschlossen, unsere Nachbarstadt an der genannten jährlichen Garantiesumme von 15 000 M. mit 1,70 : 9,40 — nach Maßgabe Charlottenburgs Beteiligung am Garantiefonds — d. h. mit etwa 2700 M. zu beteiligen. — Das Magistratskollegium hat den Ankauf der Grundstücke, Küstrickerstraße 23 und 24 zur Errichtung eines Kinder-Asyls für den Preis von 181 000 M. beschlossen.

Nach Schluß der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag wählten die Abtheilungen die Mitglieder für den Etatsauschuh. Aus der Wahl sind hervorgegangen: Stadtverordnete-Vorsteher Dr. Langerhans, Stadtverordnete-Stellvertreter Wischelet, die Stadtverordneten: Borgmann, Bruns, Feibrici, Gerstenberg, Heilmann, Jacobi, Kalisch, Liebermann, Romjen, Reichenow, Rosenow, Wallach, Witkowski.

Die Gemeinderaths-Versammlungen der sechs Waisenkreise werden in diesem Jahre am 3., 10., 17., 24. März und 7. April, Abends 7 Uhr abgehalten werden. Im Vorsitzenden ist der Stadtverordnete Hammerstein, zum Stellvertreter der Stadtverordnete Mülich ernannt worden. Die Tagesordnung lautet wie folgt: 1. Mitteilung betreffend die in dem Jahre 1898 gefassten Beschlüsse; 2. Anfragen und Erörterungen aus der Mitte der Versammlung; 3. die Bedeutung des Waisenraths nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch. Im ersten, fünften und sechsten Kreise hat eine Neu-Eintheilung der Bezirke stattgefunden. Im sechsten Kreise sollen fernerhin abwechselnd in Roabit und auf dem Gesundbrunnen die Sitzungen abgehalten werden.

Fleischschaugebühren. Auf Beschluß der Gemeindebehörden sollen in der Zeit vom 1. April 1899 bis 31. März 1900 für die Untersuchung des von außerhalb hier eingeführten frischen Fleisches an Gebühren erhoben werden: für ein Schwein 1 M., für ein Kind, so lange das jetzt geltende Regulativ in Kraft bleibt, 0,40 M., sobald aber das neue Regulativ in Kraft tritt 1,00 M., für ein Kalb 0,25 M., für ein Schaf 0,20 M.

Tokales.

Die einkommensteuerpflichtige Bevölkerung Berlins. Die zum Zweck der Besteuerung des Einkommens für 1897/98 bewirkte Personenstands-Aufnahme ergab eine Zivilbevölkerung von 1 682 403 Personen. Davon gingen als Angehörige, die nicht persönlich zu besteuern waren, von vornherein 769 034 Personen ab. Es blieben also nur 893 459 „Steuerindividuen“ (Haus- und Wohnungsvorstände und einzeln zu Besteuernde, deren Einkommen zwecks eventueller Besteuerung geschätzt werden mußte. Die Schätzung ergab für 529 945 Steuerindividuen ein Einkommen bis nur 900 M. Diese blieben von der Staats-Einkommensteuer befreit. Die gesamte von der Staats-Einkommensteuer frei gelassene Bevölkerung, also obige 529 945 sammt ihren odnedies freien Angehörigen, stellte sich auf 717 837 Personen (und 411 Personen, die nach Art. 38. freigeblieben). Für die Staats-Einkommensteuer kamen nur die 963 514 Steuerindividuen mit einem Einkommen über 900 M. in Betracht. Sie bildeten sammt ihren nicht persönlich zu besteuenden Angehörigen eine Bevölkerung von 944 245 Personen. Von den 363 514 zu Besteuernden ging aber noch eine Anzahl Personen ab, die wegen Vorhandenseins von drei oder mehr Familienmitgliedern unter vierzehn Jahren oder wegen besonderer der Leistungsfähigkeit beeinträchtigender wirtschaftlicher Verhältnisse von der Staats-Einkommensteuer befreit wurden, so daß schließlich für diese Steuer nur 839 822 Personen blieben. Darunter waren 45 411 Personen mit einem Einkommen über 3000 M. und 295 911 mit 900 bis 3000 M. Von der Gemeinde-Einkommensteuer befreit sind nur die Einkommen bis 600 M. Für diese Steuer kamen also noch die Personen mit einem Einkommen von 600 bis 900 M. in Betracht, 184 788 Personen. Im ganzen waren demnach 824 075 Personen einkommensteuerpflichtig (abgesehen von den „nicht physischen“ Personen). Im Vergleich zu dieser Gesamtzahl der Einkommensteuerpflichtigen waren die Personen mit einem Einkommen von 600—900 M. 35,2 pCt., mit 900—1200 M. 33,8 pCt., mit 1200 bis 1500 M. 10,0 pCt., mit 1500—1800 M. 5,1 pCt., mit 1800 bis 2100 M. 2,4 pCt., mit 2100—2400 M. 2,3 pCt., mit 2400—2700 M. 1,5 pCt., mit 2700—3000 M. 1,4 pCt., zusammen mit 600—3000 M. 91,7 pCt. Auf die Steuerindividuen mit einem Einkommen über 3000 M. kamen nur 8,3 pCt. Bei absolut 523 Personen ging das Einkommen über 100 000 M., bei 12 davon über 1 000 000 M. hinaus. Der Höchstbesteuerte hatte ein Jahreseinkommen von rund 1 970 000 M., — das ist eine Summe, von der mehr als 2000 Steuerzahler der Einkommenstufe 600—900 M. das Jahr über sammt ihren Familien leben müssen.

Den Geschäftsumfang der Bauabtheilung beim hiesigen Polizeipräsidium illustriren folgende Zahlen: Im vergangenen Jahre wurden 43 022 neue Sachen bearbeitet, darunter 82 Klagen und 403 Dispensgesuche, ferner fanden 1716 Rohbau-Abnahmen und 1016 Gebrauchsabnahme-Prüfungen statt.

Die seit einiger Zeit erwartete neue Verordnung über die Bestrafung unentschuldigter Schulversäumnisse ist im Amtsblatt der königl. Regierung zu Potsdam erschienen. Sie lautet: „Unter Aufhebung unserer Verordnung vom 6. April 1897 wird auf Grund der §§ 43, 46, und 48 Allgem. Landrecht, Theil II, Tit. 12, und des § 11 der Instruktion zur Geschäftsführung der Regierungen vom 28. Oktober 1817 (Ges.-Sammlung S. 248) hiermit für unseren Verwaltungsbezirk folgendes verordnet: § 1. Eltern, Pflegeeltern oder Vormünder werden, wenn ihre Kinder, Pflegekinder oder Mündel dem schulpflichtigen Unterricht ohne genügenden Grund fernbleiben, mit Geldstrafe bis zu fünfzehn Mark, im Unvermögensfalle mit Haft bis zu fünfzehn Tagen bestraft. § 2. Diese Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung im Amtsblatt der königlichen Regierung zu Potsdam und der Stadt Berlin in Kraft.“

Ueber die Verhaftung eines Anarchisten brüht die „Volks-Zeitung“: Vor Kurzem ist hier der Anarchist Döfler von der Polizei verhaftet worden. Die Maßnahme sieht angeblich mit einer Hausdurchsuchung im Zusammenhang, welche die Polizei in Rühlhauer bei dem Fabrikarbeiter Gleisemann vornahm. Gleisemann soll oft Fadete mit Schriften von auswärts erhalten und mit Döfler in Verbindung gestanden haben. Zwei Mitarbeiter haben den Gleisemann bei der Polizei angezeigt.

Ein eigenes Elektrizitätswerk für die gesamte Beleuchtungsanlage des Stettiner Bahnhofs wird jetzt auf dem Stück vom Hauptbahnhof an der Invalidenstrasse gelegenen Plage errichtet.

In den Statuten des Vereins abstinenten Studenten, welcher sich vor Kurzem an der hiesigen Universität gebildet hat, lauten die beiden ersten Paragraphen: § 1. Der Verein begreift den geselligen Zusammenschluß der in Berlin studirenden Abstinenten, sowie die Verbreitung der Alkoholabstinenz unter den Studierenden. § 2. Die Mitgliedschaft ist an die völlige Enthaltensamkeit von alkoholischen Getränken gebunden und erlischt von selbst mit der Aufgabe dieser Abstinenz.“ Viele Mitglieder wird der abstinente Verein wohl nicht erhalten. Das ist auch sein Unglück.

Sitteneinheit im Reiche des Herrn Thielens. Der Umschlag der neuesten „Lustigen Blätter“ mit einer Karikatur des Wildes „Kirke und die Schweine“ von H. v. Prendsen ist auf allen Berliner Bahnhöfen polizeilich beschlagnahmt worden. Kein Mensch, der dies Bild gesehen hat, wird begreifen, was daran Schlimmes ist.

Große Besitzveränderungen sind in der Leipziger Straße vor sich gegangen. Die Firma A. Westheim hat, wie der „Konfessionär“ meldet, die neben ihrem Waarenhause liegenden Grundstücke Leipzigerstraße 184/185 angekauft. Es handelt sich um einen Grundbesitz von 260 Quadratmetern, für die angeblich 3 Millionen Mark bezahlt sein sollen. Das Haus Leipzigerstr. 13 ist vom Reichs-Postamt angekauft worden und wird angegriffen. — Das Haus Leipzigerstr. 6 ist vom Kriegsministerium angekauft worden.

Unglücksfälle im Straßenbahn- und Omnibusbetrieb. Das Polizeipräsidium theilt mit: „Durch Unfälle wurden vom 1. Oktober bis zum letzten Dezember 1898 verlegt: Im Betriebe der Straßenbahnen: 2 Personen tödlich, 68 Personen schwer und 277 leicht, also insgesammt 347 Personen; im Betriebe der Omnibusgesellschaften 1 Person tödlich, 11 Personen schwer und 27 leicht, also zusammen 39 Personen.“ Diese erschreckenden Zahlen sollten die Leitungen der Verkehrsgesellschaften endlich zwingen, die Arbeitszeit ihrer angestrengten Chauffiers und Kutscher derart zu verkürzen, daß die Leute den Dienst mit der erforderlichen Frische und Umsicht versehen können.

Elia Golt contra Pistol. Der erste Termin in dem Prozeß Elia Golt wider den Pistol aus Herausgabe der beschlagnahmten Werthpapiere fand gestern statt und endete mit der Vertagung. Die Klägerin hatte den Beweis dafür angetreten, daß Grimmenthal ihr die Werthpapiere schon sieben Monat vor seiner Verhaftung geschenkt hatte. Die ihr verwandte Zeugin wurde jedoch von der Zivilkammer abgelehnt. Hiernach wurde zur Beschaffung neuer Beweismittel für die klägerische Behauptung Vertagung beantragt und beschloffen.

Wie bereits erwähnt, wird heute an der hiesigen Universität die erste Dame, Fräulein Elia Reumann, den „Doktor“ machen. Wie so zahlreiche ihrer studirenden Mitschwester hat sie sich der Naturwissenschaft zugewandt; ihre Dissertation handelt „über die Polarisationskapazität umkehrbarer Elektroden“, sie umfaßt 42 Druckseiten. Die Anregung zu der Arbeit hat Prof. Warburg seiner Schülerin gegeben. Die Opponenten, mit denen Frä. Reumann sich zu messen hat, sind drei Doktoren der Philosophie. Eine der Theilen, welche sie verteidigen will, lautet: „Es ist notwendig, daß in der Mädchenschule in der Behandlungsweise der Unterrichtsgegenstände die Logik mehr Berücksichtigung findet, als bisher.“

Von der Direktion des Zirkus Reuz-Niesentunnels wird uns mitgetheilt, daß der Konkurs des Olympia-Theaters auf den Fortgang des Spiels im Tunnel keinerlei Einfluß hat, es finden dort noch wie vor Vorstellungen statt.

Das Polizeipräsidium theilt mit: In Betreff der Benutzung von Vorgärten zu Schanzzwecken hat das Ober-Verwaltungsgericht anerkannt, daß nach § 1 der für Berlin gültigen Polizeiverordnung vom 27. Oktober 1855 die Vorgärten der Regel nach nur als Gartenanlagen und zu Schanzzwecken zu benutzen sind, und daß, wenn ausnahmsweise und aus bestimmten Gründen von der Polizei auch die Verwendung zu gewerblichen Zwecken zugelassen werde, dies keineswegs jedem Zutretenden ein Recht giebt, eine gleiche Berücksichtigung für sich in Anspruch zu nehmen. In dem zur Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts stehenden Falle verlangte ein Schanzwirth die polizeiliche Erlaubnis zur Benutzung seines in der Urbanstraße an der Ecke der Grimmsstraße belegenen Vorgartens zu Schanzzwecken. Die Polizei verweigerte die Erlaubnis, worauf der Schanzwirth auf Ertheilung der Erlaubnis mit der Begründung klagte, daß in der Urbanstraße bereits verschiedene Wirthshäuser, die er namhaft machte, die Vorgartensbesitzung ertheilt worden sei, die Verweigerung an ihn also eine willkürliche Maßregel sei. Der Bezirksauschuh und das Ober-Verwaltungsgericht hielten dagegen fest, daß die ganze ausgeübte Sirede der Urbanstraße zwischen Grimms- und Graefestraße in ununterbrochener Folge als Schanzanlage benutzt wird und diesen Charakter durch Benutzung der Vorgärten zu Schanzzwecken verlieren würde. Die Klage wurde deshalb abgewiesen und der der Polizei gemachte Vorwurf willkürlicher Handlungsweise als unbegründet bezeichnet, weil es sich um die Erhaltung eines ganzen Straßenzuges als Schanzanlage handelte und es demgegenüber nicht in Frage komme, ob in näherer oder entfernterer Umgebung auch Vorgärten zu Schanzzwecken konzeffioniert worden seien.

Vor früher ist bekannt, daß die Polizei die Praxis verfolgt, den Inhabern von Arbeiterlokalen die Benutzung von Vorgärten zu unterjagen, während sie den Inhabern mancher Cafés selbst den Bürgersteig zur Verfügung stellt.

Ein diebischer Hauslehrer ist, wie die Nordd. Allg. Ztg. berichtet, in der Person des cand. phil. Erich A. entlarvt worden. A. war als Erziehler der Söhne des Wäschefabrikanten S. in der Schönhauser Vorstadt angestellt. Da er ein entfernter Verwandter der Frau S. war, schenkte man ihm das größte Vertrauen. Vor mehreren Monaten verschwanden aus einer Kassetten der Frau S. zwei Hundertmarkstücke. Das Hausmädchen wurde des Diebstahls verdächtig, konnte jedoch glaubhaft ihre Unschuld nachweisen. Einige Zeit darauf vermißte der jüngere Sohn des Hauses seine goldene Uhr. Auch in diesem Falle blieben alle Nachforschungen vergeblich. Endlich führte ein Zufall zur Entdeckung des Hausdiebes. A. wurde von einem seiner Jüglinge dabei überrascht, wie er die Schublade eines Schreibtisches mittels Nachschlüssels zu öffnen versuchte. Eine Durchsuchung der Sachen des verurtheilten förderte einen Pfandschein über die vermißte Uhr zu Tage. Gegen A. ist Strafanzeige erstattet worden.

Ein Unglücksfall verurtheilte gestern Vormittag in der Dragonerstraße großes Aufsehen. Gegen 11 Uhr fand daselbst in der Nähe der Lindenstraße ein Zusammenstoß zwischen einem Koffspadewagen und dem von Dr. L. gehörigen Equipage statt. Der Arzt, der den Zusammenstoß vorausahnte, sprang noch rechtzeitig aus dem Wagen, zog sich jedoch hierbei eine leichte Verstauchung des rechten Fußes zu. Der Anprall der beiden Wagen erfolgte mit solcher Gewalt, daß die Equipage zertrümmert wurde. Der Kutscher wurde vom Bod auf das Straßenpflaster geschleudert und erlitt erhebliche Verletzungen an Kopf, sowie auch ansehnlich innere Schäden. Das Pferd wurde schwer, ging durch und jagte die Dragonerstraße hinunter in die Lindenstraße hinein. Hier gelang es jedoch, das Thier aufzuhalten, ehe es weiteren Schaden anzurichten vermochte.

Beim Bau auf der Ruemsdünfel hat sich am Freitag Nachmittag gegen 3 Uhr ein ebenso schwerer, wie eigenartiger Unfall zugetragen. Der Zimmermann Paul Seifert war auf der östlichen Seite gegenüber dem Monbijougarten bei dem Aufstellen einer neuen Klamme beschäftigt. Infolge nicht genügender Absteifung stürzte sie um und traf Seifert, der nicht schnell genug bei Seite springen konnte, auf den Kopf. Obendrein schleuderten die stürzenden Balken den Schwerverletzten, der außer einem Schädelbruch innerliche Schäden davongetragen hat, in die Spree und brachten ihn in die Gefahr des Ertrinkens. Mitarbeiter retteten ihn in einem Prähm, ein Arzt ließ ihn in einem Krankenwagen nach der Charité bringen.

Die Kindesmörderin Anna Junghans aus der Ritterstr. 4/5, die in Gemeinschaft mit ihrem Bräutigam die That vollführt zu haben scheint und vorläufig nach dem Krankenhaus am Urban gebracht wurde, ist am Freitag Nachmittag nach der Gefängnisstation der Charité übergeführt worden.

Theater. Im Schiller-Theater wird die Sonntag Nachmittag stattfindende Wiederholung von Gerhart Hauptmanns Traumbildung „Hammes Himmelshaus“ und Ludwig Hälsas „Abu Seid“ — die Direktion erlucht uns, besonders darauf aufmerksam zu machen — die letzte sein, da alle weiteren Sonntag-Nachmittags-Vorstellungen durch bereits feststehende andere Aufführungen und durch den in Vorbereitung befindlichen Schafspears-Ballus in Anspruch genommen sind.

In der dritten Serie der volkshilmlichen Kunst-Ausstellungen im Bürgeraal des Rathhauses wird sich ein starker literarischer Zug geltend machen. Ein Portrait Gerhart Hauptmanns, von Max Liebermann, Goethe's Gartenhaus im Park zu Weimar von Hoffmann von Fallersleben, eine große Porträtblätter Leo Tolstoj's von Gänzburg nehmen unter den ausgestellten Ausstellungen einen hervorragenden Platz ein. Vertreten sind außer den drei genannten Künstlern noch: Paul Albert Bednarz (Paris), Wöcklin, Wond, Feld, Golt, Golt, Hamilton, Hans Hermann, Hitzel, Häbner, Julius Jacob, Johannsen, Max Klein, Leib, Leistikow, Heinrich Lessing, Edward Manet, A. v. Menzel, Moret in Paris, Reunzig, Pope, Rheinhold, Vesser Urq, Starbina.

Heute, Sonnabend, wird der bekannte Forscher Herr Professor Dr. Bollens in der „Urania“ einen Vortrag über den Kilmannshof halten und seine während eines mehrtägigen Aufenthalts in diesem wichtigen

deutschen Kolonialgebiet gesammelten Eindrücke schildern. Im großen Theateraal findet abendlich eine Wanderung durch „Das Land der Horde“ statt.

Friedrich Spielhagen, der berühmte Romandichter, trug am Donnerstag Abend im Architektenhause einige Abschnitte aus seinen Werken vor. Es handelte sich um einen der vom Verein „Berliner Presse“ veranstalteten Vortragabende, und Spielhagen's Name hatte genügend Anziehungskraft bewiesen, um den großen Saal bis auf den letzten Platz zu füllen. Der Dichter, der in wenigen Tagen seinen 70. Geburtstag feiert, hat sich die jugendliche Frische und Mithigkeit bewahrt. Er dankte für die freundliche ihm vom Publikum gesendete Begrüßung und sagte, er sei in diesen Tagen so oft an seine Jugendzeit erinnert worden, daß er Dichtungen zum Vortrag wählen wolle, die der Jugendtage gedenken. So las er denn aus seiner Selbstbiographie „Kinder und Erfinder“ die Kapitel, in denen die Straßburger Jugendtage geschildert werden. Aus „Janstulus“ gab er den realistisch-herben, aber doch poetisch-verklärten Abschnitt von Stine's Selbstmord. Am Schluß las der Dichter „Die Blume“ und „In der Laube“, zwei Gedichte, von denen besonders der lebhafteste Vortrag des ersten — in dem des Dichters unerfülltes Jugendsehnen und -Streben ergreifend Ausdruck findet — mit herzlichem Beifall gelohnt wurde. Der letzte vom Verein „Berliner Presse“ ausgehende Vortrag dieses Winters wird ein „Humoristischer Abend“ sein; an den Vorträgen werden sich mehrere Künstler beteiligen.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 8 Uhr wurde die Feuerwehrt kurz hintereinander dreimal alarmirt. Kadaistraße 2 und Altonaerstraße 23 waren kleine Zimmerbrände zu beseitigen, während Friedenstrasse 47 Strohh in einem Pferdehülle Feuer gefangen hatte, das aber noch im Entfachen abgelöscht werden konnte. Kurz vorher mußte Stallgasse 18 ein umfangreicher Fußboden- und Balkenbrand abgelöscht werden, der die Wehr längere Zeit beschäftigte, da die Balkenlage angegriffen werden mußte.

Aus den Nachbarorten.

Nizdorf. Parteigenossen! Die Listen zu den Stadtverordneten-Wahlen liegen bis zum 26. Februar in folgenden Lokalen aus:

1. Bezirk: Cammer Chauffee, Cammerstraße, Gärtner-, Herzberg-, Riefholzstraße, Kirchgasse, Mittelbuschweg, Richardplatz, Richard-, Dreptowerstraße, Straße 88a, Herrmann, Zigarrengeschäft, Kirchhoffstr. 1.

2. Bezirk: Bergstr. 52—68, Sonadstraße, Kirchhoffstr. 1—9 und 35—49, Schönweiderstraße, Herrmann, Zigarrengeschäft, Kirchhoffstr. 1.

3. Bezirk: Mühlenstraße, Rosenstraße, Göthelstraße, Bergstr. 43 bis 51 und 110—150, Oskar Freil, Restauration, Rosenstraße 24.

4. Bezirk: Bergstr. 1—42 und 151—163, Mittelweg, Steinhöhestraße 1—19 und 68—87, Thomasstraße, Wahnmannsdorferstraße, Wilh. Münzer, Restauration, Bergstr. 162.

5. Bezirk: Berlinerstr. 41—61, Erichstraße, Jägerstr. 1—40 und 65—78, Harstraße, Münchenerstraße, Wilh. Sch, Restauration, Jägerstr. 60.

6. Bezirk: Berlinerstr. 1—40 und 62—107, Bernh. Schenk, Restauration, Hobrechtstr. 8.

7. Bezirk: Ehrenstraße, Friedelstraße, Hobrechtstraße, Mainzerstraße, Straße 20, Ecke 25 (Kanserstraße), Panierstraße, Reuterstraße, Bildenbruchstraße, Otto Klein, Restauration, Kaiser Friedrichstraße Ecke Panierstraße.

8. Bezirk: Hermannplatz, Kaiser Friedrichstraße, Rottbuer-Damm, Lohmühlenstraße, Maybach-Allee, Schultestraße, Otto Klein, Restauration, Kaiser Friedrichstraße Ecke Panierstraße.

9. Bezirk: Hagenstraße, Karlsplatz, Wanzlitzstraße, Wilmannsstraße, Wilh. Köpke, Restauration, Hermannstraße Ecke Karlsplatz.

10. Bezirk: Hermannstr. 1—98 und 167—258, Emil Kegerau, Zigarrenladen, Hermannstr. 50.

11. Bezirk: Herrfurthstraße, Jägerstr. 41—64, Leffingstraße, Mahlowerstraße, Selchowstraße, Weichstraße, Emil Kegerau, Zigarrenladen, Hermannstr. 50.

12. Bezirk: Fallstraße und Zietzenstraße, Rud. Prehler, Restauration, Zietzenstr. 60.

13. Bezirk: Prinz Handjerystraße, Philipp Thomas, Apollo-Theater, Hermannstr. 47—49.

14. Bezirk: Steinwegstr. 20—67 und Kopffstraße, August Kinge, Zigarrenladen, Kopffstr. 39.

15. Bezirk: Hermannstr. 99—166, Gerthastraße, Kirchhoffstr. 10 bis 34, Kniebeckstraße, Mariendorfer Weg, Ringbahnstraße, Wilh. Anders, Anejebedstr. 138, am Herrhplatz.

16. Bezirk: Wendstraße, Bergstr. 69—109, Bruno Bauerstraße, Delbrück, Emjer, Glaiow, Julius, Thüringer- und Walterstraße, Wilh. Anders, Anejebedstr. 138, am Herrhplatz.

Nizdorf. Die Gemeindevertretung beschloß in ihrer letzten Sitzung, das gerichtliche Verfahren zur Festlegung von Bauflächen für den Platz V in den Köllnischen Wiesen zu eröffnen. Das Kuratorium für das Kanalisationswesen glaubt mit einer Jahresersparnis von 110 000 M. rechnen zu können. Die Gemeindevertretung genehmigte einen Vorschlag des Kuratoriums, das Geld zur Erweiterung der Nieselanlage und zum Bau eines Arbeiter-Wohnhauses für acht Familien zu verwenden. Nach einem weiteren Beschluß wird die Straße 218 zwischen der Hermann- und der Mainzerstraße von der Gemeinde auf Kosten der Genossenschaftsbank Parisius u. Komp. ordnungsmäßig hergestellt werden. — Die Versammlung schritt dann zur Wahl der Beisitzer und Beisitzer-Stellvertreter für die bevorstehenden Stadtverordneten-Wahlen. Gemeindevorsteher Wöcklin theilte dazu folgendes mit: Er habe die Kandidatenliste erhalten, durch die die Umwandlung der Dorfgemeinde in eine Stadt gebilligt werde und daraufhin in Gemeinschaft mit den Schöffen die erforderlichen Wahlvorbereitungen getroffen, sowie auch bestimmt, in welchen Bezirken Hausbesitzer aufzustellen seien. Danach hätten sich die Wähler zu richten. Die Wahl eines Mannes ohne Grundeigenthum in einem dieser Bezirke sei unzulässig. Das vom Gemeindevorstande geschaffene Wahltableau werde mit dem Wahlaufschlag öffentlich angeschlagen. Wahrscheinlich werde die Wahl Mitte März stattfinden, so daß vielleicht am 26. oder 28. März die erste Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung abgehalten werden könne. Wenn keine Stich- oder Nachwahlen nötig würden, könne Nizdorf bis Mitte April endgültig in alle städtischen Rechte eintreten. Kegerau bemerkte, daß in der dritten Abtheilung nicht zweimal zu wählen sein werde. Auf eine Frage des Redners erklärte Herr Wöcklin, die dritte Abtheilung werde nicht am Sonnabend zu wählen brauchen. — Wegen Ueberfüllung der Krankenhäuser wird auf Kegerau's Anregung beschlossen, dem Kuratorium vorzuschlagen, es möge dem Ueberfüllung eventuell durch Beschaffung neuer Räume in der Nähe des Krankenhauses abhelfen. Der Vorsteher des Arbeitsnachweises, Herr Spayier, ist vor einiger Zeit gestorben. Die Versammlung billigt es, daß seine Wittve nicht nur das volle Jannargelalt, sondern auch noch das Gehalt für Februar ausgezahlt erhält. Ferner erklärte sich die Versammlung damit einverstanden, daß der Posten des Nachweiskomitees in eine Gemeindevorstandsstelle umgewandelt werde. Das Gehalt wird für den Anfang um 1200 M. festgesetzt. Es soll alle drei Jahre um 100 M. steigen, bis es den Höchstfuß von 1800 M. erreicht hat. Die Stelle wird ausgeschrieben. — Bei den Stadtverordneten-Wahlen haben nach dem erwähnten Tableau in der dritten Abtheilung der 1., 2., 3., 4., 5., 6., 7., 8., 9., 10., 11., 12. und 13. Bezirk einen Hausbesitzer zu wählen.

Schöneberg. Das Lokal Reumann's Varietés in der Goltstraße steht den Arbeitern nicht mehr zur Verfügung. Trotdem der Wirth sich durch die bekannte Unterchrift verpflichtet hatte, weigerte er sich, eine Vollversammlung in seinen Räumen tagen zu lassen. Der Lindenpark, Hauptstr. 5/6, wo heute der Rauchklub „Qualm“ ein Vergnügen abhält, und das Restaurant Hilpert am Wanniseebahnhof, wo der Vergnügungsverein Friedmann tagt, sind gesperrte Lokale. Die Lokalkommissionen.

Der Neum- u. Adenschlus, der bei den Kolonialwaren...

An dem Geburtshause des zweiten Kaugers des Deutschen Reiches...

Der Haushalts-Etat der Stadt Charlottenburg schließt im Ordinarium in Einnahme und Ausgabe mit 9.166.000 M. ab...

Beim Kapitel „Schulverwaltung“ beträgt die Gesamtmehreinnahme gegen das Vorjahr 203.511 M. die Hauptursache für die Erhöhung dieser Position ist die Neueinstellung der Alterszulagen...

Der Alterszulage-Kassenbeitrag, der an die Alterszulage-Rasse in Potsdam zu entrichten ist, beträgt 221.790 M. Da die den hiesigen Lehrern zustehenden Alterszulagen nur 179.637,50 M. betragen...

Beim Kapitel „Armen- und Krankenpflege“ betragen die Einnahmen 222.533 M. gegen 170.648 M. im Vorjahre. Die Ausgaben belaufen sich auf 116.340 M. mehr als im Vorjahre...

Im Kapitel „Straßenbauverwaltung“ sind die Einnahmen gegen die des Jahres 1898/99 um 100.063 M. geringer veranschlagt...

Das Kapitel „Sonstige Gemeinde-Einnahmen“ weist auf Einnahmen 32.910 M. mehr, an fortdauernden Ausgaben 57.260 M. mehr auf...

Die Friedenauer Eingemeindung in die Stadt Schöneberg, welche bekanntlich von der Gemeinde Friedenau jetzt beschlossen ist...

Großlichterfelde. In der gestrigen Sitzung der Totalkommission muß es heißen Gesangsverein Nymphë, nicht Myrthe.

Nach wunderbaren Grundföhen muß in unserem Vorort Groß-Lichterfelde die Hauptrolle ihres Amtes walten. In der letzten Gemeinderath-Sitzung rügte Gemeindevertreter Friedebus das Verhalten der Exekutivbehörden bei Handhabung der hauptsächlichlichen Vorschriften mit scharfen Worten...

So der Amtsvorsteher. Mit Stämmen werden die nichtbauenden Einwohner von Lichterfelde von dieser Ausnahmestellung der Herren Bauntemeiner und von der außerordentlichen Milde des verehrlichen Kreisaußschusses Kenntnis genommen haben...

event. Ruin des Wirths. Und heutzutage erfreut sich das Solal des Herrn Pagel einer gründlichen Beschäftigung seitens der Polizei-Organe...

Diese Zustände geben zu denken und sind eine Veranlassung mehr für die Parteigenossen, auf die Vorgänge im rothen Hause zu richten...

Ein kleiner Kommunalauflauf ereignet in Rankow die Gemüthlicher. In der letzten Sitzung der Gemeindevertretung sollte die Wahl eines Schulrates vorgenommen werden...

Die Gemeindevertretung der Kolonie Grunewald hat den Minimalatz des zur Gemeindesteuere heranzuziehenden Einkommens auf 600 M. festgelegt...

Die Direktion der Militär-Eisenbahn hat die erbetene Erleichterung einer Haltestelle in Mariendorf abgelehnt unter der Begründung, daß das Terrain zu große Schwierigkeiten bereite...

Der Barbier Josef Engel aus Lichtenberg, dessen Straftaten gegen Kinder besonders wegen der zahlreichen Fälle Aussehen erregten, ist jetzt zur Beobachtung seines Geisteszustandes der Irrenabtheilung der Charité überwiesen.

Theater.

Der Dornenweg. In Felix Philipp's Schauspiel „Der Dornenweg“ kommt eine so fabelhafte Menge von Edelmuth und Herzengüte vor, daß es eigentlich ein Unrecht von der Direktion war, ihrem Publikum ein solches Stück so lange vorzuenthalten...

Gewerkschaftliches.

In der Brauerei Germania erregt die Einführung einer neuen Arbeitsordnung viel böses Blut. Die Arbeiter finden die Strafen vielfach zu hoch und einzelne Bestimmungen nicht durchführbar...

Für die Fahrer und Stallente wird folgendes bestimmt: Wer zu spät kommt, zahlt für jede angefangene Viertelstunde 30 Pfennig Strafe. Wer Pflastersteine verlegt oder verliert, zahlt jedesmal 30 Pfennig Strafe...

Für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Flaschenbier-Abtheilung wird folgendes bestimmt: Ein Zutritt kommen von mehr als 5 Minuten ist strafbar und zwar für jede angefangene 5 Minuten 10 Pfennig Strafe...

Im Uebbrigen können Zuwiderhandlungen gegen diese Arbeitsordnung mit Geldstrafen geahndet werden. Die Geldstrafen dürfen die Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes des Bestrafteten nicht übersteigen...

Der Verband der Brauer und Versäuerer bemerkt dazu, er erwarte von den dortigen Kollegen, daß sie dahin wirken, daß ein Arbeiterauschuss zu Stande kommt, der die Strafordnung zu einer geordneten umgestaltet.

Für die Weber in Krefeld gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein: Graphische Gesellschaft, Lindenstr. 16, Bierstraße 10. - - - - -

Schmidstraße 15, 20. Verein der Lithographen u. Berufsgeoffen Deutschlands, Zählstelle Nikolai 20. - - - - -

Auf verschiedene Anfragen von Seiten der Musikinstrumentenarbeiter, ob bei der Berliner Gewerkschaftskommission die Gelder von den Vätern, die die Isolatorenarbeiten herausgegeben haben...

Weitere Beiträge nimmt im Berliner Gewerkschaftsbureau Rudolf Millaer, Annahr. 16, I, entgegen. Geöffnet Wochentags 9-1 Uhr Vormittags und 6-8 Uhr Nachmittags.

Vermischtes.

Ueber das Schicksal des Hamburger Dampfers „Vulgaria“ ist man immer noch im Unklaren. Nach einer Meldung von „Lloyds“ in London schloß der dort anwesende Direktor der „Hamburg-Amerika-Linie“ einen Vertrag mit der Rheideri des großen Schleppe-dampfers „Warrior“...

Das Erdbeben am Kaiserstuhl in Baden am 14. Februar Nachmittags zwischen 5 und 1/2 Uhr hat nach den vorliegenden Meldungen, eine ziemlich Ausdehnung gehabt. Seine Richtung war von Nordost nach Südwest. In einzelnen Orten trat es so stark auf, daß die Leute die Wohnhäuser verließen...

Die Pest in Bombay. Das Bureau Reuters meldet: Stadtrath Dr. Ismail Muhammed äußerte bei seiner Bernehmung vor der Pestkommission die Ansicht, die Seuche möge von Hongkong auf Schiffe, die todt Ratten in ihrer Ladung hatten, nach Indien eingeschleppt sein...

Ueber den verschollenen Johann Crisp (Erzherzog Johann von Oesterreich) sind in letzter Zeit wiederholt Gerüchte aufgetaucht, die über das Verschwinden Crisp's Aufklärung bringen sollten...

Cutting.

Von den Parteigenossen Berlin und Umgegend sind mir 500 Mark für das Denkmal der 1849 in Baden standrechtlich Erschossenen übergeben worden. W. Liebholt.

Witterungsübersicht vom 17. Februar 1899, Morgens 8 Uhr.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Visibility, Temperature, etc. Includes data for Berlin, Hamburg, and other locations.

Wetter-Prognose für Sonnabend, den 18. Februar 1899. Etwas kälter, theils heiter, theils neblig mit schwachen nordöstlichen Winden; keine wesentlichen Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Volkswirtschaftliche Rundschau.

Aus den Jahresberichten der Handelskammern.

Die Berichte der Handelskammern über die wirtschaftliche Lage des Jahres 1898 spiegeln die Urtheile wieder, die hervorragende Vertreter von Industrie und Handel über das abgelaufene Geschäftsjahr haben. Dessen muß man sich bewußt bleiben, wenn man die bisher erschienenen Jahresberichte zu seiner Orientierung über das Wirtschaftsjahr 1898 benützt. Es ist leider schlimm genug, daß wir heutzutage fast keine anderen zusammenfassenden orientirenden Hilfsmittel haben, die wirtschaftliche Lage des gesamten Volkes kennen zu lernen. Es fehlen eingehende Berichte über die jeweilige Lage der Landwirtschaft, es fehlt ein Einblick in den Gang des Handwerks und der sogenannten Mittelstände, es fehlt namentlich aber eine periodische Berichterstattung über die wirtschaftlichen Verhältnisse der Arbeiter. Denn die Fabrikinspektoren-Berichte berichtigten wohl nebenbei die wirtschaftliche Lage der Arbeiter, aber ihr Hauptzweck ist ein wesentlich anderer. Die Arbeiter selbst sind aber trotz einzelner anerkennenswerther Versuche noch nicht zu einer selbständigen Berichterstattung gelangt. Da bleibt zu einer Orientierung über die Wirtschaftslage gar nichts anderes übrig, als die Berichte der Handelskammern, die in einer stattlichen Anzahl zu Beginn eines jeden neuen Jahres alsbald erscheinen, als fast einziges Mittel zur Orientierung zu benutzen.

Freilich wollen diese Berichte mit Vorsicht aufgenommen werden, einmal, weil die Interessen der Großindustrie und des Handels im Vordergrund stehen, sodann weil die Berichterstattung selbst zahlreiche Mängel aufweist, die in ihrer Gesamtheit zu irrthümlichen Resultaten führen müssen. So ist es gleich merkwürdig, die Wahrnehmung zu machen, daß sich eine Reihe von Handelskammern über den allgemeinen Stand der Konjunktur einer großen Täuschung hingiebt. Verschiedene Handelskammern halten nämlich das abgelaufene Jahr 1898 wirtschaftlich für noch günstiger, als das Jahr 1897, obwohl sich bei einer näheren Prüfung herausstellt, daß die Konjunkturkurve 1898 zwar nicht nach unten gegangen, jedenfalls aber nicht mehr wie in den Jahren 1896/97 weiter gestiegen ist.

Am zutreffendsten dürften wohl die Berichte der Handelskammern zu Hamburg und zu Essen die allgemeine Lage des vorjährigen Wirtschaftslebens gekennzeichnet haben. Die Handelskammer zu Hamburg ist vermöge ihres Ueberblicks über den deutschen Verkehr und Handel die kompetenteste Stelle, um aus dem Verkehrsleben auf den Gang der Industrie zurückzuschließen, während andererseits die Handelskammer für den Kreis Essen respektive der Börsenvorstand der Börse zu Essen die beste Kenntnis über das für die Gesamtindustrie ausschlaggebende Kohlen- und Eisengewerbe besitzen. Beide Berichte treffen nun in dem Urtheil zusammen, daß die Geschäftslage 1898 ähnlich wie 1897 war, daß aber im abgelaufenen Jahre Erscheinungen bedenklicher Natur zu Tage getreten sind, die sehr leicht zu einer Ueberproduktion und des ferneren zu einer Absatzkrise mit allen ihren schrecklichen Folgen für die Arbeiterklasse führen können. Die Handelskammer zu Hamburg schreibt: „Das deutsche Wirtschaftsjahr 1898 weist im Wesentlichen dieselben Merkmale auf wie das Vorjahr. Die Thätigkeit in Industrie und Handel war im Allgemeinen eine recht lebhafte und beschleunigte; die Landwirtschaft sieht auf ein günstiges Jahr zurück, auch die neue Ernte war eine außerordentlich reichliche und konnte zu verhältnismäßig guten Preisen verwertet werden. Der Verkehr auf den Eisenbahnen, die Zahl und Stärke der Arbeits- und Betriebsmaschinen der Industrie sind in ständiger, bedeutender Steigerung begriffen. Der starke Geldbedarf für die Ausdehnung der gewerblichen Thätigkeit und für die, zum Theil unter staatlicher Mitwirkung, mächtig auftretenden Genossenschaften, die mit eigenen größeren Kapitalien nicht ausgerüstet, für die Deckung des von ihnen gewährten Personalkredits auf den allgemeinen Geldmarkt zurückgreifen müssen, hatte eine Vertheuerung des Geldes in Deutschland zur Folge. Die Reichsbank sah sich im Herbst genöthigt, ihren Diskont in rascher Folge bis auf 6 pCt. zu erhöhen, was, wenn auch keinen Grund zu ersten Besorgnissen gebend, doch nicht verfehlen konnte, eine hemmende Wirkung auf die wirtschaftliche Thätigkeit auszuüben. Die innere Gesundheit des gegenwärtigen Aufschwunges zeigt sich darin, daß derselbe vorwiegend durch den Bedarf des Inlandes hervorgerufen ist, dessen Produktionskraft durch die Erweiterung bestehender und Begründung neuer Unternehmungen erheblich gestärkt wird. Allerdings legt dieser an sich günstige Umstand die erste Mahnung nahe, den Verhältnissen des ausländischen Handels die sorgfältigste Berücksichtigung zu schenken, da, wenn die Ausfuhr mit den vermehrten Produktionsmitteln nicht gleichen Schritt halten sollte, ein Rückschlag in der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und die daraus folgende Verminderung des inländischen Absatzes sich doppelt schwer fühlbar machen müßte.“

Und der Jahresbericht der Börse zu Essen führt die Gefahr einer Ueberproduktion noch des Weiteren in folgenden Worten aus: „Bei der Gesamtbeurtheilung der Sachlage darf nicht außer acht gelassen werden, daß im Berichtsjahre umfassende Erweiterungen vieler Betriebe, insbesondere der Eisenindustrie, stattgefunden haben, welche die Leistungsfähigkeit der betreffenden Werke wesentlich erhöhen. Wenn nun auch die in der Eisenindustrie vorliegenden Aufträge derartig umfangreich sind, daß auf absehbare Zeit die volle Beschäftigung der Werke gewährleistet erscheint, so darf doch, für den Fall des Rücklassens der Konjunktur im Inlande nicht außer acht gelassen werden, daß die Erweiterung der Betriebsanlagen auch eine Erweiterung der Absatzgebiete bedingt, wenn anders der Gefahr einer Ueberproduktion und eines starken Rückschlages entgegengegearbeitet werden soll. Aus diesem Grunde ist es notwendig, auf Maßnahmen bedacht zu nehmen, welche, wie die Verbesserung und Verbilligung der Transportmöglichkeiten, die Produktionsbedingungen unserer Industrie günstiger gestalten und dadurch die Konkurrenzfähigkeit derselben im Auslande wirksam zu unterstützen geeignet sind.“

Die wirtschaftliche Situation Deutschlands ist also keineswegs so licht und schattenfrei, wie es nach der industriefrommen Presse das ganze Jahr 1898 hindurch der Fall gewesen sein soll; ja die Börsenpresse war es noch mehr, die ein starkes Interesse an der fortgesetzten Schönfärberei der wirtschaftlichen Konjunktur hatte. Sind doch die Kurse der Industriepapiere auch im abgelaufenen

Jahre wenn nicht noch gestiegen, so doch auf einer Höhe geblieben, die nie und nimmer dem inneren Werthe der betreffenden Gesellschaften entsprechen kann. Es ist für die nüchternen Beurtheiler unserer Geschäftslage eine Bemerkung, daß gerade zwei Handelskammern von so kompetentem Urtheil wie die Hamburger und Essener, in ihrem Jahresbericht die Uebertreibungen der Industrie- und Börsenpresse lägen strafen.

Für den Steinkohlenbergbau war das abgelaufene Jahr befriedigend. Daß es aber so abgelaufen ist, das liegt zum Theil an außergewöhnlichen Umständen, die nicht aus der allgemeinen Gunst des Inlandsgeschäfts resultieren. Zunächst hing das Jahr sehr flau an. Die ungewöhnlich milde Witterung in den Monaten Januar und Februar brachte den Arbeitern der Kohlenbezirke sogar sehr unliebbare Feiertage. Daß dann die Feste mit einem Male flott zu arbeiten bekamen, lag vor allem daran, daß das Auslandsgeschäft ganz unvorhergesehen war. Im Frühjahr brach nämlich in den Bergbaubezirken von Wales der bekannte Bergarbeiterausstand aus, der monatelang andauerte. Dieser Ausstand hat — wie der Essener Bericht ausdrücklich zugiebt — viel zu der in Deutschland hervorgetretenen zeitweise geradezu stürmischen Nachfrage nach Kohlen beigetragen. Bei dem Ausstand in Wales waren an 60 000 Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen, und viele Verbraucher englischer Kohlen mußten ihren Bedarf daher im Inlande decken. Das Kohlenmangel hat demnach die Situation, um die Preise nach oben zu treiben. Der Arbeiterausstand in Wales hatte noch zur Folge, daß die Konkurrenz der englischen Kohle, mit welcher neben der belgischen Steinkohle und böhmischen Braunkohle die deutsche Kohle namentlich an den Seepfählen konfrontiert ist, in wesentlich geringerem Maße als früher sich geltend gemacht hat. Neben dem außergewöhnlichen Einfluß des englischen Streiks ist aber immerhin der Inlandverbrauch auch ein sehr großer gewesen. Die Zahl der Arbeiter im Kohlenbergbau ist sogar bedeutend gewachsen. Im Oberbergamtsbezirk Dortmund macht sich bei verschiedenen dem Kohlenmangel angehörenden Feste das lebhafteste Bedürfnis geltend, die Steinkohlenproduktion auszuweiden. Namentlich in den jüngeren Revieren herrscht ein großer Mangel an Arbeitern, so daß es nicht verwunderlich erscheint, daß vom Jahre 1897 bis zum Jahre 1898 die Zahl der Bergarbeiter sich stärker vermehrt hat, als von 1896 auf 1897. In genannten Oberbergamtsbezirk betrug nämlich die Arbeiterzahl in den drei ersten Viertelsjahren:

Table with 2 columns: Year, Workers. 1896: 159 915, 1897: 172 708, 1898: 190 532

Aus dieser prozentual viel stärkeren Zunahme der Arbeiter im Jahre 1898 könnte man auf den ersten Blick schließen, daß die Steinkohlenproduktion entsprechend stärker im Jahre 1898 gewachsen wäre als im Vorjahre. Das ist nun aber nicht der Fall, im Gegentheil ist die Steinkohlenförderung 1898 nicht in dem Grade gewachsen, wie im Jahre 1897. In den ersten drei Vierteljahren betrug nämlich die Steinkohlenförderung im Bergrevier Dortmund

Table with 2 columns: Year, Tonnage. 1896: 33,05 Millionen Tonnen, 1897: 35,75, 1898: 37,65

Woher es kommt, daß zwischen der Zahl der Arbeiter und der Höhe der Produktion ein scheinbarer Widerspruch besteht, darüber gehen die Ansichten auseinander. In dem Geschäftsbericht der Börse zu Düsseldorf, den der Geheim Kommerzrath Ludwig Ende Dezember erstattete, wird dieser Rückgang der Produktion trotz steigender Arbeiterzahl darauf zurückgeführt, daß die Arbeiter nicht mehr so viel leisten wie bisher. Es heißt da: „Im Gegensatz zu dem Durchschnittslohn, der sich schon seit Jahren in steigender Richtung bewegt und nach vorliegenden Anzeichen auch für das laufende Jahr wiederum eine Erhöhung aufzuweisen hat, ist eine auffallende Verminderung der auf den Kopf berechneten Leistungen festzustellen. Sie beträgt in einem Fall, der wohl auch für den Durchschnitt zutrifft, 15 1/4 pCt. im Vergleich zum Vorjahr. Dieser bedeutliche Rückgang der Arbeitsleistung wird mit Recht auf die beiden Verursacher sich immer mehr entwickelnde Geneigtheit zurückgeführt, bei höherem Verdienst willkürlich zu feiern, namentlich nach Sonn- und Festtagen. Es geht dadurch natürlich zunächst den Arbeitern ein entsprechender Theil ihres Verdienstes verloren, es leidet aber ferner auch die Aufrechterhaltung der Ordnung in bedenklicher Weise. Die Schuld an diesem Uebelstand tragen unzweifelhaft die überhand nehmenden allsonntäglichen Festlichkeiten, welche die Arbeiter nicht nur zu großen Ausgaben veranlassen, sondern ihnen auch die Lust zur Sparlosigkeit und zur Arbeit am folgenden Tage benehmen. Namentlich ist dies bei den jüngeren und ledigen Arbeitern zu beobachten, welche hinsichtlich des Einkommens meistens auf der gleichen Stufe mit den verheiratheten Arbeitern stehen.“ — Der in diesen Worten ausgesprochene Standpunkt kennzeichnet die einseitige Anschauung der Unternehmer. Unseres Erachtens hat der Widerspruch zwischen Produktionsziffer und Arbeiterzahl eine Reihe von Gründen, die ganz und gar nicht auf eine Schuld der Arbeiter hinweisen. Auf alle Fälle aber leidet die Lueg'sche Darstellung an ganz exorbitanter Uebertreibung. Wir weisen einmal darauf hin, daß die durchschnittliche Tagesleistung eines Arbeiters in alten Gruben, wo der Abbau schon alt, daher theils schwieriger, theils nicht mehr so ergiebig ist, wo weite Wege zurückgelegt werden müssen, im Rückgang begriffen ist, sodann, daß angesichts der Ausdehnung der Produktion viele Bergarbeiter erforderlich sind, vorarbeiten zu verrichten, daß also dort eigentliche Steinkohlenförderung noch garnicht stattfindet, daß endlich infolge dieser Ausdehnung des Bergbaues aus Schlesien, Polen und Steiermark Arbeiter herangezogen wurden, deren Leistungsfähigkeit hinter derjenigen des rheinisch-westfälischen Vergmanns ganz beträchtlich zurücksteht. Diese Gründe mögen es veranlassen haben, daß die Produktionsziffer hinter der Arbeiterzahl auffallend zurückgeblieben ist. Dazu kommt aber noch, daß im abgelaufenen Jahre, namentlich in den Monaten April, Mai und dann wieder im August und September die thatsächliche Förder-Einschränkung der Syndikatsgesellen eine bedeutend höhere war als im Jahre 1897, was zur Folge hatte, daß die viel größere Arbeiterzahl nicht deswegen einen Lohnausfall hatte, weil sie feste

feierte, sondern einfach deswegen, weil die Produktion von Syndikatswegen beschränkt, die Thätigkeit auf den Feste also eine geringere sein mußte. Wenn also schon Vorwürfe erhoben werden sollen, so sind es die Arbeiter, die dem Syndikat gegenüber die Rolle des Anklägers spielen können. Es betrug nämlich die thatsächliche Förder-Einschränkung in den letzten drei Jahren:

Table with 4 columns: Monat, 1899, 1897, 1896. Subtitle: in Prozent. Rows: Januar (7.42, 4.95, 3.50), Februar (6.14, 3.56, 10.33), März (7.25, 6.07, 11.70), April (11.99, 9.31, 11.85), Mai (8.73, 6.82, 11.44), Juni (8.48, 8.09, 11.51), Juli (7.03, 7.26, 10.91), August (9.50, 6.70, 10.47), September (8.69, 5.61, 8.20), Oktober (7.54, 8.33, 7.79), November (3.15, 3.48, 3.33), Dezember (3.98, 2.04, 3.35), Jahresdurchschnitt (7.49, 6.02, 8.71)

Schon aus dieser Tabelle ergibt sich, daß die Beschäftigung im Jahre 1898 nicht so stark war wie im Vorjahre. Immerhin kann nicht geleugnet werden, daß im Rahmen einer längeren Periode betrachtet der Beschäftigung noch ein recht günstiger während 1898 war. Dasselbe gilt auch von der Eisenindustrie, auf deren Verhältnisse wir hier nicht näher eingehen wollen. Dagegen möchten wir an der Hand der neuesten Handelskammerberichte von der Geschäftslage in derjenigen Industrie ein Bild geben, die sich 1898 in kritischer Situation befand.

In der Textilindustrie sind die Klagen allgemein. Die Wolllwarenindustrie ging im Vergleich mit dem Vorjahre noch weiter zurück infolge des mangelnden Exportes nach den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Webereien sahen sich veranlaßt, ihren Betrieb in einem Maße einzuschränken, das auch die Spinnereien zu gleichem Vorgehen zwang. Die Folge war, daß die in der Wolllwarenindustrie beschäftigten Arbeiter das ganze Jahr über nur mangelhaft zu thun hatten und mit einem verkürzten Verdienste abhantelten. Günstiger war das Geschäft für den Woll- und Kammtuchhandel. Die Baumwollbranche litt unter dem reichen Ertrag der vorigen Ernte, die etwa 11 1/2 Millionen Ballen betrug. Die Gesamtbaumwolleneinfuhr Bremens, unseres Hauptimportortes in Baumwolle, betrug bis zum 24. Dezember 1898 1 709 487 Ballen gegen 1 402 048 Ballen im Vorjahre. Trotz der gedrückten Fabrikpreise fanden aber erhebliche Neugründungen und Betriebserweiterungen sowohl in der Baumwollspinnerei wie in der Weberei statt. Die Leinen- und Jute-Industrie hatte Anfangs des Jahres bessere Beschäftigung, später trat Verfallung ein. Gegen das Vorjahr zeigte die Fabrication von leinenen und halbleinenen Geweben eine merkwürdige Verschlechterung, hervorgerufen durch die politischen Wirren, welche die für die Ausfuhr arbeitenden Industrien nicht unerheblich schädigten und eine Ueberfüllung des inländischen Marktes mit Waaren herbeiführten, Einflüsse, die noch durch die erhebliche Vergrößerung bestehender und durch vielfache Neugründungen weiterer Unternehmungen, besonders der Baumwollspinnerei verschärft wurden. Letztere wird durch den unerhört billigen Preisstand der Rohbaumwolle begünstigt, dürfte aber, wenn die Gesamtmenge aller dieser vergrößerten Betriebe auf dem Markte erscheint, die Lage noch ungelinder gestalten. Trotz der ungünstigen Lage der Textilindustrie hat das Unternehmertum und das in diesem Gewerbe angelegte Kapital recht günstig abgesehen, theilweise sogar besser als im vorhergehenden Jahre, dies konnte aber nur auf Kosten der kleineren Betriebe und auf Kosten der Arbeiterschaft geschehen.

Allein schon die Thatsache, daß nahe an eine Million Arbeiter, die in der Textilindustrie beschäftigt sind, auf ein Jahr zurückblicken mit schlechtem Verdienst, ungenügender Beschäftigung, wochenlangem oder dauerndem Arbeitslosigkeit, müßte für uns genügen, den Angaben der Handelskammerberichte, wonach die Lage der Arbeiter sich im abgelaufenen Jahre durchgängig verbessert habe, stark zu bezweifeln. Es wird in den Handelskammerberichten von großem Arbeitermangel als einer fast allgemeinen Erscheinung während des abgelaufenen Jahres gesprochen. Es ist zuzugeden, daß in manchen Bezirken des Kohlenbergbaus und der Eisenindustrie, auch in manchen ländlichen Gegenden, wo sich die Industrie in großem Maße angesiedelt hat, thatsächlich Arbeitermangel eingetreten ist. Aber es darf nicht übersehen werden, daß, wo immer auch Arbeitermangel auftrat, derselbe nur partiell innerhalb einzelner Gewerbe oder aber an einzelnen Orten vorhanden war. Daß der Arbeitermangel kein allgemeiner war, dürfte schon daraus hervorgehen, daß die ortsüblichen Tagelöhne sich im Jahre 1898 nicht nach oben verschoben haben. Deswegen sind auch die Angaben von Lohn erhöhungen, die der gesammten Arbeiterbevölkerung zu Gute kamen, schon aus dem genannten Grunde nicht beweiskräftig. Auch Lohn erhöhungen sind hauptsächlich nur den qualifizirten Arbeitern, einem Theil der in der Eisenindustrie und im Bergbau Beschäftigten, sowie zahlreich den Arbeitern der Maschinenindustrie zu Theil geworden.

Wenn man alle diese Momente, die selbstredend in den Handelskammerberichten nicht beachtet werden, in Betracht zieht, so ergibt sich, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiterbevölkerung im Jahre 1898 sich lange nicht entsprechend den Unternehmungs-Ertragsmüssen in der Industrie geändert haben. Selbst die Rentabilität des in der Industrie stehenden Kapitals erreicht, obwohl es ziemlich hoch ausgefallen ist, nicht den Grad von 1897. Es verrieth daher einen hohen Grad von Optimismus, in die Lohnpflichte auf das Wirtschaftsjahr 1898 ohne Weiteres einzufassen. 1898 steht zwar noch auf der Höhe, es trägt aber alle Keime einer drohenden Ueberproduktion in sich. Wir glauben kaum, daß bei der vernünftigen Konjunktionskraft der Arbeiterklasse es gelingen wird, der Gefahr aus dem Wege zu gehen. Dazu wären vor allem durchgreifende Lohnaufbesserungen der unteren und mittleren Schichten der Arbeiterbevölkerung während der letzten Jahre nöthig gewesen.

Versammlungen.

Der Kampf um Gerechtigkeit. Ueber dies Thema sprach Rechtsanwalt Wolffgang Heine am Donnerstag in einer Volksversammlung des dritten Wahlkreises, die den Saal der Berliner Resonance bis auf den letzten Platz füllte. Nach einigen einleitenden Bemerkungen, in denen der Redner ausführte, daß es keine Gerechtigkeit gebe, die nicht erklämpft werden müßte, sagte er, er wolle heute nur reden über den Kampf um Gerechtigkeit, soweit er geführt wird vor den für die Befüge des Rechts von der Gesellschaft eingesetzten Organen. Fragt man: Was ist gerecht? so wird der Bureaukrat sagen, die Gerechtigkeit ist erfüllt, wenn dem Buchstaben des Gesetzes Genüge geschehen ist. Nun sind aber darüber, was in bestimmten Fällen nach dem Gesetz Recht ist, die Juristen sehr oft verschiedener Meinung und dieser Umstand hat manche Leute zu der Ansicht gebracht, daß alle Rechtsfragen in letzter Linie Machtfragen sind. Die so denken, sind entweder schlaue Speculanten oder müde Seelen, die

für den Kampf um wahre Gerechtigkeit zu schwach geworden sind. Wir Sozialdemokraten werden nicht irre werden an der Meinung, daß es eine Gerechtigkeit giebt, die im Leben verwirklicht werden kann, wenn man es nur will. Ein Minister versicherte kürzlich, daß wir in Deutschland die denkbar besten Rechtsgarantien haben. Daß er mit dieser Ansicht so ziemlich allein steht, beweisen manche Dinge, die in letzter Zeit in den Parlamenten behandelt worden sind. Da ist zunächst der belannte Schieberlah, der infolge des verständigen Vorgehens der Erfurter Behörden bei dem dortigen Krawall ergangen ist, und dessen Sinn dahin geht, daß, wenn bei Aufschäumen mit der Waffe eingeschritten werden muß, dies auch in wirksamer Weise geschieht. Der interpellirte Minister sagte, es werde an diesem Erlaß nichts geändert. Das nennt man bei uns Garantien des Rechts und der Freiheit. Ein anderer hierher gehöriger Punkt sind die Ausweisungen der Dänen in Nord-Schleswig. Das formelle Recht ist ja hier auf Seiten der Behörde. Sie kann jeden Ausländer ausweisen, ohne daß es denselben möglich ist, in einem geordneten Verfahren den Nachweis

zu fordern, daß er durch sein Verhalten die Ausweisung verdient hat. Der Ausländer ist bei uns völlig rechtlos. Das nennt man einen Staat mit den besten Garantien der Gerechtigkeit. Nicht nur wir Sozialdemokraten, sondern auch andere Leute sind der Meinung, daß wir bessere Rechtsgarantien haben müssen. Die Freistimmigen haben einen auch von uns unterstützten Antrag eingebracht, welcher eine schärfere Begrenzung des Begriffs „grober Unfug“ verlangt. Als dieser Paragraf in der Strafrechtsbuch aufgenommen wurde, versicherte der Regierungsvertreter, es sollten durch denselben nur gelinde Strafen auf solche geringfügige Ausschreitungen gelegt werden, die sonst unter Anwendung eines anderen Paragrafen mit einer unverhältnismäßig hohen Strafe bedroht werden konnten. In der Praxis ist nun gerade das Gegenteil geschehen. Man bestraft als groben Unfug solche Handlungen, die man durch keinen anderen Paragrafen treffen kann und die nach dem allgemeinen Rechtsempfinden überhaupt nicht strafbar sind. Der Redner erläuterte das an einer Reihe von Beispielen, unter anderem erinnerte er auch

an die Auflagen des Streifenrechts als großer Unfug. Nicht immer ist in solchen Fällen auf Strafe erkannt worden. Verschiedene Gerichte haben sich geschämt, dem Verlangen des Unternehmers nachzugeben und die Streifen wegen groben Unfugs zu bestrafen. Weil dem so ist, dann sind jetzt die Scharf-macher an der Arbeit, um möglichst hohe Strafen für das Streifen-recht durchzusetzen. Und das nennt man eine Politik der Rechtsgarantien. Wir sind für gänzliche Beseitigung dieses Para-graphen, weil es unter allen Umständen verwerflich ist, dem Richter eine Willkürmacht zu geben, wie es durch diesen Paragraphen geschieht. — Ein anderer, vom Zentrum ein-gebrachter Gesetzentwurf will die Verurteilung in Strafsachen einführen. Ein Beweis, daß auch das Zentrum die vorhandenen Rechts-garantien nicht für ausreichend hält. — Der Werth der Verurteilung in Strafsachen wird von unseren Parteigenossen sehr überschätzt. Wenn sie auch in manchen Fällen etwas Gutes hat, so hat sie doch auch ihre Nachteile, da nicht nur der Angeklagte, sondern auch der Staatsanwalt Verurteilung einlegen kann. So werthvoll ist die Verurteilung durchaus nicht, daß wir sie annehmen müßten mit allen den sonstigen Verschlechterungen, welche der Entwurf bietet, wie die Verurteilung der Strafkammern mit 3 anstatt mit 5 Richtern, Verurteilung aller politischen Vergehen an die Strafkammern und Einführung des sog. summarischen Verfahrens. Wenn man und die Verurteilung durch diese Dinge schmacht machen will, dann danken wir für diese Rechtsgarantie. Sie muß doch einmal so wie so kommen. Nun zu einer in unserm Programm auf-gestellten Forderung: den Laiengerichten. Vor 30 Jahren trat das Bürger-thum in seiner großen Mehrheit für diese Forderung ein. In dem Maße aber, wie unsere politischen Verhältnisse zurückgegangen sind, hat man auch das Verlangen nach Laiengerichten fallen lassen. Das erklärt sich wohl daraus, daß die Bourgeoisie sich nicht mehr die Kraft zu-traut, als Volkstrichter an der Rechtspflege theilzunehmen. Ramentlich sind die Fachjuristen heftige Gegner der Laiengerichte, denn sie meinen, ohne gründliche Gesetzeskenntnis könne man nicht Recht sprechen. — Betrachten wir nun das Dresdener Urtheil. Wenn man nach dem Buchstaben des Gesetzes geht, dann muß man sagen, daß bei dem Gerichtsverfahren nichts Ungelegliches passiert ist. Alles war durchaus korrekt. Da meint der Jurist, nun sei Alles in Ordnung. Daß aber die Stillschließung dieses Urtheils rechtskräftig, davon kann gar keine Rede sein. Was uns interessiert, das ist der Umstand, daß es Geschworne, Laienrichter waren, welche die in der Trauerzeit verübten Hoch-heiten für einen verübten Mordschlag erklärten. Geizig waren es ja entsetzliche Hochheiten, welche die Angeklagten, wenigstens ein Theil derselben, verübt haben. Wenn aber die Laienrichter die Neuerung: „Den Hund schlagen wir todt!“ für einen Beweis an-sahen, daß wirklich ein Mordschlag beabsichtigt war, so zeigt das, daß die Geschworenen die Sprache des Volkes nicht ver-standen. Leider sind solche Ausdrücke sehr im Schwange, aber wer die Sprache und Umgangsformen des Volkes kennt, der muß wissen, daß sie nicht ernst gemeint sind. Wir beklagen, daß unter den Geschworenen nicht Leute waren, die das Volk verstehen. Wäre das der Fall gewesen, dann hätte das Urtheil anders gelautet. Wir sagen also: Nach unserer Rechts-anschauung ist das Dresdener Urtheil falsch. — Weiter bespricht der Redner eingehend unsere Forderung: Rechtsprechung durch vom Volk gewählte Laienrichter. Die Bureaukratie muß erst aus unserm Rechtsleben beseitigt werden und das Volk lernen, seine Angelegen-heiten frei und selbständig zu beforschen. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf schloß Herr Frankel, die bei der Urtheils-verurteilung in Dresden zugegen war, den tiefen Eindruck, den das Urtheil auf die Volksmenge gemacht hat. Herr Frankel, der sich als Demokrat bezeichnen, besprach den Fall Gietzen und Genosse Fröhlich, der Heine's Anführungen so verstanden hatte, als sei derselbe für die Rechtsprechung durch gelehrte Richter und gegen Laiengerichte eingetreten, polemisierte gegen diese vermeintliche An-sicht des Referenten. In seinem Schlusswort betonte Heine unter Hinweis auf den Fall Gietzen, wie notwendig es sei, daß die Wiederaufnahme des Verfahrens in solchen Fällen erleichtert werde. Ferner führte er unter allseitiger Zustimmung der Versammelten aus, daß er das Gegenstück von dem gesagt habe, was Fröhlich ver-standen hat. — Dann wurde folgende Resolution angenommen: Die Versammlung ist mit den Ausführungen des Referenten ein-verstanden, sie erklärt den unglücklichen Dresdener Verurtheilten und deren Angehörigen ihr Beileid, sie verspricht, dieselben in reichstem Maße zu unterstützen. — Die Anwesenden fordern, daß die Rechts-prechung aus dem Rechtsbewußtsein des gesammten Volkes ge-schöpft wird.

Ueber unsere Rechtszustände sprach Genosse Liebknecht am Donnerstag Abend im überfüllten und polizeilich abgeperrten „Rössler Hof“. Ohne Gerechtigkeit kann kein Staat bestehen, Gerechtigkeit heißt: Gleiches Recht für Alle. Der Begriff Recht steht aber in der heutigen Gesellschaft nicht fest, mit dem Massengegen-satz verhielten sich auch die Rechtszustände. Als aus Italien die Nachricht von der Verurteilung des Genossen Durati zu zwölf Jahren Zuchthaus kam, konnte man es kaum fassen; aber es war ein Kriegsgericht und unmittelbar nach einer Revolution, einer Revolution des Hungers. In Dresden war kein Belagerungszustand, war es kein Kriegsgericht, das die 63 Jahre Zuchthaus verhängte; aber der Klassenkampf stand vor Gericht. Genosse Liebknecht zeigte nun an dem Beispiel Englands, wie sich die Entwicklung der Rechtszustände naturgemäß vollzieht, wie dort jetzt vor einem Jahrhundert mit der Erfindung der Maschinen, der Entwicklung des modernen Fabrikwesens der Kampf um die Arbeits-zeit und die Ausbeutung der Arbeitskraft begann; wie die Unterdrückung der Trades Unions, die Anti-Combination-Law mit ihren furchtbaren Zuchthaus- und Deportationsstrafen — entsprechend unserer Sozialistengesetze — die Arbeiterbewegung mit der Todesstrafe gegen Verräther hervorrief, wie der Druck nur um so stärkeren Gegenwind erzeugte, der Schreden abmüdete; und wie dann, als unter der entsetzlichen Ausbeutung der Arbeitskraft von Männern, Frauen und Kindern die Arbeiterchaft verknüppelt war, 1825 die Anbelaste auf-gehoben wurde, bis später, infolge der Erklärung der Arbeiter-organisation, jetzt vor 50 Jahren, der gesetzliche Lohn-standestag zur Einführung kam. Aber ganz wie jetzt bei uns und nur 70 Jahre früher, führte auch der Kapitalismus den Kampf gegen die Arbeiterorganisation noch Jahr-zehnte lang auf dem Gebiete des gemeinen Rechts, mit Zuchthaus-strafen auf Grund eines Verschönerungsgesetzes — der Landfriedens-bruch in Dresden! — und zum Schluß der „Arbeitswilligen“. Seit 30 Jahren ist aber in England die Koalition vollkommen frei, der Klassen-kampf wird dort nicht mehr mit Gefängnis, Richter und Polizei geführt. Es gehört die ganze geschichtliche Unwissenheit unserer Staatsmänner dazu, zu glauben, mit solchen Maßregeln einen erfolgreichen Kampf gegen die Arbeiterchaft führen zu können. Redner beleuchtet die Thorheit der Behauptung, daß die Abneigung gegen die Streifenrechte auf sozialdemokratische Verhetzung zurückzuführen sei, an dem Wesen der Geistesgeschichte des Mittelalters und zeigt, wie es sich hier um einen allgermanischen Ehrbegriff handelt. Capivi wird von den Junkern verachtet, weil er die Standesinteressen dem Staatsinteresse unter-ordnet, und er, Liebknecht selbst, ist in seiner Jugend nur die Schande der Familie genannt worden. Da will man das Dresdener Zuchthausurtheil der Sozialdemokratie aufs Konto schieben! Wegen Präzeleien, wie sie oft vorkommen, wenn zwei Abtheilungen sich gehämelt haben, wie sie unter Soldatenaufstellungen vorgenommen sind (Baruffi: Hasehaide!), macht man eine solche Justiztragödie! Wie oft ist mir zugeworfen worden: Hund, ich schlage dich todt! Redner zeigt weiter an der Entwicklung die Umgestaltung des Rechts-begriffs: wie sich dort und hier Verurtheilte und Geschworene in gutem Glauben als Schützer des Staates gegen die sozialdemo-kratischen Grundstörer fühlen. Nur so ist es zu erklären, daß die Ge-schworenen Weibel und mich 1871 des Hochverraths schuldig erklärten, nur so ist es zu erklären, daß mir ein hochgestellter Beamter, ein anhängiger Mann, in Plüßensee sagte: Die sozialistischen Gefangenen sind schlimmer als die Eigenthumsverbrecher! Nur so ist das Dresdener Zuchthaus-Urtheil zu verstehen; wenn man bedenkt, daß die Stimmliche Schandpresse dem Wahr-sprache der Geschworenen freirechtlichen Beifall zollt. Das

angekündigte Zuchthausgesetz richtet sich nicht gegen die Sozialdemo-kraten, sondern gegen die organisierten Arbeiter; heute sind wir genau so weit, wie in England nach Aufhebung der Anbelaste gegen das Koalitionsrecht. Aber wie bisher der kaum noch vollzählbare konnte, der nicht schon im Gefängnis gefesselt, einen Konflikt mit der Behörde gehabt hat, so wird auch das Zuchthaus seinen Schrecken und den Begriff der Echelofigkeit verlieren; es wird heißen: im Zuchthaus für die gute Sache. Das deutsche Proletariat wird seine Schuldigkeit thun an den Familien der Dresdener Zuchthausler, es schenkt seine Achtung den Opfern des Zuchthausstrafes. Es läßt sich nicht einschüchtern und nimmt das Dres-dener Urtheil entgegen als Zeichen der Furcht vor der Sozialdemokratie. Tausend Versammlungen wie diese können nicht solche Propaganda machen, wie das Dresdener Urtheil für die Sache des Proletariats gemacht hat. Wie es früh morgens vor Sonnenaufgang am kältesten und dunkelsten ist, das gilt auch für die Zeiten der Reaction. Mag noch kommen, was da wolle, wir haben das Ziel vor Augen; alle Versuche, uns davon abzubringen, uns aufzuhalten, sind nutzlos. Wir sind vorgebrungen, wir werden vordringen, wir werden siegen, und erst wenn die Sozialdemokratie gesteht hat, wenn sie die Klassenherrschaft gebrochen hat, erst dann wird es eine Gerechtigkeit geben auf der Erde! (Stürmischer Beifall.)

Eine Diskussion findet nicht statt. Auf Antrag Krensch wird der Antrag der Versammlung den Hinterbliebenen der Löbtauer Verurtheilten überwiesen. Die Versammlung geht auseinander mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie und einem Hoch auf Liebknecht.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis hatte Donnerstag Abend im Rosenkaler Hof, Rosenkalerstr. 12, Versammlung. Dieselbe war seitens der Genossen sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand ein Vor-trag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über „Die deutsche Bauernbewegung von 1825 und ihre Ursachen“. Der Vortrag, welcher die wirtschaftlichen Umwandlungen, aus denen heraus die Bauernbewegung am Ende des Mittelalters entstand, eingehend schilderte und die einzelnen Epochen des Bauernkrieges brachte, fand vielen Beifall. Eine Diskussion wurde nicht beliebt, dagegen machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß bei den Gruppenführern noch Wille zum Besuche der Sternwarte in Treptow zu haben seien, die zum Besuche während des ganzen Jahres berechneten. Nachdem die Mitglieder, welche noch mit ihren Beiträgen im Rück-stande sind, auf die Folgen ihrer Saumlässigkeit aufmerksam gemacht worden waren, schloß mit einem energischen Ausruf, Freie und Parteiliteratur zu verbreiten, der Vorsitzende die schon verkaufte Versammlung.

Wer trägt die Schuld an den Bau-Unfällen und besonders an dem Einsturz in Halensee? Diese Frage wurde lebhaft in einer gutbesuchten öffentlichen Bauerverammlung erörtert, die am Donnerstag bei Kilmann, Brunnstr. 188, stattfand. Das Referat hatte Fritz Kater übernommen. Er machte das heutige Bau-wesen und die dadurch geförderte Afford- und Pfuscherei für Un-fälle, wie den in Halensee und ähnliche verantwortlich. Auch trage die mangelhafte Kontrolle der Bauausführung einen großen Theil der Schuld. Sehr selten werde eine Kontrolle ausgeübt, und noch seltener eine sachgemäße, da die Behörde eingespartenermaßen praktisch vorgebildete Leute so gut wie nicht zur Verfügung habe. So hätten denn schon vor Jahren die organisierten Maurer in ihr Aktionsprogramm die Forderung mit aufgenommen: Beseitigung der Affordarbeit und jeder anderen Pfuscherei! Leider gäbe es immer noch Kollegen, die der Organisation ihre Erfolge auf diesem Gebiete immer wieder zerstörten. Diese Leute vermerkten jetzt das Zusehen der Steuer für 8 und 7 M., während früher für dieselbe Arbeit 11 M. und noch mehr gezahlt worden sei. Natürlich werde hier die Affordarbeit zur Mordarbeit im zweifachen Sinne. Augen werde alles hüßig glatt gemacht, wie es aber in den Augen ansieht, danach frage kein Mensch. Die meisten „Unternehmer“ von heute hätten ja auch gar kein Interesse an guter Arbeit. Im Gegentheil handle es sich für sie lediglich darum, möglichst schnell einen Steinhaufen auf-zurichten, damit die Baukosten herabsinken. Die schlechtesten Zu-tuhaten würden genommen und das theuere Eisen liege man am liebsten ganz heraus. „Sparsamkeit“ sei ihnen die Hauptsache, wenn es sich um das Material handle. Die Behörde werde sagen, davon seien die Arbeiter schuld, die das nicht angeigten. Ja, wie gebe es denn denen, die zur Anzeige schritten? Seien sie nicht mehr auf dem fraglichen Bau beschäftigt, dann sage der Beamte: Aho, Sie sind wohl entlassen worden. Eine Kontrolle, die dann vor-genommen werde, sei verlohren wegen der Voreingenommenheit des Beamten gegen den „Entlassenen“.

Im andern Falle aber werde der Ersatzer der Anzeige, der der Polizei als Zeuge dienen müsse, schamstracks entlassen und den anderen Bauunternehmern gegenüber in Verzenfklärung. Man könne es nun niemandem verdenken, daß sie in erster Ordnung sei, die Familie nicht hungern zu lassen. Redner zog dann noch in padenden Ausführungen einen Vergleich zwischen der Behandlung, der die organisierten, humane Forderungen vertretenden Arbeiter von der bürgerlichen Gesellschaft und ihren berufsmäßigen Hütern ansieht, feien, und der Behandlung, deren sich die Pfuscher und Helfershelfer der Bauhöfen erdreisten. Jene würden in Beruf erklärt, diese dagegen gedächelt und gelächelt. Unter großem Bei-fall schloß Redner, dem die Versammlung mehrfach ihr Ein-verständniß kundgegeben hat, mit der Verlesung einer Resolution. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, in der alle Redner dem Vortragenden zustimmten und dessen Ausführungen durch eigene Erfahrungen illustrierten, die insbesondere die Pfuscherei und die Kon-trolle der letzten 5 bis 10 Jahre betrafen. Ein gewisser Walter hat einen Vorker entlassen, weil er ihm nicht genügend Eisen-zeug „sparte“. Folgende Resolution, die auch den sozialdemo-kratischen Vertretern in der Stadtverordneten-Versammlung Verstand und in den kommunalen Vertretungen der Vororte unterbreitet werden soll, wurde einstimmig angenommen: „Da bisher die Behörden wie die Baukommissionen keine Schritte gethan haben, die Kontrolle über die Bauausführung durchgreifend zu gestalten; da ferner eine derartige Kontrolle nur praktisch durchgebildeten Männern, nicht aber den Polizei-Organen möglich ist; und schließlich das heutige Unternehmertum auf das Schamloseste trotz aller Unfallversicherungs- und baupolitischen Vorschriften mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter umspringt; so appellirt die Versammlung an den Magistrat und die Polizeibehörde Berlins, sowie an die Behörden der Vororte, für eine durchgreifende Kontrolle über die Anwendung der bau-gesetzlichen Bestimmungen Sorge zu tragen. Die Versammlung schlägt vor, daß zur Kontrolle diejenigen Männer, die das ganze Vertrauen der Maurer Berlins besitzen, herangezogen werden, wenn die Stadt oder die Polizei keine geeigneten Persönlichkeiten stellen können.“

Die Versammlung protestirte dann gegen die Anbelung der koalitierten Arbeiter durch ein Zuchthausgesetz, worauf noch einige gewerkschaftliche Angelegenheiten besprochen wurden. Auf einige Bauten, wo in Afford gearbeitet wird, soll die Polizei aufmerksam gemacht werden.

Der Zentralverband der Zimmerer beschäftigte sich am 12. d. Mts. mit den Anträgen zur Generalversammlung, haupt-sächlich mit den von ca. 30 Jahrestellen schon gestellten Anträgen auf Erhöhung der Beiträge. In der regen Diskussion war es besonders Stehr, der zahlmäßig die Notwendigkeit einer Beitrags-erhöhung darlegte. Redner sprach sich für eine Erhöhung von 5 Pf. und 75prozentige Abführung an die Hauptkasse aus, und wurde dem auch sein Antrag: „Die Versammlung erklärt sich prinzipiell für eine Erhöhung der Beiträge“ angenommen. 500 M. bewilligte man für die Angehörigen der zu Zuchthaus verurtheilten Löbtauer Bauarbeiter und Zimmerer. Auch des Bauunglücks in Halensee gedachte der Vorsitzende mit einigen trefflichen Worten. Da sich die Wahl eines 2. Kassiers notwendig gemacht hatte, wurde Schulz mit diesem Posten betraut.

In einer Versammlung der Freien Vereinigung der Bauarbeiter sprach am 12. d. M. Fritz Kater über die Bedeutung der Gewerkschaftsorganisation. Dem Vortrag folgte die Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten und bewilligte die Versammlung den streifenden Arbeiter des Bebers 20 Mark Unterstützung. Die nächste Versammlung findet am 12. März bei Wille, Andrastr. 28, statt.

Im Verband der Rükschauer sprach am 13. Februar Dr. Woll-helm über Raumerkenntnis und Velfortschritt. Nach einer kurzen Diskussion wurden unter Vereinsangelegenheiten den Angehörigen der in Dresden berurtheilten Bauarbeiter 25 M. bewilligt.

Die Möbelpolirer (Filiale N.) hatten am 13. d. M. eine Ver-sammlung einberufen, in der das Mitglied Weber in einem inter-essanten Vortrag über die soziale Gesetzgebung sprach. Hierauf ge-langten einige Werkstattangelegenheiten zur Besprechung und wurde sodann empfohlen, dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ die genügende Beachtung zu theil werden zu lassen. — Der Maskenball des Vereins findet am 4. März statt.

Charlottenburg. Hier tagte am 8. Februar eine Versammlung der Textilarbeiter, in der nach einem Referat des Genossen Kolye die Versammlungs-Teilnehmer sich bereit erklärten, dem Verband der Textilarbeiter beizutreten. In der Diskussion wurde über die Lohnverhältnisse bei der Firma Gebauer Klage geführt.

Charlottenburg. Die Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfs-arbeiter hielten am 13. d. M. im Lokal „Bismarckshöhe“ eine öffent-liche Versammlung ab, in der Fleming über den am 20. März in Berlin stattfindenden Bauarbeiterkongress referierte. Nach kurzer zustimmender Diskussion wurde als Delegirter zu dem Kongress Sablo yki gewählt. — Den Bericht vom Gewerkschafts-fest gab Reimann in ausführlicher Weise, worauf derselbe wieder mit dem Ante betraut und Sablo yki neu hierzu gewählt wurde. Jünger kam auf die im Löbtauer Krawallprozeß ver-urtheilten Bauarbeiter zu sprechen und bat die Anwesenden, es möge ein jeder für die Angehörigen derselben sein Schecklein be-tragen.

Niederschönhausen. Die Genossen von Niederschönhausen und Pantow hatten für Dienstag, den 14. d. M., eine Volksversammlung in das Thiele'sche Lokal zu Niederschönhausen einberufen, die sehr zahlreich besucht war. Zunächst sprach Schriftführer Grosse, einer der Gemahregenen aus dem „Berliner Lokal-Anzeiger“ über die Koalitionsfreiheit der Arbeiter in diesem Blatt. Er schilderte die bekannten Vorgänge im „Lokal-Anzeiger“ und empfahl schließlich eine Resolution, die das Vorgehen des Herrn Scherl verurtheilt. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Darauf hielt Reichstags-Abgeordneter Rosenow einen Vortrag über „die bürgerliche Gesellschaft und die Sozialdemokratie“. Der Vortrag wurde sehr beifällig aufgenommen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen, dagegen rief die „Lokal-Anzeiger“-Angelegenheit eine lange Debatte hervor. Der Vorsitzende Freiwald forderte am Schluß der Diskussion zu energischer Agitation für den „Vorwärts“ und andere Organisationen auf. Er wies noch darauf hin, daß der „Lokal-Anzeiger“ jetzt Reizende durch die Vororte zu senden scheine. Ein solcher sei bei einigen Wirthen gewesen und habe sie zu beunruhigen versucht, den „Lokal-Anzeiger“ wieder zu halten mit der Bemerkung, die Sache würde doch bald wieder geschlichtet und dadurch aus der Welt geschafft sein. Nachdem auch der Referent in seinem Schluß-wort zu energischem Eintreten für die Parteipresse aufgefordert hatte, fand die Versammlung ihren Schluß.

Fischer-Verein. Heute Abend 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15: Ver-sammlung und Ausgabe der Billets zu der am 5. März, Mittags 1 Uhr, stattfindenden Urania-Vorstellung.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 19. Februar, Vormittags 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Resourcer, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. Um 11 Uhr Vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Bild. Köhler: „Zur Erde sollst Du werden.“ Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, Eingang Stallschreiberstr. 43: Ver-schließende Versammlung. Wahl der Revisoren.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallearbeiter (Filiale Berlin 3). Mitgliederversammlung Sonntag, den 19. Febr., Vormittags 10 Uhr, im Restaurant Vivaldi, Rönnekestr. 47. — Filiale Berlin 5. Mitgliederversammlung heute Abend 9 Uhr bei Koplin, Köthenerstr. 68. — Filiale Berlin 4. Heute Abend 8 1/2 Uhr Mit-gliederversammlung bei Fritz Wille, Andrastr. 28.

Verein der Bierabzieher. Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr, Seepferd. 30: Versammlung.

Arbeiter-Bildungsverein in Friedrichshagen. Heute Abend 9 Uhr Friedrichstr. 69 im Gesellschaftsraum: Vortrag des Herrn Dr. Wolke über: „Raumerkenntnis und Velfortschritt.“ Zahlreichen Besuch erwartet der Vorstand.

Der Neue Volkschullehrerinnen-Verein hält heute Abend 7 Uhr im Bürgercafé des Rathhauses eine Gedächtnisfeier für M. von Geyb ab. Herr Lehrer H. Straupe wird über „Gaidy'sche Erziehungs-gedanken“ sprechen. Frau A. Rothow wird einen von ihr verfaßten poetischen Nachruf vortragen. Gänge willkommen.

Bildungsverein „Neur Licht.“ Morgen Sonntag, Abends 7 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexanderstr. 27a: Vortrag des Eugenarzes Herrn Dr. Wurm über: „Die Erhaltung der Sehkraft“ (mit Demonstrationen).

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Adresse (zwei Buchstaben oder eine Post-anschrift) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll und die letzte Abonnementidentifikation beizulegen. Fragen ohne solche werden nicht beant-wortet und schriftliche Antwort wird nicht ertheilt.

Die juristische Sprechstunde wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

A. 56. Koch nicht bezamt gegeben. Wahrscheinlich im April Norderny III. Sie brauchen dazu keine Genehmigung.

Chemie 212. Gatten Sie Nachfrage in einer chemischen Reinigungs-Anstalt.

100. Sie müssen den Sachverhalt klarer und eingehender vorlegen. So ist die Frage nicht verständlich. — A. 99. Warren Sie den Be-scheid ab. Vermuthlich wird Ihrem Ersuchen Folge geleistet werden. — 2 Wende. Ja. — G. H. 11. Vom 25. Lebensjahre ab. — C. G. W. Kommen Sie in die Sprechstunde. — P. 100. 1. Rein. 2. Ist damit erzieht. 3. Ja. — G. S. 1000. Von 6 Uhr Morgens bis 10 Uhr Abends. Im Uebrigen: Ja. — A. S. 100. Ja. — Stipendium. Bei der Einbe, in der Sie gekauft sind. Geringe Kosten. — S. 10. Rein. — C. G. Ober-Schönweide. 1. Rein. 2. Rein. — M. H. 88. Nein. — G. 99. 1. Rein. 2. Rein. 3. Rein. 4. Sie können Klage abwarten und Ihre schließende Einwilligung einwenden. — G. H. 1046. Dazu ist der Arbeit-geber berechtigt. — M. W. I. Ja.

Zentralverb. deutscher Maurer, Zählstelle Berlin II.

Wir theilen den Kollegen unserer Zählstelle mit, daß das Mitglied Albert Raby, Eberwaldstr. 3, durch den unglücklichen Händehieb am 11. d. M. in Halensee sein Leben eingebüßt hat. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichen-halle des Friedhofes in Hohen-Schön-hausen aus statt. Er war ein treues Mitglied und fiel als Opfer des großtrübenden Bauunglücks. Ehre seinem Andenken! 139/7 Um rege Theilnehmung beim Be-gräbniß bitte!

Die örtliche Verwaltung.

Todes-Anzeige.

Den Vortreibern des 4. Wahl-kreises zur Nachricht, daß unser Genosse Joachim Dahms, nach langem Leiden an der Prostatitis-frankheit verstorben ist. 215/4 Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. Februar, Nachmittags 2 Uhr, von Trauerhaufe, Tilsiterstr. 80, aus statt. Um rege Theilnehmung ersucht Der Verrentmann.

Arbeiter-Stenographenverein „Stolze“.

Am Mittwoch, den 15. Februar, Morgens 9 Uhr, verstarb unser lang-jähriges Mitglied der Schriftfeger Otto Mörike

im 22. Lebensjahre. Die Mitglieder werden sein Andenken stets in Ehren halten. — Die Beerdigung findet am Sonntag, Nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Royarkstr. Hofes (Zegeler Chaussee) aus statt. Um zahlreiche Theilnehmung bitte!

Der Vorstand.

Am Mittwoch, den 15. Februar d. J., verstarb an der Lungen-schwindsucht unser braver Kollege der Schriftfeger

Otto Mörike

im 22. Lebensjahre. Wir werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren. — Berlin, den 17. Febr. 1899.

Die Kollegen der Buchdruckerei Decker & Nicolai.

Der Herr, welcher am Sonnabend in der Garderobe des Varietätstheaters Hermannstr. 20 einen kalten Ueber-jucker erhalten hat, wolle denselben gegen den feindlichen umtauschen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, 18. Februar.
Cyberhaus, Alts. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Das fünfte Rad.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches. Pauline. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vestling. Im weißen Rössl. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Rega. Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz. Der Schloßwagen. Kom. trostreuer. Vorher: Zum Einsiedler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues. Hofgärt. Anfang 7 1/2 Uhr.
Metropol. Begier großer Wadent. Anfang 10 Uhr.
Schiller. Othello, der Moiré von Senebju. Anfang 8 Uhr.
Westen. Die Regimentstochter. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Puppe. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Schildebold's Engel. Anfang 7 1/2 Uhr.
Luisen. Au Reil! Monsieur Vertules! Das Fest der Handwerker. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 3 Uhr. Schiller-Vorstellung: Das Käthchen von Heilbronn.
Velle-Alliance. Die kleinen Mädchen. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
Feierlich. Wilhelmsbühliches. Der Trompeter von Säckingen. Anfang 8 Uhr.
Nachm. 4 Uhr: Wallenstein's Tod. Alexanderplatz. Eine schwache Stunde. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Urania. Landenstraße 48-49. Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr Vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Das Land der Fjerde“. Operettephon.
Invalidenstraße 57/62. Täglich Abends von 8-10 Uhr: Sternwarte.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Secu-Palast. Spezialitäten-Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Sonnabend 8 Uhr:
Othello.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Hanneles Himmelfahrt.
Darauf: **Abu Seid.**
Abends 8 Uhr:
Mauerblümchen.
Montag 8 Uhr:
Der Dornenweg.

Luisen-Theater
34. Reichsbergerstraße 34.
Nachmittag 3 Uhr:
Schüler-Vorstellung
zu besonders ermäßigten Preisen:
Das Käthchen von Heilbronn.
Abends 8 Uhr:
All Heil!
Monsieur Herkules.
Das Fest der Handwerker.
Sonntag, Nachm. 3 Uhr:
Volks-Vorstellung zu kleinen Preisen.
Das Käthchen von Heilbronn.
Abends 8 Uhr: **Kein oder Genie und Leidenschaft.**

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55/57. Dir. Rich. Schultz.
Heute Sonnabend:
Auf allgemeines Verlangen:
Um 10 Uhr:
Letzter grosser Metropol-Maskenball.
Eine Aufführung der erfolgreichen Operette:
Die kleinen Mädchen
handelt heute im Velle-Alliance-Theater statt. Anfang der Vorstellung 8 Uhr. Ensemble des Metropol-Theaters.
Morgen Sonntag und folgende Tage: „Die kleinen Mädchen“ und „Die Engelsjäger“.

Thalia-Theater.
Tredenerstr. 72/73.
Gastspiel **Emil Thomas Schildebold's Engel.**
Softe mit Gesang in 4 Akten von W. Mannsb. Musik von demselben. Soufflet von Alfred Vender. Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dasselbe Vorstellung.

Ostend-Carl Weiß-Theater.
Gr. Frankfurterstraße 132.
Zum 57. Male:
Der Brandstifter
Sensationsreiches Anschauungsspiel mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Dronkowski. Musik von L. Hall. Anfang 8 Uhr.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-Konzert.
Vorzugsbühnen haben Gültigkeit.
Notiz: Immer halb und halb Herr Prinzipal.
Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.**
Sonntag Nachmittag: **Lorbeerbaum und Bettelst.**

Urania
Taubenstraße 48/49.
Im Theater:
Das Land der Fjerde.
Im Hörsaal:
Prof. Volkens: „Der Kilimandscharo“. (Einzelvorträge 6.)
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.
Nachmittags täglich 5-10 Uhr.

Passage-Panopticum.
Vorlesche Woche:
40 Krieger des Mahdi.
Im Theateraal von 8 Uhr ab:
Théâtre varié.
Heute 25 Pf. Entree.

Castan's Panopticum.
Ital. Sänger- u. Tänzer-Gesellsch.
„**Santa Lucia**“.
Die berühmten „lebenden Bilder“.
Neu! **Dreyfus-Esterhazy.**

Central-Theater
Direktion: José Ferenzy.
Die Puppe (La Poupée)
Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Odéon und Strauß.
Musik von Ed. Audran.
Morgen und folgende Tage: **Die Puppe (La Poupée).**
Sonntag Nachmittag zu halben Preisen: **Die Flodermaus.** - Horde Walde aus Hamburg a. W.

Apollo-Theater.
Heute Sonnabend, den 18. Februar:
Letztes Auftreten.
Fünftzehnter Abend:
Madame
Yvette Guilbert.
Ferner: 16 Spezialitäten allerersten Ranges.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Sonntag, den 19. Februar:
Gr. Spezialitäten-Vorstellung.
Neue Debüts.
Gewöhnliche Kassenpreise.

Alcazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Neu!
Markthalle VII
oder:
Ein Kosmumfest.
Bühnenstücke von D. Victor-Rocher.
Rein! Großer Erfolg! Rein!
Carl Jörgensen,
der beste Mimiker der Jetztzeit.
Blomard vom Jüngling bis zum Greise.
Rein! Vorher: Rein!
Ich werde den Major einladen.
Lustspiel von Labiche.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 1/2 Uhr.
Wochentags 30 Pf. Sonntag 40 Pf.
Vorzugsbühnen haben Gültigkeit.

Feen-Palast-Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Abends 8 1/2 Uhr
Solofolier Verfalls-Jubiläum über die urkomische Gesangsposse:
Berliner Konfektionseusen.
August Nitzberg aus Kalau:
Direktor Wilhelm Fröbel.
Im Spezialitätenspiel:
Nach wie dagesewener Erfolg!
Felicitas-Truppe.
Boo Ba. The Alfredo. Roberty. Trio. Osadassan. Teo Piotti. Helene Voss. Mariotta. Gustav Schmidt. Adele Zeth.
Lebende Photographien.
Anfang 7 1/2 Uhr. Sonntag 8 Uhr.
Billet-Vorz. Soru. v. 11-11 Uhr.

Mähr's Theater
Oranienstr. 21.
Bleibt nach wie vor geöffnet.
Täglich:
Die Lieder des Musikanten.
Solofolier mit Gesang in 5 Akten von Rudolf Kneisel.
Otto Gregor als Gast.
Sonntag 8 Uhr.
Sond. haben Wochentags Gültigkeit.

Achtung!
Freie Steinträger Berlin.
Sonntag, den 19. d. M., vormittags von 10-12 Uhr im Vereinslokal.
P. Wuttke, Dreieckstr. 13.
Versammlung.
Um pünktliches Erscheinen der Vereinsmitglieder ersucht (10286)
Der Vorstand. J. A.: Oskar Schult.

Quarg's Spezialitäten-Theater
Im Grand Hôtel Alexanderplatz.
Täglich:
Hervorragende Kunstkräfte!
Horley-Trio
Frieda Schwarz, Louis Höhn, Duo Iemence, Lozéro,
Willy Walde,
Lucie Waldmann, Prager.
Der Mann mit der Maske.
Neues Bilderspiel des Micrograph etc.
Anfang 8 Uhr. - Sonntag 7 Uhr.

W. Noack's Theater
Brannenstr. 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Große Extra-Theater-Vorstellung
Unsere Jungen
oder:
Da kennen Sie Schlemann schlecht
Lebensbild mit Gesang in 4 Akten von G. Dirichl.
Nach der Vorstellung: **Lanzentränzen.**

Moabiter Gesellschaftshaus,
Alt-Moabit 80-SI.
Jeden Sonntag:
Ball.
Anfang 4 Uhr.
Jeden Mittwoch:
Hippel's Stettiner Gesellschaft.
Anfang 8 Uhr.
Passo-partouts haben Gültigkeit.
C. Peters.

Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hoff.
Täglich:
Grosses Konzert
unter Leitung des Musikdirektors Herrn Otto Görner.
Spezialitäten-Vorstellung unter Regie des beliebten Humoristen Gustav Klock.
Stets wechselndes Programm.
Heute: **Grosses Socklerfest und Tanzkränzchen.**

Concerthaus
Leipzigstr. No. 48.
Heute Sonnabend:
Geschlossen.
Sonntag: Heinrich Heine. Guten Morgen Herr Fischer.
Montag: Dienstmädchen von heute.
Dienstag: Ein Theater-Skandal.

CIRCUS BUSCH

Sonnabend, 18. Februar 1899:
Zum 95. Male:
PERSIEN.
Besonders hervorzuheben: Reit über die hundert Fess hohe Burgmauer. Debüt des weltberühmten
Polo en bicyclette.
Aufstehen der unbergelichen **Sandor Broth.** Quadrate aus der Zeit Friedrichs des Großen, geritten von 4 Damen und 4 Herren auf 8 Schulspäßen. Die vorzüglichsten Klowns und Kunstge der Gesellschaft mit ihren drolligsten Späßen.
Morgen Abend 7 1/2 Uhr: **Persien.**

Nonnenberg's Restaur.,
Trepow, Parkstrasse.
Großer Saal. - Großer Garten.
Jeden Sonntag: **Ball.** (6552)
Aufspiele mein Lokal zu Festlichkeiten
Restaurant Linden-Garten.
Köpenick, Grünauerstr. 7.
Gr. Saal. Kaffeehaus. Frühst. Mittag- und Abendmahl. C. Seidel.
Neu! Eröffnet! Neu!
Bade-Anstalt Norden
Lortzingstr. 38.
Lehmann, Russisch-Römisch. Dampfbäder mit Massage und Packungen. Bannen, Sool, Kneippbäder, Kneippbäder etc. Lieferant kummil. Kranke-fassen. 7252

Vereine und Gewerkschaften!
Empfehle mein Weich- u. Bairisch-Bierlokal nach lang. Billard und Vereinszimmer für 40-50 Personen, auch geeignet für Jubiläen.
Kommandantenstr. 65.
G. Ladewig, nahe Alte Jakobstr.
Empf. mein **Cöpenick. Weich- u. Bairisch-Bierlokal.** 4422
Grünauer und Rudowerstr. - Ecke.
Paul Joch,
„Yellow Kid“ ??? 47/14

Möbel und Polsterwaaren. Beste Arbeit. Ganze Einrichtungen zu billigen Preisen. (10372)
Franz Tatzauer, Brunnenstraße 152.
Herrn- u. Konfirmandenhüte, 1 Mark, nur neue moderne Sachen. (6562)
Prima Qualität 1.50 und 2. Die beliebtesten **Arbeitshüte** immer noch **65 Pf.**
Sutfabrik-Komptoir Barnimstr. 4 u. 5.

Schwarz-Mark
Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen etc.
Lieferer ist: (10092)
40/2 Pl. Export-Weißbier f. W. 3, - ohne Wasserzufuhr.
40 1/2 Flaschen helles Bawrisch Bier für 3 M., von welcher Brauerei gewünscht wird.
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umsonst. Verschleißbarer Geschäften zu 60 bis 120 Pf. je Woche. 20 verschiedene Sorten Bier. Lieferung jed. Tag frisch zur Frühstückszeit.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

J. Brünn,
(Bahnhof Börse) Hackescher Markt 4
Nach beendeter Inventur gelangen größere Lagerbestände meiner
Teppiche
Gardinen! Portieren!
Steppdecken! Tischdecken!
zu sehr billigen Preisen zum
Ausverkauf!!

Möbel-Ausverkauf.
Krankheitshalber bin ich gezwungen, mein Geschäft aufzugeben und habe komplette Wirtschaften, einfache sowie hochelegante, in echt Ruhmann auch Rahmgestüt aus Lager, sowie einzelne Möbel, und verkaufe dieselben zu bedeutend herabgesetzten Preisen. Der Verkauf findet nur in der Tischlerei, Amiralstr. 7, Hof 1, statt. Fahrgesellschaft nach jeder Richtung. Galanterie: Korbweberh. E. Gasior, Tischlerstr.
Kein Laden!
Empfehle mein reichhaltiges Lager in
Filz- und Seidenhüten, Schirmen
in den neuesten Façons und Farben, äußerst billige Preise.
Richard Klose, Anklamerstr. 41,
zweites Haus von der Brunnenstraße. Eingang vom Hausflur.
Bitte genau auf die Hausnummer zu achten.

Empfehle meine drei Restaurants:
Rübezahl, am Mühlgraben,
Teufelssee, Mühlgraben,
Marionette, a. d. Dohne,
zwischen Grünau und Friedrichshagen,
bei Fußpartien über die Mühlgrabenberge. 6542
C. Streichhan,
Bellier des Kaiserhofes Köpenick.

Großer Möbelverkauf
Schäferstr. 2. Ede Friedrichstraße.
Wegen Aufgabe meines Möbel-Lagers sollen viele Einrichtungen neuer sowie gebrauchter Möbel ganz billig verkauft werden. Einrichtung 95 bis 300, hochelegante 400 bis 4000 Mark. Gekaufte Möbel können bis 5. April sehen, werden durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht, auch nach außerhalb. Auch gebe ich an sichere Deute auf Teilzahlung.
Hans Kayser
Görlitzer Bahnhof, Platz 6.
Billigste Bezugsquelle für Press- u. Steinkohlen.

D. Wurzel & Co.,
Wrangeistr. 17.
Ede Mantelstraße.
Wäsche ausschließlich eigenes Fabrikat.
Spezialität: **Arbeiter-Verurscheidung:** Blau Götter-Juden R. 1.65, steigend je Größe um 10 Pf. Blau Götter-Juden, in allen Größen, R. 1.65. Arbeiterhosen, Blauen, Unterhosen und Moutenhemden.
D. Wurzel & Co.,
Wrangeistr. 17.
Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten-, Leiter- u. Liegenbockwagen, Kindertische, Kinderklappstühle, Krankwagen, auch teilweise für Erwachsene u. Kind-, Triumphtische, Heise- u. Papierkörbe, Blumenstücke, Korbbwaren jeder Art, Kinderbetten. Größtes Lager Berlins.
Auf Kinderwagen gest. Teilzahlung.
A. W. Schulz, 95 Brunnenstr. 95, vis-à-vis Humboldthain, 3 Minuten vom Bahnhof Gesundbrunnen.
Fernspr. Amt III. 1767. (7541)
Musterbuch gratis und franko.

Achtung! Holzarbeiter.
Bei der Firma Carl Lutzke (Hildershof) haben sämtliche Tischler wegen Differenzen die Arbeit eingestellt.
Zuzug ist fernzuhalten.
Die Ortsverwaltung.
Achtung! Achtung!
Holzarbeiter (Drechsler)!
In der Solow- und Pantofel-Möbel-Fabrik von C. Schwarz jun., Urbanstraße 67, haben die Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
Zuzug fernhalten!
77/18 Die Ortsverwaltung.

Schlachter und Wurstmacher.
Achtung!
Unsere deutschen Kameraden werden gewarnt, eventuelle Stellenangebote nach **Kopenhagen** anzunehmen. Es ist hier seit 3 Wochen allgemeiner Streik in sämtlichen Schlachtereien, Charcuterereien und dergl. Geschäften.
Der Vorstand des Schlachterverbandes Dänemarks
Barber-Lehring
verlangt Hoffenerstr. 19. (10038)

Hausierer,
die noch einen gut lohnenden Waffenartikel mit einführen wollen, werden gesucht. Adresse **R. Uhrig,**
Mühlhäusern in Thüringen, 10106 Tiefenstraße 66.
Wähler auf Baçonanzüge verlangt Petersburgerstr. 3. 10236
Verling v. Steilm. Risch, Nordholten 5.

Färber u. Wäscher
sucht **Altenberg's Färberei,**
Weihensee, Langhausstr. 4. 10115
Tüchtige Schreiner und Feiler auf Naturhölzer verlangt (10245)
W. Kemmert u. Co., Prinzenstr. 36.

Kinderhütchen-Arbeiterinnen
gehört auf Hütchen, Kapotten, Strassenbaretts, welche Hütchen lief. können, sind dauernde Beschäftigung bei
10513
Fraenkel, Sendelstr. 24.

Santafie-Federn. 9008
Geübte Arbeiterinnen sind dauernde Beschäftigung bei hohem Verdienst.
Schmidt & Konemann, Blumenstr. 8.

Maschinenwärterinnen
auf gute Schneiderei bei dauernder Arbeit verl. Frau Köhn, Reherstr. 39.
Schürzen
Stepperinnen im Hause verlangen
Strauss & Co., Blumenstr. 65.

Plätterinnen
auf neue Oberenden, Kragen, Mantelkragen, 18 Mark Wochenlohn, verlangt Dampfweberstr. 10146
Neptun, Friedenau,
Altestr. 34.

Plätterinnen
auf neue Oberenden, 20 M. Wochenlohn, gesucht. Offerten unter O. 9 an die Exped. d. „Boro.“ 10155

Arbeiterinnen
verlangt Dampfweberstr. Neptun, Friedenau, Altestr. 34. (10126)

Wäscherinnen
sucht Dampfweberstr. Neptun, Friedenau, Altestr. 34. 10136
2 Bug-Zuarbeiterinnen
1 Kassierin
sucht zum sofortigen Eintritt
Warenhaus
P. Rothenberg,
Moabit, Thurmstr. 31.

Cravatten-
Arbeiterinnen f. Negatives, Diplomates verlangt **R. Lewy, Wischostr. 17.**

Convert-Arbeiterinnen
für Maschinen- und Handbetrieb erhalten dauernde, vortheilhafte Stellung in Romberg. Für nachweislich tüchtige Kräfte bevorzugt. Bewerbungen am Sonntag zwischen 10 und 12 Uhr bei **Sarndblom, Wienerstr. 9, I.** (9905)
Kartonarbeiterinnen,
geübte, verlangt **Anders Nachfolger,**
Joh. D. Berger, Hertenstr. 7. (10086)

Anastasio Grün,
Jerusalemstr. 23,
sucht **Mamsells** auf gute Kragen.
Arbeiterinnen auf leichte Sommer-tragen verlangen
10056 **Polkow, Schönebergstr. 7.**
Garnierinnen verlangt **Wilmhard Vorhard,** Groß- und Filz-fabrik, Wehstr. 20. 10086
Geübte Kräfte und Kartonsagen-Arbeiterinnen
sind dauernde Beschäftigung in und außer dem Hause bei hohem Lohn.
Gustav Grasse & Co.,
10025 Grünstr. 17/18.
Rantjess auf einfache **Kadett** verl. Neuenfeldt, Köpenickerstr. 9.
Tallenerarbeiterin,
tüchtig im Garnieren, verlangt sofort **Sutner, Friedenowstr. 20 IV.** (10176)

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Ortsverwaltung Berlin).

Sonntag, den 19. Februar, Vorm. 10 Uhr, in Marten's Salon, Friedrichstr. 236:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vornahme der Stichwahl. 3. Kassenbericht und Bericht der Revisoren. Jahresbericht. 3. Neuwahlen zur Ortsverwaltung. 4. Stellungnahme zum 1. Mai. 5. An die Ortsverwaltung gelangte Anträge. 6. Befähigung des Wahlfreistat der Delegiertenwahlen. 110/13

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Die Vertrauensleute sind verpflichtet, allen Mitgliedern die Mitgliedsbücher auszuhandigen.

Wer 8 Wochenbeiträge restiert, ist nicht wahlberechtigt und hat keinen Zutritt, desgleichen haben Mitglieder anderer Verwaltungen keinen Zutritt.

Jedes Mitglied erhält beim Eintritt einen gedruckten Stimmzettel, bezw. hat einen solchen zu fordern. Spätere Reklamationen können nicht berücksichtigt werden.

Der Stimmzettel enthält die Namen der zwei zur Stichwahl stehenden Kandidaten.

Einer dieser Namen ist zu streichen. Jeder Stimmzettel, welcher zwei Namen enthält oder einen anderen als vorgezeichnet, ist ungültig.

Die Wahl beginnt um 10 Uhr und wird geschlossen punkt 11 Uhr. Die Ortsverwaltung.

Zentralverband deutscher Brauer und Berufsgen.

Zweigverein Berlin, Sektion der Brauer.

Sonntag, den 19. Februar, Nachmittag 2 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27 c: 41/1

Monats-Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Emil Rosenow über: Arbeiterbewegungen früher und jetzt. — Nachm. 5 1/2 Uhr im demselben Lokal: Öffentliche Brauer-Versammlung.

L.O.: Wahl eines Vertrauensmannes. Der Einberufer.

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgen.

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 19. Februar, Nachmittag 5 Uhr, in Cohn's Festsaal, Beuthstraße 19/20:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Kommissionsbericht. 2. Wahl des Vergütungskomitees. 3. Bericht über die. 4. Fragelisten. (188/5) Der Vorstand.

Achtung! Kistenmacher. Achtung!

Sonntag, den 19. Februar, Nachmittag 4 Uhr:

Mitglieder-Versammlung mit Damen

bei Keller, Koppenstraße 29.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Dr. Wollhelm über: „Die geschichtliche Entwicklung der Menschheit.“ 2. Verschiedenes. Nach der Versammlung: 94/4

Gemütliches Beisammensein und Tanz.

Um regen Besuch bittet Der Vorstand. S. U.: Franz Schulz.

Nationale Krankenkasse der deutschen Gold- u. Silberarbeiter

und verwandten Berufsangehörigen. (G. S.)

Montag, den 20. Februar, Abends präzis 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“, Dresdenerstraße 45:

Mitglieder-Versammlung

(§ 24 des Statuts).

Tagesordnung: 1. Kassenbericht und Kassenbericht. 2. Diskussion. 3. Wahl der Ortsverwaltung. 4. Verschiedenes.

Um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht Der Vorstand der Mitgliedschaft Berlin.

S. U.: C. Holtkamp, Vorsitzender, Admiralsstr. 18 a.

Verband der Möbelpolierer.

Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung

im Lokale des Herrn Wilke, Andreasstraße 26.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen H. Pöttsch: Gewerkschaftliche Streitfragen. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Der Wandkrabbel findet am 4. März in Keller's Festsaal, Koppenstraße 29, statt. Billets à 50 Pf. sind heute Abend in den Zahlstellen zu haben. Derselbst Ausgabe der Bibliothek-Verzeichnisse und des Nachtrags zum Statut. (145/7) Der Vorstand.

Achtung! Achtung!

Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 20:

Große öffentliche Versammlung

aller bei Gasglühlicht-Gesellschaften beschäftigten Monteure, Arbeiter und Arbeiterinnen.

Tages-Ordnung:

Die Arbeitsverhältnisse der Monteure u. s. w. in den Gasglühlicht-Gesellschaften unter besonderer Berücksichtigung der Zustände in der Auer-Gesellschaft. Referent Otto Naether. Freie Diskussion.

Zu dieser Versammlung sind alle Monteure, Arbeiter und Arbeiterinnen nachstehender Firmen ganz besonders eingeladen: Deutsche Gasglühlicht-Aktiengesellschaft; Deutsche Gasglühlichtwerke Jaffe & Cie; Greifflor-Gasglühlicht-Campagne Sieverts, Spanbauer Bräute 2.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter

und Berufsangehörigen Berlins und Umgegend.

Montag, den 20. Februar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Rautenberg, Cranienstraße 180:

Vereins-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag über: Das Dresdener Zuchtthaus-Urteil. 2. Diskussion. 3. Der Wagon bei Kiebler & Co. 4. Gewerkschaftliches. — Die Kollegen werden gebeten, mit den Billets vom Weisnachts-Vergnügen abzurechnen.

Sonnabend, den 18. Februar, in Schnegelsberg's Festsaal, Gasenstraße 21:

Großer Wiener Maskenball.

Anfang 8 1/2 Uhr.

Billets à 50 Pf. sind zu haben bei Heinrich (Arbeitsnachweis), Rauningerstr. 78; G. Darsow, Grünauerstr. 25; Hensel, Reichendergerstr. 59. 141/7 Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 21. Februar, Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Schuhmacher, Klafischerstraße 126:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Bericht der Revisoren. 3. Bericht der Tarifberathungskommission. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Mitgliedsliste und Buch legitimiert. 50/3 Um zahlreiches Erscheinen bittet Der Vorstand.

Zähne 2 M.

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl wöchentl. 1 M.

Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7

Verband der in Buchbindereien,

der Papier- und Leder-Galanteriewaren-Industrie

beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin.)

Dienstag, den 21. Februar 1899, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Feuerstein, Alte Jakobstraße 75:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Herrn Massatsch über: „Gewerkschaftsbewegung einst und jetzt.“ 2. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen eruchtet Der Bevollmächtigte.

Billets zum Aquarium à 40 Pf. und zur Treptower Sternwarte à 80 Pf. sind noch im Bureau, Künsterstr. 50, zu haben. 23/3

Die Geschäftsstelle der Produktiv- u. Einkaufs-Genossenschaft für Radfahrer

befindet sich vom Markfisch-Strasse 19 (Laden). 19. Februar ab Abends. Bestellungen auf Anzüge werden den ganzen Tag entgegen genommen. (982b) Der Vorstand.

Breuer's

Ball-Salon „Zur Königsbank“

Grosze Frankfurterstr. 117

empfiehlt seine Festsäle mit Theaterbühne und Garten zu Versammlungen und zu jeder Privatfeierlichkeit (bis 1000 Personen). Jeden Sonntag: Grosser Ball. Anfang 4 Uhr. (6882)

Stralau. Wwe. Schonert. Stralau.

Restaurant „Neu-Seeland.“

Empfiehlt meinen 1000 Personen fassenden Saal mit großer Theaterbühne zu Versammlungen und Festlichkeiten Vereinen unter den günstigsten Bedingungen. 4362

Wo? beim alten Freund.

ist der schönste Ort für Herrenpartien und Ausflüge? Auf der Insel Fischelwerder

Achtung! Musik. Achtung!

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker Berlins u. Umg. empfiehlt Musik zu allen Privat- und Vereinsfeierlichkeiten vom Klavier bis zum größten Orchester. Prompte Ausführung. Bestellungen werden täglich mündlich von 10 1/2 bis 1 Uhr Mittags sowie schriftlich und per Telefon (Amt III Nr. 1296) Rosenhallerstr. 57 im Restaurant Schiller, entgegengenommen. 50/2

Gewerkschaften u. Vereine

empfehle zu Partien u. Ausflügen meine Salon-Dampfer in jeder Zahl und Größe. 6502

Konstante Bedingungen.

L. Kahnt, Stralau, Tel. Amt Stralau Nr. 29.

Nachf.: Johann Schulze, Berlin,

Fischerbrücke 17, Telefon-Amt I Nr. 2869.

Einsegnungs-Anzüge

in blau u. schwarz Kommoden u. Cheviot zu sehr billigen, aber festen Preisen

Julius Lindenbaum, Gr. Frankfurterstr. 139.

Feste Preise. Spezialität: Anfertigung nach Maß.

Seefische

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns

Cabljan per Pfd. 16 Pf., im Ausschnitt ca. 20 Pf., Schellfische per Pfd. 18-25 Pf. während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.

Anderer Fischsorten — auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle etc. — ebenfalls billig. (958L)

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: Berlin C, 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.

No. III. Berlin NW., Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnbogen 389 (Zentrallager).

No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorfer Strasse.

No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 10-II, am Wilhelmplatz.

No. IV. Im Schlessischen Bahnhof, Madaistr. 22.

No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Der große Verkauf und zahlreiche Zuspruch, den mein vor 4 Monaten eröffnetes Waarenhaus gefunden, veranlaßt mich, eine zeitgemäße

Vergrößerung

in Aussicht zu nehmen und meine beiden Eten in einem Hause zu vereinigen. Ich werde entweder umbauen oder vergrößern oder umziehen müssen. Beides ist bei großem Lager mit Unbequemlichkeiten verbunden. Ich habe mich daher entschlossen, das gesammte Waarenlager

vollständig auszuverkaufen

um freie Hand und Bewegungsfreiheit für meine Neuerrichtung zu haben.

Sonnabend, den 18. Februar beginnt der

Grosze Ausverkauf

der ganz bedeutende Preisberahtigungen bringen und eine selten billige Gelegenheit zum Einkauf billiger, aber neuer und guter Waaren bieten wird.

Herrmann Schlesinger

Pücklerstraße 39

Zwei Eten der Müskauer- und Pückler-Strasse.

I. Waarenhaus aller Bedarfsartikel. II. Spezialhaus für Herren- und Anaben-Garderoben.



Ein wahrer Segen für die Menschheit

ist es, daß sich die unternehmende Tuchfabrik zum Prinzip gemacht hat, ihre Fabrikate direkt an Jedermann abzugeben. — Durch den Bezug unserer Fabrikate kaufen Sie direkt aus der Fabrik und entgehen dadurch vollständig dem Zwischenhandel.

Auf unsere morgen in diesem Blatte beiliegenden Prospekte machen schon jetzt ganz besonders aufmerksam.

Lehmann & Assmy, Spremberg, L.

Einzig Tuchfabrik Deutschlands, die ihre Fabrikate direkt an Jedermann versendet.



Hüte, Schirme.

Gewähre den Genossen bei Vorsetzung dieser Annonce 5 pEt. 6492

Otto Gerholdt,

2 Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgasse.

Fernsprecher: Amt IV. 447.

Einsegnungs-Anzüge

in Tuch, Satin, Diagonal und covercoats-Stoffen, 12-27 M. 1- und 2-reihig

M. Schulmeister, Schneidermeister, Dresdenstr. 4 am Rottd. Th. am

Bitte genau auf die Firma zu achten.

Das Beste

in seiner Sorgfältigkeit

Metall-Putz-Glanz

Amor

Neueste Präparierung: Goldene Redaile Stettin 1898.

In Dosen à 10 und 20 Pfg.

überall zu haben.

Amor ist nicht zu verwechseln mit der schmerzenden veralteten roten Puzpomade.

Fabrik Lubszynski & Co., Berlin NO.

Seefische

Riesige Fänge unserer Dampfer ermöglichen uns

Cabljan per Pfd. 16 Pf., im Ausschnitt ca. 20 Pf., Schellfische per Pfd. 18-25 Pf. während dieser Woche in unseren hiesigen Verkaufsstellen abzugeben.

Anderer Fischsorten — auch Steinbutt, Seezungen, Tarbutt, Scholle etc. — ebenfalls billig. (958L)

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“.

Haupt-Filiale: Berlin C, 22, Bahnhof Börse, Bogen 9-10.	No. III. Berlin NW., Lüneburger Strasse, Ecke Paulstrasse, Stadtbahnbogen 389 (Zentrallager).	No. V. Berlin N. (Wedding), Reinickendorferstr. 1, Eingang Schulzendorfer Strasse.
No. II. Charlottenburg, Wilmersdorferstrasse 10-II, am Wilhelmplatz.	No. IV. Im Schlessischen Bahnhof, Madaistr. 22.	No. VI. Prinzenstr. 30, zwischen Moritzplatz und Ritterstrasse.

Der große Verkauf und zahlreiche Zuspruch, den mein vor 4 Monaten eröffnetes Waarenhaus gefunden, veranlaßt mich, eine zeitgemäße

Vergrößerung

in Aussicht zu nehmen und meine beiden Eten in einem Hause zu vereinigen. Ich werde entweder umbauen oder vergrößern oder umziehen müssen. Beides ist bei großem Lager mit Unbequemlichkeiten verbunden. Ich habe mich daher entschlossen, das gesammte Waarenlager

vollständig auszuverkaufen

um freie Hand und Bewegungsfreiheit für meine Neuerrichtung zu haben.

Sonnabend, den 18. Februar beginnt der

Grosze Ausverkauf

der ganz bedeutende Preisberahtigungen bringen und eine selten billige Gelegenheit zum Einkauf billiger, aber neuer und guter Waaren bieten wird.

Herrmann Schlesinger

Pücklerstraße 39

Zwei Eten der Müskauer- und Pückler-Strasse.

I. Waarenhaus aller Bedarfsartikel. II. Spezialhaus für Herren- und Anaben-Garderoben.